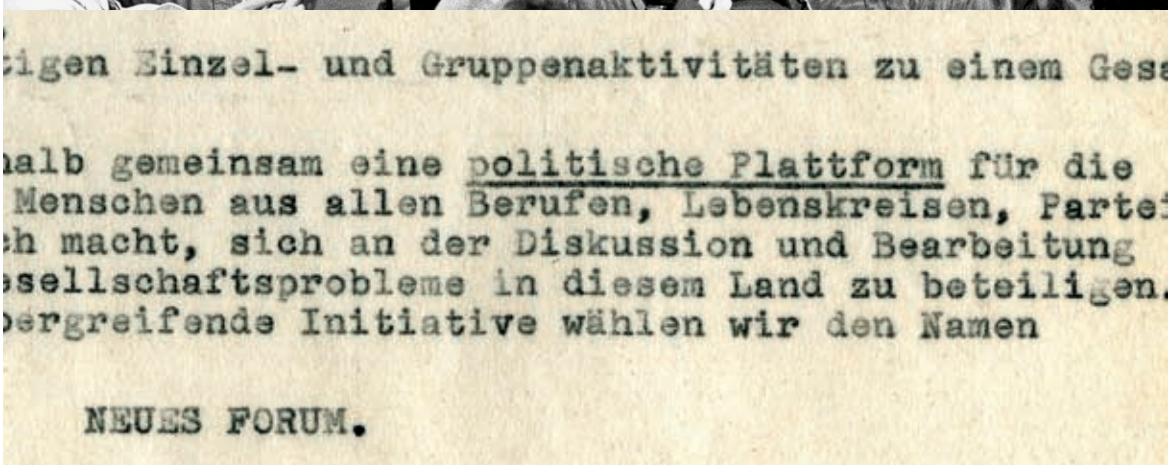
HEINRICH BÖLL STIFTUNG
ARCHIV GRÜNES GEDÄCHTNIS

Grünes Gedächtnis 2009



igen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Ges

halb gemeinsam eine politische Plattform für die
Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Partei
h macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung
sellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.
ergreifende Initiative wählen wir den Namen

NEUES FORUM.

GRÜNES GEDÄCHTNIS 2009

Bildnachweis

Coverfoto: Ausschnitt aus dem Aufruf der Gründungsinitiative NEUES FORUM (siehe Seite 12)
Foto mit Jutta Seidel und Bärbel Bohley bei der Pressekonferenz am 9. 11. 1989 (siehe Seite 11)

Kapitel 1: Faksimile des Gründungsaufrufs: Robert Havemann Gesellschaft
Foto mit Jutta Seidel und Bärbel Bohley: Andreas Schölzel
Foto mit Gerd Poppe, Reinhard Weißhuhn und Elisabeth Weber: Andreas Varnhorn

Kapitel 3: Foto der Volkskammerfraktion: Fotograf unbekannt
Foto mit Carlo Jordan, Vollrad Kuhn, Gerhard Bächer: Sebastian Hoppe

Kapitel 4: Foto mit Petra Kelly, Kunigunde Birle, Gerda Degen und Christa Nickels: Hans Georg Troschke
Foto Christa Nickels: Uschi Dresing

Alle anderen Abbildungen: Archiv Grünes Gedächtnis

Grünes Gedächtnis 2009
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
1. Auflage, Berlin 2009
© Heinrich-Böll-Stiftung
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt, Berlin
Druck: agit-druck, Berlin

ISBN 978-3-927760-98-1

Bestelladressen:
Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin
T 030-28534260 **F** 030-28534-5260 **E** archiv@boell.de **I** www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin,
T 030-285 340 **F** 030-285 341 09 **E** info@boell.de **I** www.boell.de

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Grünes Gedächtnis 2009

INHALT

Vorwort

1 Beiträge zur Zeitgeschichte

Irena Kukutz **10**
Die Gründung des Neuen Forums

Elisabeth Weber **23**
Bericht über meine ersten Erfahrungen der Zusammenarbeit von Grünen und Bündnis 90

Anne Ulrich **38**
Ohne Frauen ist kein Staat zu machen
Der frauenpolitische Aufbruch im Winter 1989/1990 und der Unabhängige Frauenverband

2 Das historische Dokument

Die Gründung der Grünen Partei in der DDR **50**
Kommentiert von **Christoph Becker-Schaum** **55**

3 Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis

Steffi Rönnefarth **61**
Der Bundesverband Demokratie Jetzt und die Landesverbände Demokratie Jetzt und Neues Forum Brandenburg
Ein Vergleich zweier Bürgerbewegungs-Überlieferungen

Annegret Hünninghaus **67**
Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer der DDR
Eine Bestandsbeschreibung

Christoph Becker-Schaum **71**
Der Archivbestand Gerhard Bächer und die Grüne Partei in der DDR

4 Archivprojekte

Anne Vechtel **78**
Christa Nickels zu den grünen Anfängen im Kreis Heinsberg, zur Rotation und zum Feminat

5 Neuerscheinungen: 68er-Nachlese **90**
Annotiert von Christoph Becker-Schaum

Die Autorinnen und Autoren **95**

VORWORT

Wir stehen am Beginn eines Jahres, in dem sich der demokratische Aufbruch in der DDR, der in unwahrscheinlich kurzer Frist zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland führte, zum 20. Mal jährt. Es ist nicht zu fürchten, dass dieses Ereignis ohne unser Jahrbuch, das nun zum dritten Mal erscheint, unbeachtet vorüber ginge. Der Streit um die Deutung dieser erfolgreichsten Revolution der deutschen Geschichte (einer unblutigen zumal) ist bereits in vollem Gang. Auch die anstehenden Wahlen werden die Frage aufwerfen, was vom Aufbruch des Herbstes 1989, seinen Hoffnungen und den nachfolgenden Versprechungen geblieben ist.

Wir widmen dieses Jahrbuch den Bürgerbewegungen von 1989 schon deshalb, weil wir als Archiv der Partei, die das Bündnis der Bürgerbewegungen in ihrem Doppelnamen trägt, einen Auftrag haben, diese Geschichte lebendig zu halten und auf ihre aktuelle Bedeutung zu befragen. Wir sind Teil einer Archivlandschaft, die die Überlieferung der Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR bewahrt und sie der Forschung wie der interessierten Öffentlichkeit zu Verfügung stellt. Daraus ergeben sich die Gesichtspunkte, nach denen wir das vorliegende Heft geplant haben.

Irena Kukutz, die zur Zeit an einer umfassenden Darstellung des Neuen Forums arbeitet, stellt in ihrem Aufsatz in vielen Details die Umstände der Entstehung des Neuen Forums im Herbst 1989 dar, an der sie persönlich beteiligt war. Ebenso berichtet Elisabeth Weber, damals Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Helmut Lippelt, über ihre persönlichen Erfahrungen bei der sich anbahnenden Zusammenarbeit von Bürgerbewegungen (Ost) und Grünen (West). Ihr Aufsatz basiert auf einem unveröffentlicht gebliebenen Bericht, den sie an der Jahreswende 1989/1990 geschrieben hat. Anne Ulrich, die bereits zahlreiche Forschungen zum Unabhängigen Frauenverband vorgelegt hat, zieht eine Bilanz der Erfahrungen des Unabhängigen Frauenverbandes.

Wir präsentieren diesmal vier Archivbestände, die alle die Geschichte der Bürgerbewegungen überliefern. Steffi Rönnefarth wertet den Archivbestand des Landesverbands Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg und der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt aus. Annegret Hünninghaus schildert den Bestand Fraktion Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer des Jahres 1990 und Christoph Becker-Schaum die Überlieferung der Grünen Partei in der DDR im Depositarbestand von Gerhard Bächer, dem früheren Leiter der Pressestelle der Grünen Partei. Im Anschluss veröffentlichen wir als zeitgeschichtliches Dokument den Gründungsaufruf der Gründungsinitiative für eine Grüne Partei in der DDR vom 5. November 1989 und die Gemeinsame Erklärung derer, die sich aus der Ökologiebewegung der DDR am selben Tag gegen die Gründung der Grünen Partei zu Wort gemeldet haben.

In der Rubrik Projekte berichtet Anne Vechtel über das Zeitzeuginnengespräch, das sie im vergangenen Juni mit Christa Nickels über Rotation und Feminat in der ersten Bundestagsfraktion und über die politischen Erfahrungen, die Christa Nickels bis dahin gemacht hatte, geführt hat. Die Reihe der Gespräche mit Zeitzeug/innen

wird im kommenden Jahr fortgeführt und über die Ergebnisse im nächsten Jahrbuch berichtet. Der Fokus liegt dann auf den Erfahrungen der Bürgerbewegungen des Jahres 1989.

Für das Zustandekommen des Jahrbuchs möchten wir allen unseren Autorinnen herzlich danken. Ein besonderes Dankeschön geht an Anne Vechtel, die wieder die Redaktion des Jahrbuchs besorgt hat. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir Interesse und Vergnügen bei der Lektüre.

Berlin, im Januar 2009

Ralf Fücks
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Christoph Becker-Schaum
Leiter des Archivs Grünes Gedächtnis

1
Beiträge zur Zeitgeschichte

IRENA KUKUTZ

Die Gründung des Neuen Forums

Eine Initialzündung: Der Gründungsaufruf «Aufbruch 89 – Neues Forum»

Als ein Signal für den Aufbruch schlägt der Gründungsaufruf des Neuen Forums am 11. September 1989 wie ein Blitz ein und verbreitet sich in wenigen Wochen wie ein Lauffeuer. Aufbrechen wollen die Initiatoren des Aufrufes zunächst selbst – mitten hinein in die erstarrte DDR-Gesellschaft – und durch die Gründung einer neuen Vereinigung dazu aufrufen, sich ihnen anzuschließen. In den 55 Wochen bis zum Ende der DDR überstürzen sich die Ereignisse.

Eine der dreißig Erstunterzeichner des Gründungsaufrufes, die Zahnärztin Jutta Seidel, war selbst überrascht, als sie mir die Frage, wie der Aufruf eigentlich an dem Wochenende vom 9./10. September 1989 in Grünheide entstanden war[1], nicht beantworten konnte. Sie meinte, dass die Erinnerung deshalb so schlecht sei, weil das, was danach kam, sie einfach überwalzt habe, dass nur noch ein Konglomerat von Eindrücken da sei. Und damit beschrieb sie die Schwierigkeit, mit der auch ich bei der Rekonstruktion der Geschehnisse konfrontiert wurde.

Diese Ereignisse im Rückblick zu erfassen, die sich so facettenreich und explosionsartig in einem rasanten Tempo auf allen Ebenen gleichzeitig entfaltet und dabei jeden, wenn auch jeweils anders, mitgerissen hatten, und nachvollziehbar aufzublättern, scheint unmöglich. Das scheinbar Unmögliche doch auf den Weg zu bringen, war unsere Triebfeder und zu unserer eigenen und anderer Überraschung gelang der Aufbruch.

Wie es zur Gründung der Bürgerbewegung Neues Forum kam, zum Gründungsaufruf, der auf so eindrucksvolle Weise den Nerv der Zeit traf und eine gewaltige Welle der Zustimmung auslöste, versuche ich nachzuzeichnen.[2] Auf wenigen Seiten die Erfolgsgeschichte dieses Aufrufs und seiner Folgen zu rekonstruieren, erfordert eine zeitliche Eingrenzung. Ich beschränke mich bei meiner Darstellung[3] auf die bislang nahezu unbekannte Vorgeschichte, das Gründungstreffen in Grünheide und die

1 Das von der VW-Stiftung geförderte Erschließungsprojekt zum Archivbestand Neues Forum (40 lfm.) wurde im Jahr 2003 abgeschlossen. Es war bei der Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG) angesiedelt. Danach begann ich im Rahmen des Dokumentationsprojektes «Gründungsgeschichte des Neuen Forums» im Auftrag der RHG mit Zeitzeugenbefragungen. Die Zitate von Jutta Seidel und Bärbel Bohley entstammen diesen Interviews.

2 Grundlage meiner Ausführungen sind die Ergebnisse des Forschungs- und Dokumentationsprojektes zur Gründungsgeschichte des Neuen Forums im Auftrag der RHG.

3 Eine Gesamtdarstellung der Gründungsgeschichte der Bürgerbewegung Neues Forum bis zum Ende der DDR ist zur Veröffentlichung in Vorbereitung.

Pressekonferenz am 9.11.1989 auf dem Hof des Wohnhauses von Bärbel Bohley, v.l.n.r.: Eberhard Seidel, Bärbel Bohley, Jutta Seidel (lesend).

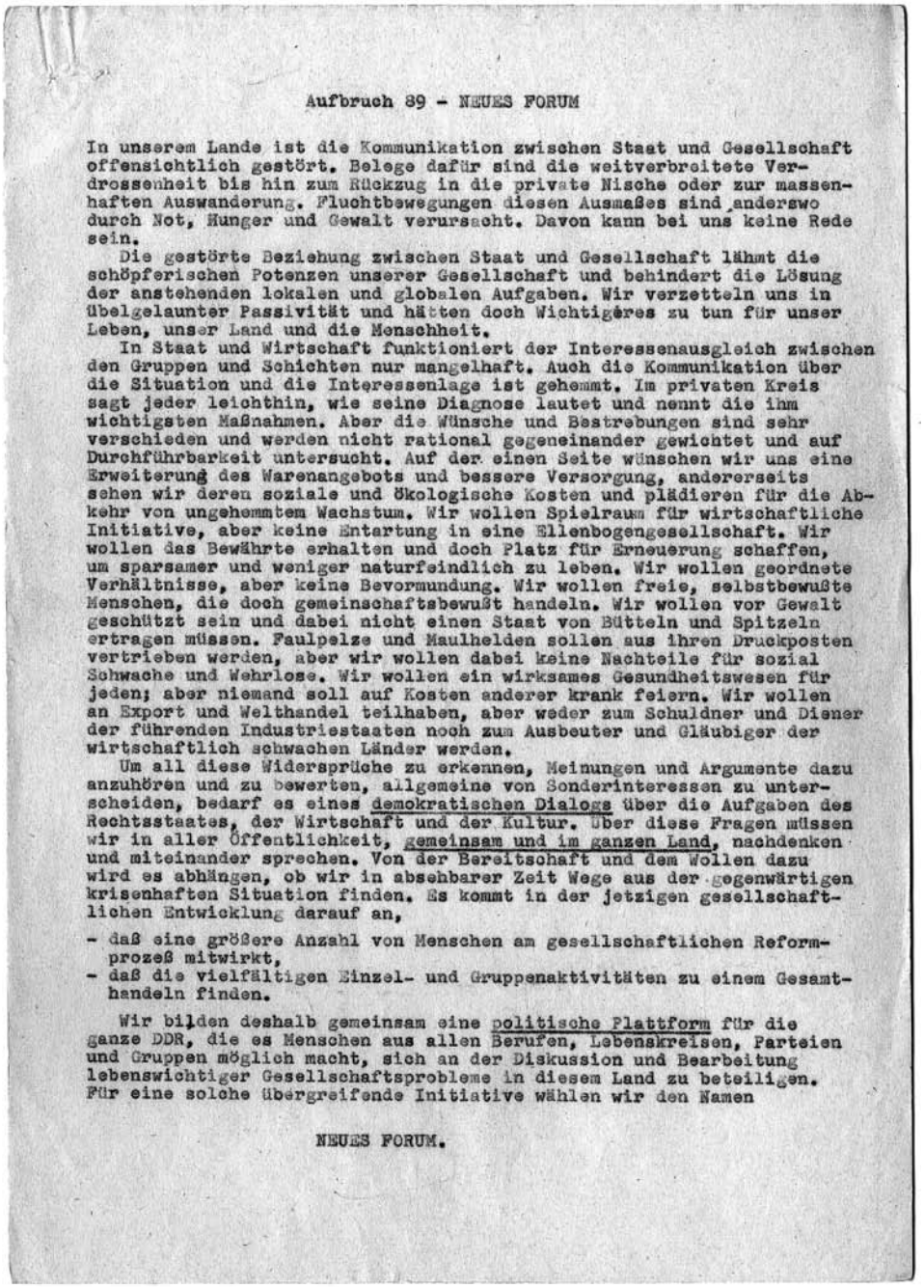
nachfolgenden Ereignisse bis zum 40. Jahrestag der DDR, dem ursprünglich vorgesehenen Termin für die Gründung der politischen Vereinigung.[4]

Die Initiatoren des Gründungsaufrufes

Für die Idee zur Gründung der Bürgerbewegung Neues Forum sind zwei Frauen von herausragender Bedeutung: Bärbel Bohley und Katja Havemann. Als die eigentliche Initiatorin tritt dabei Bärbel Bohley hervor. Darum ist die Gründungsgeschichte des Neuen Forums besonders eng mit dem Lebensweg von Bärbel Bohley verbunden und beginnt im Januar 1988 Konturen anzunehmen, als sie das erste Mal mit dem Rechtsanwalt und SED-Mitglied Rolf Henrich zusammentrifft, um ihm zur Veröffentlichung seines Manuskriptes[5] im Westen zu verhelfen. Tage später wird sie verhaftet und für sechs Monate außer Landes gedrängt. Seit Monaten hatten Bärbel Bohley und Katja Havemann darüber nachgedacht, wie es möglich sein könnte, sich auf ganz neue Weise politisch einzumischen, aus dem Ghetto der Oppositionsszene herauszutreten und auch die engen kirchlichen Räume endgültig zu verlassen. So kommt die Begegnung mit Rolf Henrich gerade recht, denn beiden ist klar, dass neue Verbündete weit

4 Es ist eine vorzeitige Gründung, aufgrund der gewaltigen Fluchtwelle des Sommers und dem damit einhergehenden, dramatisch zunehmenden Machtverfall. Ursprünglich hatten die Initiatoren für das Gründungstreffen die Tage um den 40. Jahrestages der DDR (7.10.1989) vorgesehen. Vgl.: Katja Havemann; Joachim Widmann: Robert Havemann oder wie die DDR sich erledigte, Berlin 2003, S. 418.

5 Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real-existierenden Sozialismus, erscheint im April 1989 im Rowohlt-Verlag.



Aufbruch 89 - NEUES FORUM

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen diesen Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
- daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen

NEUES FORUM.

Gründungsaufruf des Neuen Forums

Die Tätigkeit des NEUEN FORUM werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend der VO vom 6.11.1975 über die "Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen" (Gbl. I Nr. 44, S. 723) anmelden.

Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen.

Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden.
Die Zeit ist reif.

Die Erstunterzeichner:

Michael Arnold, Student, Leipzig; Bärbel Bohley, Malerin, Berlin; Katrin Bohley, Studentin, Berlin; Dr. Martin Böttger, Physiker, Cainsdorf; Dr. Erika Drees, Ärztin, Stendal; Katrin Eigenfeld, Bibliothekarin, Halle; Dr. Frank Eigenfeld, Geologe, Halle; Hagen Erkrath, Student, Berlin; Olaf Freund, Fotolaborant, Dresden; Katja Havemann, Heimerzieherin, Grünheide; Alfred Hempel, Pfarrer, Großschönau; Rolf Henrich, Jurist, Eisenhüttenstadt; Jan Hermann, Krankenpfleger, Brandenburg; Martin Klähr, Bauingenieur, Schwerin; Kathrin Menge, Hochbauingenieurin, Berlin; Dr. Reinhard Meinel, Physiker, Potsdam; Otmar Nickel, Drechsler, Dresden; Dr. Christina Pflugbeil, Ärztin, Berlin; Sebastian Pflugbeil, Physiker, Berlin; Reinhardt Pumb, Krankenpfleger, Berlin; Dr. Eva Reich, Ärztin, Berlin; Prof. Dr. Jens Reich, Arzt und Molekularbiologe, Berlin; Hanno Schmidt, Pfarrer, Coswig; Reinhardt Schult, Betonfacharbeiter, Berlin; Jutta Seidel, Zahnärztin, Berlin; Dr. Eberhard Seidel, Arzt, Berlin; Lutz Stropahl, Musikerzieher, Berlin; Dr. Rudolf Tschäpe, Physiker, Potsdam; Hans-Jochen Tschiche, Pfarrer, Samswegen; Catrin Ulbricht, Dresden

weg von Kirchendächern gefunden werden müssen, um den Protest gegen das rigide System zu verbreitern und in die Gesellschaft hineinzutragen. Von einschneidender Bedeutung ist für Bärbel Bohley und ihren Freundeskreis die Erfahrung des Jahres 1988. Es ist die zweite Verhaftungswelle, bei der Bärbel Bohley im Januar 1988 im Zusammenhang mit den Protesten am Rande der alljährlich stattfindenden Luxemburg-Liebknecht-Gedenkdemonstration inhaftiert wird. Keine zwei Wochen später muss sie direkt aus dem Gefängnis über die Bundesrepublik zu einem Zwangsaufenthalt nach England ausreisen. Und dennoch ist auch das ein Durchbruch, obwohl das für viele damals anders aussieht, denn mit einem DDR-Reisepass bleibt die Wiedereinreise eine ernstzunehmende Option. Das Zwangsexil ist für Bärbel Bohley eine harte Prüfung. In ihrem Gepäck hat sie bei ihrer wider alle Erwartungen geglückten Wiedereinreise in die DDR im August 1988 schwergewichtige Erfahrungen, die ihr weiteres Handeln bestimmen. Sie fühlt sich von der evangelischen Kirche, über Jahre Schutzraum auch für unabhängige Initiativen, verraten, von engen Weggefährten unverstanden und weiß genau, warum sie nicht im Westen geblieben ist. Einfach weggehen, ohne etwas erreicht zu haben, dafür ist der Preis zu hoch, zuviel ist passiert in den vergangenen Jahren.[6] Wieder Zuhause hält sie Ausschau, sucht andere Wege, um sich erneut einzumischen.

Eine Idee nimmt Gestalt an: September 1988 bis August 1989

Gerade nach den jüngsten Erfahrungen ist für Bärbel Bohley und Katja Havemann im Herbst 1988 endgültig klar, dass die bisher genutzten Strukturen ungeeignet für notwendige politische Bewegungen sind. Ihr Ziel ist die Öffnung – der Aufbruch aus den nicht nur verkrusteten, sondern geradezu versteinerten Verhältnissen. Es sollen breitere Kreise in der Gesellschaft als bisher angesprochen, das Protestpotenzial in seiner ganzen Breite gesammelt und gebündelt werden. Das ist nicht mit den oppositionellen Kleingruppen oder Hauskreisen möglich. Beim Wiedereinreisefest in ihrem Atelier trifft Bärbel Bohley am 17. September 1988 neben Freunden und Bekannten auch Vertreter nahezu des gesamten Spektrums der DDR-Opposition wieder. Fast vergessen scheinen die Anfeindungen und Unterstellungen nach ihrem Rauswurf im Februar. Doch der tiefe Bruch ist nur oberflächlich verheilt. Über ihre Pläne spricht sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Während die Idee für die Gründung einer politischen Vereinigung im Rahmen des Vereinsgesetzes der DDR durch Gespräche mit dem Rechtsanwalt Henrich Gestalt annimmt, planen die beiden Frauen, zusammen mit anderen[7] eine Publikation zum 40. Jahrestag der DDR im Samisdat herauszugeben. Ihr Ziel ist, das Schweigen zu brechen und auch Personen durch Interviews einzubeziehen, die nicht zur Oppositionsszene gehören. «40 Jahre DDR und die Bürger melden sich zu Wort» erscheint, federführend ist Bärbel Bohley, pünktlich zum Jahrestag der

6 Vgl. Bärbel Bohley, Gerald Praschl und Rüdiger Rosenthal: Mut. Frauen in der DDR, München 2005.

7 Beteiligt sind, neben Bärbel Bohley und Katja Havemann, Reinhard Weißhuhn (IFM), Irena Kukutz, Katrin Bohley, Steffen Steinbacher (später alle Neues Forum) sowie mit eigenen Beiträgen auch Rolf Henrich, Jürgen Fuchs und Ralf Hirsch.

DDR-Staatsgründung in 700 hektographierten Exemplaren in der DDR.[8] Wenig später wird die gedruckte Fassung im Westen verlegt. Aus dem Klappentext: «Dieses Buch nimmt vorweg, was die Demokratiebewegung Neues Forum erreichen will. Es stellt eine Plattform dar. DDR-Bürger aus allen Schichten, Berufen, Regionen, Altersstufen kommen zu Wort. In eindringlich geführten Interviews schildern sie ihre Erfahrungen mit Staat und Gesellschaft, geben ihren Enttäuschungen Ausdruck und artikulieren ihre Hoffnungen.» Im Vorwort schreibt Bärbel Bohley: «Eine legale politische Ebene muss dem Staat abgerungen werden, auf der die Menschen sich finden können, um ihre Aktivitäten für eine Veränderung der Gesellschaft zu entfalten. Dabei ist jeder einzelne wichtig, der sich öffentlich artikuliert und dem sich andere anschließen, denn nur gemeinsam, in Gruppen, Vereinigungen, Parteien, werden wir diesen legalen Raum des Widerstands und der Auseinandersetzung gewinnen.»[9] Die Überlegungen von Bärbel Bohley, Katja Havemann und Rolf Henrich, wie man eine politische Vereinigung gründen und wen man daran beteiligen sollte, sind im Frühjahr 1989 weit fortgeschritten. Einig ist man sich, dass nur handverlesene Mitgründer eingeladen werden sollen und Stillschweigen über das Treffen gewahrt werden muss, damit die Sicherheitsorgane nicht frühzeitig eine solche Gründung zu verhindern suchen. Die Bezirksverwaltung des MfS Frankfurt/Oder informiert am 21. August 1989 über «die beabsichtigte Bildung einer Vereinigung ›Demokratisches Forum‹ [...], um eine Plattform gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und die führende Rolle der Partei zu formieren».[10]

Das Gründungswochenende: Tatort Grünheide

Die Geburt des Neuen Forums an diesem zweiten Septemberwochenende des Jahres 1989 auf dem Grundstück von Katja Havemann in Grünheide bei Berlin ist lange vorbereitet. Grünheide ist nicht irgendein Ort, es ist der Ort des jahrelangen Hausarrestes für Robert Havemann und seine Frau Katja. Es ist der Ort, wo sich auch nach seinem Tod im Jahr 1982 immer wieder die verschiedensten Menschen aus Ost und West trafen. Dieser Ort ist ein Nest der Opposition und eine Wiege für den Beginn so mancher Initiative. Die Auswahl der Einzuladenden ist streng und konspirativ. Hauptmann Jäger von der Hauptabteilung XX/9 schreibt am 1. September 1989 über das geplante Treffen: «Eine Teilnahme sei nur auf der Grundlage persönlich ausgesprochener Einladungen möglich, so dass sich das Mitbringen weiterer Personen verbietet.» Anfang September 1989 ist der Aufbruch bereits in vollem Gange, es brodelt heftig an verschiedenen Orten gleichzeitig, das Gründungsfieber ist ausgebrochen, oppositionelle Bewegungen drängen in die Öffentlichkeit. Die Sicherheitskräfte sind im Dauereinsatz und können die Lage kaum mehr unter Kontrolle halten. Es gibt bereits mehrere Initiativen, die ihre Gründungen im August 1989 unabhängig voneinander angekündigt haben. Was da eigentlich wirklich gegründet werden soll,

8 Auf dem Grundstück von Katja Havemann werden die Exemplare gedruckt und geklammert. Als Deckblatt dienen goldgeprägte Urkundenvordrucke mit der Blindprägung des DDR-Wappens, «Vierzig Jahre» wird darauf gestempelt.

9 Vgl. Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs u.a.: 40 Jahre DDR und die Bürger melden sich zu Wort, Frankfurt 1989, S. 10-11.

10 Vgl. RHG/BStU-Kopie: Abteilung XX, 21.08.1989, Frankfurt/O., A 3547. Alle weiteren Zitate aus MfS-Berichten sind dieser Akte entnommen.

ist den Eingeladenen nur im Groben klar. Die Initiatoren wissen eines genau: Es wird eine legale politische Vereinigung, eine Sammlungsbewegung für die Durchsetzung von Veränderungen im Land werden. Weil das Ziel die Öffnung und die Gesprächsfähigkeit ist, soll es ein Forum sein. So wie Jutta Seidel geht es auch den anderen Eingeladenen. Sie beschreibt das so: «Ich wusste im Grunde gar nichts, wusste nicht wer, wusste nicht genau was, wusste nur dass [...].»

Die dreißig Erstunterzeichner

Die Initiatorinnen des Treffens, Bärbel Bohley und Katja Havemann, haben mit Rolf Henrich vereinbart, dass nur sie die Einladungen jeweils aussprechen. Auch untereinander soll nicht weiter darüber gesprochen werden, wer wen einlädt. Das war Absicht, erinnert sich Bärbel Bohley. So treffen an diesem Wochenende nicht wenige aufeinander, die sich zuvor noch nie gesehen hatten. Einladungen aus sozusagen erster Hand haben über Rolf Henrich und Erika Drees[11]: Jens und Eva Reich, Jutta und Eberhard Seidel, Hans-Jochen Tschiche, Christine und Sebastian Pflugbeil, Lutz Strophal, Hagen Erkrath. Von Bärbel Bohley und Katja Havemann direkt eingeladen sind Reinhard Schult, Rudolf Tschäpe, Jan Herrmann, Katrin und Frank Eigenfeld, Martin Böttger, der den IM Paule[12] einlädt, und Katrin Bohley. Mehr als die Hälfte der Anwesenden ist nicht aus Berlin angereist.[13] Prägnant ist die Berufsmischung, ca. die Hälfte der dreißig Erstunterzeichner kommt aus hochqualifizierten und gesellschaftlich anerkannten Berufen: Ärzte (7), Physiker (4), Pfarrer (3). Doktorentitel sind keine Seltenheit. Sieben Unterzeichner sind beruflich im Kultur- und Bildungsbereich tätig, drei Studenten sind dabei, zwei Krankenpfleger und ein Maurer sind ebenfalls vertreten. Die Gründe dafür, warum sich an diesem Wochenende die Anwesenden in Grünheide zusammengefunden haben und ein Forum gründen wollen, beschreibt Prof. Dr. Jens Reich später bei einem von Katja Havemann aufgenommenen Videointerview (eine Schutzmaßnahme) so: «Viele sind ängstlich. Viele von uns. Manche nennen es auch Klugheit oder Vorsicht. Auch unsere Informationsmedien sind ängstlich […]. Und was wir hier brauchen ist mehr ›Glasnost‹, mehr Offenheit. Keine verschlungenen Andeutungen, nicht das verstockte Schweigen, Offene Rede, aber auch Offenlegung der Situation, ungeschminkt.»[14]

«Aufbruch 89 – Neues Forum»: der Gründungsaufruf

Die Erinnerungen daran, wie der Gründungsaufruf zustande kam, sind bei einigen der seinerzeit Beteiligten nur noch verschwommen bis gar nicht mehr vorhanden. Bärbel Bohley erinnert sich, dass niemand ein fertiges Papier dabei hatte, dass der Aufruf erst in Grünheide entstand, wenn auch Jens Reich ganz maßgeblich die

11 Über Erika Drees aus Stendal kam 1988 der Kontakt zu Rolf Henrich zustande.

12 So kam der einzige Spitzel zum Gründungstreffen.

13 Vertreter aus Brandenburg (5), Sachsen-Anhalt (4) und Sachsen (7). Mecklenburg-Vorpommern ist nur mit einem Anwesenden vertreten, Martin Klähn aus Schwerin. Aus Güstrow war auch Heiko Lietz von Rolf Henrich eingeladen worden, der sein Kommen zugesagt hatte, aber nicht erschien.

14 Die Interviews sollten im Falle von Verhaftungen in den Westmedien ausgestrahlt werden. Vgl.: RHA/BW-MfS 09/01/01 (BStU-Kopie: HA XX, Berlin, 19.09.2006).

Textfassung formulierte. Jens Reich schreibt in seinen Erinnerungen, dass der Aufruf zwei Autoren und dreißig Korrektoren hatte, und dass er seinen handschriftlichen Entwurf aus Angst vernichtete. Seine Frau Eva Reich erinnert sich, dass auch überlegt wurde, wie man den Aufruf vervielfältigen könnte, wie die Unterschriften gesammelt, welche Leute man ansprechen und aus welchen Kreisen diese möglichst sein sollten. Verabredet wird dann der erste Advent für ein Wiedersehen. Soviel Zeit glaubte man zu haben. Der Gründungsaufruf soll den Nerv treffen, aber möglichst offen bleiben für die Zustimmung vieler, soweit sind sich die Akteure an diesem Wochenende einig. Sie streiten um jede Formulierung. Das Wort Sozialismus kommt nicht vor, auch das ist Konsens. Die überwältigende Resonanz des Gründungsaufrufes ist nicht erklärbar ohne die Besonderheiten und Unterschiede des «Aufbruch 89 – Neues Forum» zu den anderen Aufrufen des Herbstes 1989 wahrzunehmen. Es trifft eben nicht zu, dass sich die Gründungsaufrufe des Herbstes 1989 (Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Vereinigte Linke) nur unwesentlich inhaltlich unterscheiden. Drei entscheidende Unterschiede sind wesentliche Ursachen für die überraschende Wirkung des Gründungsaufrufes. Das Fehlen des Wortes Sozialismus im Gründungsaufruf des Neuen Forums und die unkomplizierte und dabei lebendige Formulierung der Forderungen sind entscheidungserheblich für zehntausende Unterstützer und für einige auch gerade der Grund, die Unterstützung zu verweigern. Die Legalisierungsforderung für die politische Vereinigung ist dabei ein weiterer, ebenso wichtiger Impuls und nicht zufällig in der Folgezeit der entscheidende Hebel zur Durchsetzung von Veränderungen. Denn die Menschen wollen den öffentlichen Raum für sich erobern und nicht weiter außer Landes oder in die staatsfeindliche Ecke gedrängt werden, wenn sie Kritik üben. In der Struktur der Zusammensetzung der Aufrufer selbst ist der dritte entscheidende Unterschied zu finden. Es treffen sich in Grünheide Vertreter verschiedener, bereits bestehender Freundes- bzw. Oppositionskreise, aber es treffen sich auch Menschen, die bislang keinen persönlichen Kontakt untereinander hatten. Und es sind nicht nur Vertreter kirchennaher Oppositionszirkel, sondern auch bislang in der DDR-Gesellschaft beruflich anerkannte und integrierte Bürger, die gemeinsam auf Veränderungen drängen wollen. So kann sich der Gründungsaufruf des Neuen Forums zwar auch entlang der Wege verbreiten, die schon in der Oppositionsszene etabliert wurden, aber ebenso auf völlig anderen, neuen Wegen. Die Erstunterzeichner rechnen mit einem Schneeballeffekt, doch es wird nicht nur eine Kettenreaktion, sondern ein Dammbruch, der eine Überflutung nach sich zieht. Die Menschen strömen herbei, wollen unterschreiben und damit ihren Willen bekunden, dass sie nicht weiter nur schweigende Zuschauer sein wollen.

September 1989: der Aufbruch, ein Dammbruch

Die Verabredungen der dreißig Erstunterzeichner des Gründungsaufrufes vom Wochenende beinhalten auch eine Aufgabenteilung. Während die einen, Bärbel Bohley und Katja Havemann, den Aufruf sofort der Öffentlichkeit übergeben sollen, wollen die anderen in ihrem Umfeld in einer Woche schon möglichst zahlreiche Unterstützer gewinnen, um dann am Dienstag, dem 19.09.1989, in den Bezirken die Vereinigung Neues Forum anzumelden. Was auch gelingt, denn bereits 1.500 Unterstützungsunterschriften sind am Tag der Anmeldungen gesammelt. Verabredet ist auch, dass die Unterschriftenlisten bei Bärbel Bohley gesammelt werden, um die

Zahl der Unterstützer DDR-weit laufend auswerten zu können. Einen Monat später entscheiden sich die Verantwortlichen unter dem Druck der unerwarteten Flut von Unterstützern für eine dezentrale Erfassung vor Ort. Die Vorgabe, wie diese Listen auszusehen haben, macht Bärbel Bohley handschriftlich auf vielen ersten Listen nachvollziehbar: Vorname, Name, Beruf, Adresse und Unterschrift. Die Unterzeichner sollen also nicht nur eine unleserliche Unterschrift unter den Aufruf setzen, sondern genauso wie die Erstunterzeichner mit voller Adresse identifizierbar und auch mit der Berufsbezeichnung erkennbar sein. Die Unterschriftenlisten werden später an verschiedenen Orten versteckt, denn das Risiko für jeden Einzelnen ist noch immer hoch. Zuerst sorgen die Erstunterzeichner selbst für die Vervielfältigung des Gründungsaufrufes und seine Verteilung. In Halle druckt noch in der Nacht zum Montag Frank Eigenfeld 2.000 Aufrufe und Unterschriftenlisten. Was folgt, überrascht alle. Der Aufruf löst eine Lawine an Zustimmung aus, wird vervielfältigt, ob mit der Schreibmaschine, mit primitiven Vervielfältigungsverfahren (Ormig) oder mit den damals nur sehr begrenzt verfügbaren Kopierern in den Betrieben und Universitäten. Die Menschen sind bereit, den Aufruf zu verbreiten und zu unterschreiben. Diese selbstgefertigten Unterschriftenlisten in vielfältiger Form sind zuerst Unterstützungsunterschriften auf Zulassung des Neuen Forums. Sie sind vielfach als Zustimmungs-, Sympathie-, Solidaritäts- und Einverständniserklärungen überschrieben. Als Willenserklärungen zur Mitarbeit gibt es sie und auch als direkte Beitritts- und Mitgliedschaftserklärungen. Eine Solidarisierung in bisher nicht gekanntem Ausmaß setzt sofort ein. Im Maxim-Gorki-Klub in Berlin-Weißensee solidarisieren sich am 18. September 1989 ca. 50 namhafte Unterhaltungskünstler mit den Erstunterzeichnern des Neuen Forums. Zur Verbreitung des Gründungsaufrufes trägt auch die Publizierung in den Westmedien bei. Telefoninterviews mit den Erstunterzeichnern Bärbel Bohley, Jens Reich und Hans-Jochen Tschiche gleich in den ersten Tagen, der Abdruck des Aufrufes in der Westpresse, Berichte im ZDF und in der ARD sorgen für seine Verbreitung schon vor der offiziellen Anmeldung. Laut einer Aufstellung über Besuche westlicher Korrespondenten bei Bärbel Bohley vermerkt die Stasi die Besuche von Ulrich Schwarz (*Der Spiegel*) und von Michael Schmitz (ZDF) schon für den 11. September 1989. In einem Interview sagt Bärbel Bohley: «Aber diese Resonanz hat wirklich unsere Erwartungen übertroffen. Am ersten Tag sind sehr viele Menschen gekommen und haben ihre Mitarbeit angekündigt [...], fragen, was können wir tun, was können wir machen. Es kommen Arbeiter, und es kommen Handwerker. Es kommen Intellektuelle. Es kommen Rentner, und was mich besonders freut, es kommen viele Genossen. Nicht nur von der SED, sogar welche von der CDU oder LDPD und Funktionäre aus dem Parteiapparat [...]. Für mich ganz persönlich ist es eine ganz besonders große Freude, wenn jemand, der einen Ausreiseantrag hat, sagt, ich warte noch eine Weile.»[15] Als dann am 21. September 1989 die DDR-Nachrichtenagentur ADN mitteilt, dass der Minister des Innern das Neue Forum für verfassungs- und staatsfeindlich erklärt, haben schon 3.000 Menschen den Aufruf unterschrieben. Die Lawine ist nicht mehr aufzuhalten.

15 Vgl. RHA/BW-MfS 09/01/01 (BStU-Kopie: HA XX, Information über Aktivitäten von Untergrundkräften zur Popularisierung der feindlichen Vereinigung «Neues Forum» durch westliche Medien; Berlin, 19. September 1989).

Kein Dachverband Neues Forum: Treffen in Leipzig am 24. September 1989

Als sich am Sonntag im Gemeindesaal der Markus-Gemeinde in Leipzig ca. 50 (manche Quellen sprechen von 80) Vertreter unterschiedlicher Gruppierungen und Einzelpersonen treffen, sind das überwiegend Vertreter der neu entstandenen Bürgerbewegungen: Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Vereinigte Linke und Neues Forum. Die Gruppierungen wollen ihre zukünftigen Initiativen miteinander abstimmen. Der Deutschlandfunk verbreitet als Gesprächsergebnis, dass das Neue Forum als Dachorganisation aller Bürgerbewegungen akzeptiert werde. Doch darauf haben sich die Teilnehmer nicht geeinigt.[16] Ein gemeinsames Ergebnis ist eine Protestresolution mit Unterschriften gegen die Entscheidung des Innenministeriums über die Ablehnung des Neuen Forums. Am nächsten Tag, am Montag, demonstrieren 5.000 bis 8.000 Menschen in Leipzig nach dem Friedensgebet, eine Forderung ist die Zulassung des Neuen Forums. Von einer Beratung im engeren Kreis bei Bärbel Bohley über die Ergebnisse des Treffens in Leipzig berichtet IM Paule am Montag dem MfS, dass derzeitig kein Zusammenschluss der Bürgerbewegungen möglich ist. Er berichtet weiter, dass ein provisorischer Sprecherrat des Neuen Forums gebildet wurde, zu dem Bohley, Henrich, Tschiche und Reich gehören [25.09.1989]. Das Neue Forum hat sich innerhalb von zwei Wochen bereits DDR-weit etabliert, Hunderte haben den Gründungsaufruf unterschrieben, und die Zahl wächst jeden Tag weiter. Die Zulassung des Neuen Forums ist zu einer der politischen Hauptforderungen der Protestbewegung geworden. Die Gründerin Bärbel Bohley, als Vertreterin der Bürgerbewegung in Leipzig anwesend, denkt nicht daran, diesen enormen Schwung, die Eigendynamik jetzt zugunsten einer neuen Dachorganisation abzubrechen. Bärbel Bohley: «So war es eben nicht, dass die anderen unter das Dach des Neuen Forums wollten, sondern die wollten ein Dach gründen. Es sollte was Neues gegründet werden, und dagegen war ich.»

Vorladungen, Ordnungsmaßnahmen, Zuführungen

Eine Woche nach den Anmeldungen des Neuen Forums bei den Räten der Bezirke und im Innenministerium in Berlin laden die Staatsorgane zu Gesprächen. Entsprechend «der getroffenen Festlegungen» wird in einer Information des MfS der Vollzug weitergemeldet [26.09.1989]: «Gespräche mit Antragstellern zur Gründung des Neuen Forums aus den Bezirken Dresden, Cottbus, Neubrandenburg, Halle, Leipzig wurden geführt, nicht erschienen zu den Gesprächen waren die Antragsteller aus Frankfurt/O., Karl-Marx-Stadt, Rostock.» Am 28. September 1989 weist Armeegeneral Mielke seine Diensteinheiten erneut an: «Gegen Personen, die Handlungen zur Formierung der oppositionellen Sammlungsbewegung Neues Forum unternehmen, sind konsequent die erforderlichen Maßnahmen zur Unterbindung derartiger Aktivitäten einzuleiten [...]. Bei Feststellungen auf frischer Tat sind Zuführungen sofort durchzuführen.» In Stendal wird am selben Tag eine solche «Ordnungsmaßnahme» gegen die Erstunterzeichnerin Erika Drees in Gang gesetzt. Ihre Jacke mit der Aufschrift «Neues Forum staatsfeindlich? menschenfeindlich?» und eine gelbe

16 Vgl. Christian Dietrich, Uwe Schwabe (Hrsg.): Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989, Dokumentation, Leipzig 1994.

Plakette mit der Aufschrift «stopp Atomenergie» werden von der Deutschen Volkspolizei «in Verwahrung» genommen, auch Unterschriftenlisten zum Gründungsaufruf werden eingezogen.

Büro Bohley: Berlin, Prenzlauer Berg

Die Umschlagstelle für Nachrichten, der Knotenpunkt der beginnenden Formierung der Sammlungsbewegung Neues Forum ist im September 1989 das Atelier von Bärbel Bohley in Hochparterre mit Blick auf den Teutoburger Platz im Berliner Prenzlauer Berg und ihre darüber liegende Wohnung im 1. Stock. Schon nach wenigen Tagen wird ein Bürodienst organisiert, weil Bärbel Bohley allein den Ansturm nicht beherrschen kann. Rund um die Uhr klingelt das Telefon, stehen Leute vor der Tür, die nicht nur den Aufruf unterschreiben, sondern auch reden wollen. Journalisten aus aller Welt wollen Interviews. Der Ansturm ist überwältigend. Die Strichliste an der Wand gleich neben dem Telefon über die Zahl der Unterstützungserklärungen wächst stündlich. Jeweils im 50er-Pack (1 Strich für 10 Unterstützer) wird gezählt und die Listen entsprechend als erledigt gekennzeichnet. In zehn Tagen ist die Liste angewachsen auf 3.000 Unterzeichner des Gründungsaufrufes.[17] Der Besucheransturm im Atelier von Bärbel Bohley nimmt jeden Tag zu. Nicht nur tagsüber sind Helfer zur Stelle. Jeweils in den Abendstunden ist ein sich abwechselnder Bürodienst damit beschäftigt, hunderten Menschen Auskunft zu geben, das Info-Material auf dem großen Arbeitstisch zu aktualisieren oder Listen entgegenzunehmen. Die Menschen sind begierig auf die vervielfältigten Flugblätter, Offenen Briefe, Erklärungen, Aufrufe, und sie wollen reden, sich austauschen über die politische Lage. Die Besucher bringen auch Kaffee- und Geldspenden sowie Papier- und Sachspenden. Während Tausende DDR-Flüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaften am 30. September 1989 ihre Ausreise erreichen, trifft bei den Erstunterzeichnern des Gründungsaufrufes genauso wie im Büro Bohley eine unerwartete Flut von Unterschriftenlisten aus nahezu allen Regionen der DDR ein, es stellen sich viele in ihren Regionen selbst als Kontaktadressen zur Verfügung.

Oktober 1989: Landesweite Mobilisierung, die Flut

Die Initiativgruppe Neues Forum, vor allem bestehend aus Erstunterzeichnern des Gründungsaufrufes, trifft sich am Sonntag [01.10.1989] bei Sebastian Pflugbeil. Die Anwesenden beschließen eine vorläufige Organisationsstruktur, die sie in einem Brief an die «Freundinnen und Freunde des Neuen Forum» versenden wollen. Zusammen mit einem «Offenen Problemkatalog» zu den Themen Wirtschaft und Ökologie, Kultur, Bildung, Wissenschaft, Rechts- und Staatswesen wird dieser Brief veröffentlicht, vielfach versandt und verteilt. Darin heißt es: «Wir geben zu, dass wir mit diesem Ansturm von Menschen nicht gerechnet hatten. Es existieren weder Organisationsstrukturen noch hauptamtliche Mitarbeiter oder Büros [...], als nächsten Schritt planen wir, die Lizenz für eine Zeitung zu beantragen. Bis zur Genehmigung werden wir ein Informationsblatt herausgeben.» Es werden weiter eine vorläufige Organisati-

17 Bei 200.000 Unterstützungserklärungen für den Gründungsaufruf wird später aufgehört zu zählen.

onsstruktur vorgeschlagen und 15 Kontaktadressen, darunter zehn Erstunterzeichner, angefügt. Zur inhaltlich programmatischen Ausrichtung ist darin zu lesen: «Für uns ist die ›Wiedervereinigung‹ kein Thema, da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben. Wir wollen Veränderungen hier in der DDR [...]. Das Reformkonzept für unser Land wollen und können wir nicht vorgeben, sondern in einem übergreifenden Diskussionsprozess erst entwickeln.» Zwei Tage später bei einem Treffen der erweiterten Initiativgruppe[18] sind bereits 5.000 Unterschriften gezählt [03.10.1989], ein Kontaktadressenkatalog wird erarbeitet und festgelegt, sich nach regionalen Gesichtspunkten zu organisieren. Der Problemkatalog soll republikweit mit 3.000 bis 5.000 Exemplaren verteilt werden. Die Rechtsstelle des MfS indessen formuliert am selben Tag einen ausführlichen «Standpunkt zur mündlichen Beantwortung» der Eingabe von Rechtsanwalt Gysi[19] an das MdI wegen der Ablehnung der Vereinigung Neues Forum. Über ein sich ständig erweiterndes Netz von Kontaktadressen nimmt die Sammlung der Unterschriftenlisten unter den Gründungsaufruf weiter einen ganz wesentlichen Raum ein, denn vorrangiges Ziel ist das Abtrotzen der Legalisierung des Neues Forums als ein Einstieg in grundlegende Veränderungen. Der Grad der landesweiten Mobilisierung lässt sich auch an dem Zuwachs an Kontaktadressen dokumentieren. Ende Oktober zählt die Liste 244 Kontaktadressen aus allen 15 DDR-Bezirken.

Solidarisierungen, Versammlungen, Erklärungen

Während die Sicherheitsorgane irritiert sind und die staatlichen Stellen noch keine zentralen Anweisungen haben, schreitet die Solidarisierung mit dem Neuen Forum weiter fort. In verschiedenen Städten finden erste öffentliche Veranstaltungen des Neuen Forums statt, die einen enormen Zulauf haben. Am 2. Oktober 1989 solidarisieren sich auch die Bildenden Künstler mit den Zielen des Neuen Forums. Die Mitglieder des VBK-DDR, Bezirk Berlin, unterzeichnen eine Erklärung, in der sie sich mit den Resolutionen der Unterhaltungskünstler [18.09.89] und des Berliner Schriftstellerverbandes [14.09.89] solidarisieren und fordern «die öffentliche Diskussion der Probleme und die Einbeziehung aller Kräfte, auch der, die [...] an einer Mitwirkung gehindert und sogar als Staatsfeinde diffamiert und kriminalisiert werden». Auch dieser Aufruf wird, wie die anderen vom Neuen Forum, als hektographiertes Flugblatt verbreitet. Überall drängt das Neue Forum Anfang Oktober 1989 in die Öffentlichkeit. Noch sind es vorrangig kirchliche Räume, die für Veranstaltungen genutzt werden. Die hervorragenden Versammlungsorte sind in diesen Tagen ohnehin die öffentlichen Straßen und Plätze. Hier ist die Stärke und Breite der Protestbewegung sichtbar und in ihrer Wirkung von Woche zu Woche im Anwachsen.[20] In der Schweriner *Paulskirche* findet die erste öffentliche Veranstaltung des Neuen Forums statt [02.10.1989]. «Der

18 Erweitert wurde die Gruppe der Erstunterzeichner frühzeitig, um die Probleme überhaupt bewältigen zu können. Beauftragte für Finanzprobleme war Luise Schramm, Medienexperte Klaus Freymuth, für die programmatische Arbeit verantwortlich Klaus Wolfram, für Organisation und Strukturfragen Christan Tietze.

19 Beauftragt durch Bärbel Bohley und Jutta Seidel, die das Neue Forum beim MdI angemeldet haben.

20 Vgl. Tina Krone (Hrsg.): Sie haben so lange das Sagen, wie wir es dulden. Briefe an das Neue Forum September 1989 bis März 1990, Berlin 1999.

Anblick der vor dem Gebäude ausharrenden Menschenmenge übertraf selbst die kühnsten Erwartungen der Veranstalter. Statt der erwarteten 80 bis 100 Teilnehmer, die den Gründungsaufruf in Schwerin unterzeichnet hatten, waren 800 bis 1000 gekommen [...], etwa zwanzig Arbeitsgruppen entstanden an diesem Abend [...].»[21] In Weimar zählen die Veranstalter am 4. Oktober 1989 über 1.200 Teilnehmer einer Versammlung des Neuen Forums in der Herderkirche.[22]

40. Jahrestag der DDR: 7. Oktober 1989

Am Vorabend des Jubiläums werden in Halle an der Saale nach einer Versammlung des Neuen Forums im Pfarrhaus der Gesundbrunnengemeinde sechs Organisatoren, darunter die Erstunterzeichnerin Katrin Eigenfeld, verhaftet und verhört. In Berlin wird im Palast der Republik mit einer Festveranstaltung und einem gigantischen Fackelzug wie alle Jahre zuvor das Jubiläum gefeiert. Dieses Mal gibt es blutige Proteste. In einer «Erklärung des Neuen Forum zum 40. Jahrestag der DDR», dem «Aufruf an alle Mitglieder der SED!», heißt es: «Zehntausend Unterschriften aus allen Bevölkerungsschichten beweisen schon jetzt, dass Gemeinschaftshandeln und Verantwortungsgefühl in der Stagnation unseres gesellschaftlichen Lebens nicht untergegangen sind [...], das Neue Forum ist eine Stätte für Neues Denken [...]. Allen Versuchen, den gesellschaftlichen Dialog durch Kriminalisierung, durch Ausgrenzung und Einschüchterung auszuweichen, wollen wir unsere demokratische Aktion entgegenstellen.» Während zweier Veranstaltungen des Neuen Forums in der Michaeliskirche in Leipzig unterzeichnen an diesem Tag ca. 700 Menschen den Gründungsaufruf, Kontaktadressen werden bekannt gegeben.[23] Die gewalttätigen Übergriffe, das Niederknüppeln eines friedlichen Protests, die Bilder sind im (West-)Fernsehen zu sehen, schockieren die Öffentlichkeit und sind zugleich eine Aufforderung, erst recht auf die Straße zu gehen. Am nächsten Tag werden 20 Besucher nach dem Verlassen des Ateliers von Bärbel Bohley festgenommen und verhört. Unterschriftenlisten und Info-Blätter werden eingezogen. Doch auch mit Gewalt ist jetzt nichts mehr aufzuhalten – wie wir heute wissen.

Nur einen Monat später, am 9. November 1989, verkünden Jutta Seidel und Bärbel Bohley auf einer internationalen Pressekonferenz, die Journalisten drängen sich auf dem Hof ihres Wohnhauses, dass das Neue Forum nun auch staatlich anerkannt ist. Noch in der Nacht öffnen sich die Schlagbäume Richtung Westen.

---

21 Vgl. Kai Langer: Ihr sollt wissen, dass der Norden nicht schläft. Zur Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR, in: Andreas Röpcke, Martin Schoebel (Hrsg.). Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns, Band 3, 1999, S. 125ff.

22 Vgl. Hans Hoffmeister u.a. (Hrsg.): Die Wende in Thüringen. Rückblick 10 Jahre danach, November 1999, S. 94.

23 Christian Dietrich, Uwe Schwabe (Hrsg.): Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989, Dokumentation, Leipzig 1994.

ELISABETH WEBER

Bericht über meine ersten Erfahrungen der Zusammenarbeit von Grünen und Bündnis 90

Zwischen Weihnachten und Sylvester 1990 versuchte ich, einen Bericht über meine Arbeit im Verbindungsbüro der grünen Bundestagsfraktion zur Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne von April 1990 bis Oktober 1990 zu schreiben, über die Vorgeschichte, über die vielen Gespräche und Eindrücke. Es wurde kein ordentlicher politischer Bericht daraus. Sobald ich mich an den Computer setzte und zu schreiben anfing, wurde ich überschwemmt von der Woge der ungeordneten Gedanken, Erfahrungen und Erlebnisse. Es wurde eine Art selbstreflektierendes Ordnen meiner selbst. Ich erinnerte mich an mein DDR-Bild in der Schulzeit in Hamburg, schrieb über meine Erfahrungen mit der DDR während meiner Studienzeit in Westberlin, wo ich von 62-72 lebte und aktiv an der Studentenbewegung teilnahm (SEW miese Taktierer, manchmal in Ostberlin – gutes Theater, aber sonst nicht attraktiv, keine Leute kennengelernt). Dann die Zeit als Mitglied einer maoistischen Organisation, links und antisowjetisch. Dann neuer Anfang, die Erfahrungen in der Russell-Gruppe in Köln und die Begegnungen mit Bernd Eisenfeld[1], Jürgen Fuchs und Roland Jahn. Dann die Diskussionen in der Bundestagsfraktion der Grünen, wo ich seit Dezember 1983 als Mitarbeiterin erst von Milan Horáček, dann Uli Fischer, dann Helmut Lippelt arbeitete. Schwerpunkt waren Ost-West-Beziehungen. Aber auch Beteiligung an dem intensiven Streit mit Dirk Schneider u.a. über den Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten. Und manchmal Reisen nach Ostberlin, die erste zu einem konspirativen Treffen mit einer Oppositionsgruppe im September 1984. Aber meistens Einreiseverbot. Dann die vielen Gespräche mit Bärbel Bohley während ihres Zwangsaufenthalts im Westen 1988. Der unordentliche Bericht wurde nie abgeschlossen und nie veröffentlicht. Ich gab ihn einigen Freunden und Freundinnen und vergaß ihn.

Als jetzt das Grüne Archiv mich freundlich anfragte, ob sie im Kontext ihres Jahrbuchs über die friedliche Revolution 89/90 Teile meines längst vergessenen

1 Im Text erwähnte Personen (mit Ausnahme von Mitarbeitenden und sehr bekannten Politikerinnen und Politikern) sind im Anhang dieses Berichts nach Vornamen alphabetisch sortiert nachzusehen. Weiterführende biographische Angaben finden sich unter: http://de.wikipedia.org/wiki/DDR-Opposition, http://www.jugendopposition.de, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Tom Sello (Hrsg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006, und in: Heinrich-Böll-Stiftung/Werner Schulz (Hrsg.): Der Bündnis-Fall, Bremen 2001.

Papiers veröffentlichen könnten, habe ich verblüfft um die Zusendung des Papiers gebeten, es gerührt wieder gelesen und dann gerne zugesagt. Zugleich musste ich natürlich viele Seiten kürzen. So habe ich alles Nachdenken über die Vorgeschichte gestrichen. Veröffentlicht wird hier das nicht überarbeitete, minimal gekürzte Kapitel über Sommer/Winter/Frühjahr 89/90.

Im August 88 kann Bärbel entgegen aller Prognosen der Westfreunde zurückkehren nach Ostberlin. Wegen meines Einreiseverbots kann ich mit ihr nur noch telefonieren.

Besuchen geht nur, wenn es mir gelingt, auf dem Transit von Moskau über Berlin-Schönefeld nach Ostberlin zu kommen.

Am 16.1.89 kann ich sie besuchen. Sie erzählt mir von Henrich und nimmt mich mit zu Reinhard und Poppe und zu einer Beratung, ob es Zeit sei für ein neues Angebot zum Zusammenschluss der vereinzelten oppositionellen Gruppen. Die Diskussion ist für mich interessant. Aber meine Kategorien taugen nicht zur Beurteilung der Situation. Ich erzähle von *Memorial* und von Polen.

Am 7.6. 89 breche ich eine Moskau-Reise vorzeitig ab, um zu Rajas Beerdigung zu gehen. Auf dem Transit nach Ostberlin. Bärbels Tür ist offen, und sie starrt mich an, wie einen Geist, als ich eintrete: «Dass sie dich reinlassen. Weißt du nicht, dass heute eine Demonstration ist. Überall stehen sie.» Ich erzähle und erzähle von Raja, und Bärbel hört mir zu und versteht mich.

Im Sommer 89 machen wir Ferien in Wales. Als ich zurückkomme, erzählt Milan von einem Seminar in Ungarn, und wie er sich ein Stück Stacheldraht vom Eisernen Vorhang abgeschnitten hat. Abend für Abend die Interviews mit den Flüchtlingen in der bundesrepublikanischen Botschaft in Prag, dann in Budapest, dann in Warschau.

Hilflose Versuche der Grünen, mit der Situation politisch fertig zu werden. Ein Gespräch des Bundesvorstands mit Jürgen Fuchs, Roland Jahn, Lotte Templin, das von Unverständnis, aber auch schlampiger Vorbereitung gekennzeichnet ist. Die westliche Selbstgewissheit der Grünen ist auffallend. Sie ist der Situation nicht mehr angemessen. Aber ich habe auch kein Konzept für eine bessere Politik.

Am 1.10. fahre ich nach Berlin. Diesmal wieder Einreiseverbot. Ich treffe mich mit Roland Jahn, Ralf Hirsch und Jürgen Fuchs, die mich beschwören, dass die Situation sich rasend schnell entwickle und dass die Grünen mehr helfen müssten.

Ein Seminar in der Evangelischen Akademie Mülheim mit dem Titel «Geh doch rüber!» mit vielen Gesprächen zwischen BRD-lern und Ex-DDR-lern. Lotte Templin und ich leiten verschiedene Arbeitsgruppen. Gemeinsam stellen wir fest, dass es heute nicht mehr heißt «Geh doch rüber!», sondern «Bleib doch drüben!». Erschrocken registriere ich, dass die DDR-Übersiedler alle sagen, dass sie die BRD als Heimat empfinden, während die Westdeutschen, die zu Besuch in die DDR kommen, die DDR als Ausland erleben.

Am 21.10. wieder Einreiseverbot. Treffen mit Milan, Lukas, Jürgen Fuchs und Freya Klier. Ergebnisloses Hin- und Herdiskutieren, was man gemeinsam machen könne.

Wie wird es weitergehen? Panzer und Schüsse wie gegen die Studentenbewegung in Peking oder friedlicher Umbruch? Wir diskutieren und grübeln. Etwas ratlos kehre ich in die Stressroutine von Bonn zurück.

Gerd Poppe, Reinhard Weißhuhn und Elisabeth Weber (v.l.n.r.) im Gespräch am Rande einer Begegnung des polnischen Präsidenten Lech Walesa mit Mitgliedern von Bündnis 90 in Berlin am 2.4.1992.

Am 9.11. besuche ich nachmittags Lew, um wie immer ein bisschen zu erzählen und schnell wieder wegzugehen, weil ich die Leere noch nicht ertrage. Dann Yoga-Kurs, den ich Sibylle zuliebe angefangen habe und anschließendes freundschaftliches Plaudern in einer Alternativkneipe.

Gegen 22 Uhr komme ich nach Hause. Jürgen sitzt vor dem Fernseher und sagt: «Die Mauer ist auf.» Ich sage: «Du spinnst. Mach keine blöden Witze.» Er: «Guck doch selber.» Und gemeinsam sitzen wir vor dem Fernseher, hören Radio, telefonieren, weinen, trinken Sekt. Es ist wahr: Die Mauer ist auf.

Am nächsten Tag fahre ich nach Bonn, überstürzte Diskussionen bei den Grünen. Krampfhaftes Suchen nach der eigenen Identität im Streit darüber, welcher grüne MdB bei der Nationalhymne am Donnerstagabend im Bundestag aufgestanden sei oder sogar mitgesungen habe. Nach Ostberlin kein Durchkommen. Die Bundestagsfraktion beschließt, nach Berlin zu fahren. Ich buche auch, gebe dann meine Karte an Bernd Ulrich. Ich kann nicht fahren. Zu sehr bin ich erschüttert. Zu unangenehm finde ich den politischen Tourismus. Im Aufzug treffe ich Carstens. Alle haben Tränen in den Augen und lächeln sich parteiübergreifend zu.

Jürgen ruft abends an. Er ist nach Berlin geflogen. Nachts telefoniere ich mit Bärbel und sage, dass ich nicht kommen will. Sie freut sich, sagt, dass sie nicht in den Westen gehen will.

Samstags Ost-West-Treffen in Düsseldorf. Danach habe ich frei. Karnevalseröffnung auf der Domplatte und dem Bahnhof. Es gelingt mir, noch einen Flug nach Berlin zu bekommen.

Abends treffe ich Jürgen in Berlin. Hand in Hand gehen wir die Mauer entlang. Mitten in der Nacht sind Menschenströme unterwegs. Eine einzige Bewegung. Gehen, stehenbleiben. Gucken, weitergehen. Wir lassen uns mittreiben. Reihen uns ein in eine Bewegung, die zugleich konzentriert und rastlos ist. Es ist wie eine Suche, eine Art kollektive Suche nach den 28 Jahren Eingemauert-Sein. Stumme Bewegung von Tausenden. Und unaufhörlich das helle Klopfen der Mauerspechte.

Ich rufe Bärbel an und sage, dass ich doch gekommen bin. Sie freut sich genauso unlogisch trotz des Telefonats vor 24 Stunden wie ich selbst.

Am nächsten Morgen fahren wir zur Friedrichstraße. Überall Leute aus der DDR mit diesen weit offenen Blicken. Stumm studieren sie alles. Die Aschbecher in der U-Bahn. Die Halterung der Papierkörbe. Das Holz der Bänke. Die Fugung der Kioskwände. Alte Ehepaare gehen Hand in Hand, bleiben stehen, gehen höflich beiseite, prüfen alles, was sie sehen, berühren die Fahrplantafel, streichen über die Litfaßsäule. Und jedes Mal ist die Bilanz klar: Es ist besser als bei uns.

Neben mir sitzt eine alte Frau. Ich frage, woher sie kommt: «Aus Königs Wusterhausen.» Ein Geschmack nach Fontane. Ich sage, dass ich aus Köln komme. Erschrocken und lächelnd rückt sie beiseite: «Aus Köln? Wo der Dom steht?»

An der Kontrolle zeigt Jürgen seinen neuen EG-Pass. Kurz darauf wird er durchgewunken. Zum ersten Mal seit 15 Jahren. Bei mir dauert es etwas länger. Die Schlange wird teilnahmsvoll unruhig. Dann plötzlich doch das Visum.

Wir fahren zu Bärbel. Ein Zettel im Schlüsselloch. Bin bis mittags im Französischen Dom. Wir gehen hin und treffen das Neue Forum bei einer Beratung über eine Stellungnahme. Umarmung mit Reinhard Schult. Wie viel ist passiert, seit wir uns zuletzt gesehen haben.

Lukas ist auch da, und anschließend gehen wir zusammen essen, trinken Kaffee bei Bärbel, überreden sie, mit uns rüberzugehen.

Es scheitert, weil am Potsdamer Platz keine BRD-Bürger und an der Friedrichstraße keine Autos rüber können. So holen wir Irena und Micha Kukutz ab und gehen zusammen essen. Ein Abend voller Freundschaft und voller Streit. «Warum freut Ihr euch nicht, dass die Mauer auf ist? Ihr seid Sektierer und wollt nicht sehen, was passiert.» – «Ihr habt keine Ahnung. Ich fühle mich genauso ohnmächtig wie früher. Genauso Objekt wie früher. Heute ist unsere Revolution kaputt gemacht.» Die naive Freude von uns Westlern und die Wut und Enttäuschung der DDR-ler prallen immer wieder aufeinander und können nur durch die freundschaftliche Verbundenheit ausgehalten werden.

Immer wieder dieselbe Kritik am Westen: Konsumgesellschaft, Ellenbogengesellschaft. Gereizt antworten wir: «Vergesst doch endlich euer Schulungswissen. Der Westen sind auch wir, die Grünen. Die Alternativbewegung, wir konkrete Menschen.»

Irena macht ihr Gefühl, gedemütigt zu sein, durch eine Geschichte deutlich: Sie selbst hatte keine Zeit, nach Westberlin zu gehen. Aber ihr Sohn war den ganzen Samstag dort, erzählt, dass es ihm nicht gefallen habe, es sei zu voll und viel längere Schlangen als in der DDR. Und anschließend habe er ihr 190 DM über den Tisch geschoben. Zweimal Begrüßungsgeld. 190 DM sind schwarz getauscht fast doppelt soviel, wie sie im Monat verdient. Im selben Moment habe sie gewusst, dass jetzt ihre Arbeit nichts mehr wert ist, dass es besser ist, einmal in der Woche im Westen putzen zu gehen als rund um die Uhr in einem Ostberliner Krankenhaus zu schuften.

Ich beginne, ihre Gefühle zu verstehen. Erzähle einige Wochen später polnischen Freunden davon, die trocken kommentieren: «Na endlich merken die in der DDR es auch einmal.»

Am Montag fliege ich zurück nach Bonn mit sehr gemischten Gefühlen, Verletztheit, Verständnis, dem Gefühl, gebraucht zu werden und abgelehnt zu werden.

Die Begegnungen überstürzen sich. Am 17.11. grüner Parteitag in Saarbrücken. Ich mache mit einer anderen Frau Diskussionsleitung bei einem Plenum mit Ludwig Mehlhorn, Thomas Klein, Marion Seelig, Carlo Jordan, Katrin Eigenfeld, Kazimierz Woycicki.

Außer Kazik kenne ich niemanden persönlich, aber alle Namen sind mir bekannt. Gespräche über Gespräche. Kazik macht Ludwig Mehlhorn und mich miteinander bekannt. Mit Kathrin Eigenfeld fliege ich zurück nach Berlin, und traurig erzählt sie mir, dass ihr Sohn vor zwei Wochen beschlossen hat, mit Frau und Kind im Westen zu bleiben. Alles umsonst?

16. Dezember, Treffen mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Ostberliner Freundinnen und Freunden. Am Tag danach besuche ich Ludwig Mehlhorn und lasse mir seine Samisdat-Ausgaben von Übersetzungen polnischer Schriftsteller zeigen. Anschließend zu Bärbel. Wir gehen spazieren, essen in einer Kneipe. Sie erzählt mir, dass Momper sie und andere zu einem Gespräch geholt habe, sie beschworen habe, die Regierung zu übernehmen, ihnen sogar eine Ministerliste vorgeschlagen habe. Sie fragt, was ich dazu meine. Ich denke nach, vergleiche mit den polnischen Erfahrungen, sage dann: «Ja, es wird dich vielleicht erstaunen, aber ich halte das für richtig. Und du?» – «Ich auch», sagt sie. «Aber damit stehe ich wohl allein.» Die Situation in der DDR wird immer krisenhafter. Oder schreiben das nur FAZ und BILD?

Am 25.12. mit Jürgen nach Eisenach, Erfurt, Naumburg, Altenburg und nach Berlin. Wir treffen György Dalos und Helmuth Frauendorfer, fahren zusammen zu Bärbel. Am 31.12. holen wir sie ab und fahren über Dresden nach Prag, um mit Milan und seinen Freunden Sylvester zu feiern. Mit Bärbel im Auto über die Grenze nach Prag. Unvorstellbar.

Am 3.2. eine Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung und des Neuen Forums in Leipzig. Katrin Eigenfeld und ich machen zusammen die Diskussionsleitung. Hinterher erzählt sie mir, wie große Angst sie gehabt habe, dass ich mit meiner Westroutine sie in die Ecke drücken würde, und wie erleichtert sie zugleich gewesen sei, mich neben sich zu wissen. Ich spüre, wie die Koordinaten meines Lebens sich verändern.

Nach wie vor fahre ich fast jeden Tag nach Bonn, diskutiere über Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, initiiere mit anderen ein Netzwerk *Polen-Hilfe von unten*, höre Berichten über die Veränderungen in der CSSR und in Rumänien zu. Genug zu tun. Sinnvoll und nützlich. Doch zunehmend merke ich, wie mich die Veränderungen in der DDR aus dem Gleis werfen. Kohls Zehn-Punkte-Programm, die Rede von Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag, die Erklärung von Modrow zur deutschen Einheit. Viele Jahre lang habe ich versucht, eine grüne Ostpolitik für die BRD mit zu entwickeln. Eine Ostpolitik für Deutschland steht außerhalb meines Horizonts. Viele polnische Freunde haben mir immer wieder gesagt: «Wenn Gorbatschow an der Macht bleibt, wird die Mauer fallen und Deutschland wird sich vereinen.» Ich erinnere mich an eine lange leidenschaftliche Diskussion mit David Warszawski, in der ich ihm zu beweisen versuchte, dass ein deutscher Nationalstaat anachroni-

stisch sei, dass er weder der EG noch dem Wunsch der Nachbarn noch den neuen ökologischen Problemen noch dem Wunsch der BRD-Bürger noch den föderativen Traditionen entspreche, dass dies ein Konzept aus dem 19. Jahrhundert und nicht des ausgehenden 20. Jahrhunderts sei. Er hatte mich mit freundschaftlichem Interesse angehört. Ich habe ihn an keinem Punkt überzeugt. In vielen Diskussionen habe ich gegen Bahr und Ehmke, Karsten Voigt und auch gegen viele Grüne zusammen mit Milan und anderen dafür gestritten, dass die Staaten Osteuropas nicht stabil sind, dass die demokratische Opposition als Verbündete ernst zu nehmen, nicht nur eine Frage der Moral, sondern auch politischer Weitsicht sei.

Wie schnell habe ich recht bekommen, und wie wenig nützt mir das! Immer wieder fällt mir der Satz von Gorbatschow ein: «Letztlich ist es die Woge und nicht der Schaum, der trägt.» Waren meine dissidentischen Freunde und Freundinnen letztlich nur der Schaum? Ist das Nationalgefühl die Woge, die trägt? Es kann nicht sein.

Ein politisches Denken in den Interessen des Nationalstaats gehört nicht in das Europa der Jahrtausendwende.

Mit Bestürzung muss ich feststellen, wie sehr ich mich selbst, trotz aller blockübergreifenden Konzepte, auf den Status quo eingestellt hatte, auf die geteilte Welt und die Anstrengung, sie zu unterlaufen. Mit dem Ende der Teilung wird plötzlich auch die Anstrengung zu ihrer Überwindung überflüssig.

Bei jedem Gespräch mit Bärbel und anderen Freunden und Freundinnen merke ich, dass die Zeit der intensiven Besuche hinter der Mauer vorbei ist, dass wir beginnen müssen, wirklich zusammenzuarbeiten. Und ich merke, welch ein Unterschied es ist, sozusagen konsequenzlos befreundet zu sein oder politisch ernsthaft zusammenzuarbeiten. Bei jedem Besuch wird mir klarer, dass Treue zu den ehemals dissidentischen Freunden bedeutet, sich auf diese Zusammenarbeit einzulassen, und zugleich sehe ich, wie schwierig das sein wird, wie verschieden wir sind.

Als Mitarbeiterin der grünen Bundestagsfraktion nehme ich teil an den Diskussionen über die Stellungnahmen der Grünen zu den deutsch-deutschen Veränderungen. Zusammen mit Udo Knapp entwerfe ich Resolutionen und Diskussionsvorlagen. Doch es gelingt nicht, einen Weg aus den hilflosen Streitereien zu finden. Zu hart sind die Grünen in ihrem Selbstverständnis von der deutsch-deutschen Entwicklung überrumpelt worden. Ich kann das gut verstehen, geht es mir doch teilweise selber so. Zugleich aber kommt es mir immer sinnloser vor, Zeit und Kraft in diese Diskussionen zu stecken. Weder in Bonn noch bei der grünen Bundestagsfraktion kann ich mir darüber klar werden, was mit uns passiert.

Als die grüne Bundestagsfraktion beschließt, ein Büro zur Wahlkampfunterstützung der DDR-Opposition zu machen, melde ich mich zur Mitarbeit. Erleichtert fliege ich am 19.2.90 nach Berlin, fahre zum Reichstag, wo die Bundestagsfraktion ein Büro hat. Niemand ist da. Der Pförtner gibt mir einen Schlüssel, und ich irre durch die Gänge des Reichstags. Ein Büro neben dem anderen, voll eingerichtet mit Schreibtischen und Schreibmaschinen. Eins nach dem anderen leer. Ein Haus voll Geschichte im Wartestand.

Endlich finde ich das Büro der Grünen. Ich hinterlasse einen Zettel und fahre zu Elsbeth, die mir freundlicherweise ein Zimmer in ihrer Wohnung zur Verfügung stellt.

Dann Bärbel anrufen und zu ihr fahren. Ein Brief von ihr und Katja Havemann an Gysi ist im *Neuen Deutschland* abgedruckt. Drohanrufe. Ich gehe ans Telefon, damit

Bärbel sich nicht jedes Mal in lange Diskussionen einlässt und wir überhaupt nicht zum Reden kommen.

Um sechs kommt jemand aus Werder mit einem Auto, um Bärbel zu einer Wahlveranstaltung nach Werder abzuholen. Ich fahre mit und fahre staunend zum ersten Mal von Ost nach West (Kontrolle), quer durch Westberlin (Kontrolle) nach Werder.

Bündnis 90 in Werder macht zusammen mit Frauen der ASF aus Westberlin eine Frauenveranstaltung. Ein kleiner Kreis von Zuhörerinnen. Selbst mir fällt der Unterschied auf zwischen der routinierten politischen Selbstdarstellung der Westfrauen und den kurzen Fragen der Ostfrauen.

Am 20.2. beginnen wir mit einer Bürobesprechung all derer, die zur Wahlkampfunterstützung gekommen sind. Dietrich Wetzel gibt einen Überblick und teilt uns ein. Alle Anderen werden zur Unterstützung des Bündnisses Grüne/UFV, das noch kaum Wahlkampf begonnen hat, eingeteilt. Bündnis 90 hat schon einen professionellen Wahlkampf begonnen. Nur ich soll zu ihnen gehen. Damit bin ich sehr zufrieden.

Anschließend gehe ich zu Fuß vom Reichstag, rechts am Brandenburger Tor vorbei, Kontrolle, Unter den Linden entlang zum Haus der Demokratie. Für viele Monate wird das mein täglicher Gang sein.

Im Haus der Demokratie emsiges Hin und Her, Stress, Nervosität, Überforderung, Fremdheit in Räumen, die mich an die Ärmlichkeit und Hässlichkeit einer alten Schule in den frühen 50er-Jahren erinnern. Ich gehe an den Büros der einzelnen Organisationen vorbei: VL, IFM, DJ, das Wahlbüro von Bündnis 90. Und überall auf den Fluren treffe ich Leute. Fast alle, die ich überhaupt in der DDR kenne, scheinen inzwischen in diesem Haus zu arbeiten oder wenigstens vorbeizuschauen. Ludwig Mehlhorn ist im Wahlstab von Bündnis 90 und nimmt mich sofort zu den anderen mit. Mühsam versuche ich, mir die Namen und die Gesichter zu merken: Eva Reich und Jutta Seidel, Christiane Ziller und Klaus Freymuth, Rudolf Schäfer und Stephan Bickhardt. So viele neue Personen, von denen ich nie gedacht hatte, dass es sie gibt. Ludwig, Reinhard, Lotte und Ulrike helfen mir, mich zurechtzufinden. Bärbel ist nicht im Wahlstab und meistens beim Neuen Forum, das seine Büros in der Rosa-Luxemburg-Straße hat.

Ich versuche, die Struktur des Wahlbüros zu verstehen. Vergeblich. Schließlich begreife ich, dass sie selbst ihre Struktur nicht kennen. Also mache ich mich daran, ein Strukturschema des Wahlstabes und der Verantwortlichkeiten darin aufzuzeichnen, so wie ich es verstanden habe. Ich zeige das Schema Rudolf Schäfer, der es wütend durchstreicht: «Alles falsch.» Erschrocken sieht Ludwig, der daneben steht, mich an. Aber mir beginnt die Sache Spaß zu machen. Ich gehe in jedes Büro, zeige ihnen das Schema und frage, was sie selbst anders sehen. Wer ist ihrer Ansicht nach für Finanzen zuständig? Wer für Presse? Was ist der Unterschied zwischen Wahlbüro und Wahlstab? Zugleich frage ich alle nach ihrer Telefonnummer, um diese mit auf den Zettel zu schreiben.

Und immer wieder wird mir die private Telefonnummer gegeben. Ich sage: «Nein, ich will nicht die private Nummer. Ich will die von dem Büroapparat hier vor dir.» Verblüfft stelle ich fest, dass die meisten sie nicht wissen und wir erst durch kompliziertes Hin- und Hertelefonieren die Nummer rauskriegen. Ich komme mir vor wie beim Übergang von mündlicher Geschichtsüberlieferung zur schriftlichen

und beginne zu verstehen, was es heißt, von privaten Zirkeln in einen öffentlichen politischen Raum zu treten.

Ich gebe bei der nächsten Sitzung des Wahlstabes mein allseitig gebilligtes Strukturblatt ab, erzähle von meinen Beobachtungen, werde freundschaftlich aufgezogen (als Landvermesserin bei den Eingeborenen) und frage: «Bin ich damit Durchsetzerin kapitalistischer Normen oder ist das einfach grundlegend für eine vernünftige Arbeitsorganisation?» Eigentlich habe ich bis heute auf diese Frage keine Antwort bekommen.

Niemand sagt mir, was ich nun eigentlich für den Wahlkampf tun soll. Alles läuft auch ziemlich gut. So erledige ich einige der mir übertragenen Verbindungsaufgaben, helfe ein bisschen organisieren, diskutiere mit und mache Vorschläge, aber hauptsächlich streife ich herum, spreche mit vielen Leuten und werde ein bisschen eine Art Spezialistin für Kulturschock, d.h. für die gemeinsame Reflektion über die tiefen kulturellen Unterschiede zwischen Ossis und Wessis.

Ich versuche, etwas Licht in die Geldverteilungsstreitereien zwischen Grünen, AL, Bündnis 90, Ostgrüne usw. zu bringen. Empört sagt mir Cordula: «Also, wenn ihr für alles eine Quittung haben wollt, dann behaltet doch euer Scheißgeld.» Protokolle von Sitzungen scheint es zu geben, aber niemand weiß, wer sie hat und wo sie aufbewahrt werden. Luise sagt mir, dass sie das Westgeld erst zählen müsse. Sie bewahre es unter dem Bett. Mit Lachen und mit Erschütterung nehme ich teil an den Gehversuchen von einer konspirativen Organisation, in der die Geldverwaltung reine Vertrauenssache ist – am besten möglichst wenige wissen, von wem das Geld kommt und wofür es verwendet wird, und wo es ein schwerer Fehler ist, darüber ein Protokoll anzufertigen und dies dann auch noch irgendwo aufzuheben –, hin zum öffentlich kontrollierbaren Verwalten öffentlicher Gelder.

Zum ersten Mal im Leben nehme ich an einem Wahlkampf teil, in dem die Verantwortlichen frühestens abends zum Zeitunglesen kommen. Ich war vorbereitet darauf, dass für Leute von der Opposition in der DDR die offiziellen Zeitungen nicht wichtig sind. Erst jetzt aber beginne ich zu ahnen, wie tief verschieden unsere Erfahrungen mit Öffentlichkeit sind. In Bonn leben wir Grüne in einem Geflecht von Informationen, die sich aufeinander beziehen und in dem wir selbst ein Teil sind. Ein Artikel in der *FAZ* zeigt mir, wie grüne Ideen konservativ aufgenommen oder zurückgewiesen werden. Die Nachricht über die CDU-Fraktionssitzung gibt mir Hinweise, auf wen in der CDU man sich stützen könnte bei einem Antrag gegen die Colonia Dignidad. Die Nachricht über den Verlauf des Irak-Iran-Kriegs kann bedeuten, dass Petra Kellys Rüstungsexport-Anfrage vielleicht doch eine Chance hat usw. usw. Ich bin gewohnt, mich selbst als aktiven Teil von verschiedenen aktiven Gruppen, die selbst wieder Teil einer aktiven Gesellschaft sind, zu sehen. Jetzt werde ich konfrontiert mit Menschen aus einer Gesellschaft, die keine Öffentlichkeit kennt, in der es kein aktives Sich-Aufeinander-Beziehen gibt. Informationen wie z.B. Meinungsumfragen, Einschaltquoten oder Fernsehberichte über eine oppositionelle Demonstration gibt es entweder nicht, oder sie sagen zwar wie etwa die Auflagenhöhe des *Neuen Deutschland* oder der Marx-Engels-Ausgabe etwas über den Reichtum und die Macht der SED aus, aber nichts über die Interessen der Leser. Ich wusste zwar etwas über Osteuropa, aber erst jetzt beginne ich zu verstehen, dass in der DDR die oppositionellen Zirkel gegen die SED-Macht nicht nach demokratischen, öffentlichen und westlichen Kriterien lebten, sondern

dass sie selbst tief geprägt sind von der erstickten und unfreien Atmosphäre einer Gesellschaft ohne Öffentlichkeit.

Mit Verblüffung erlebe ich Pressekonferenzen von Bündnis 90, die zwei Stunden dauern und sowohl von den Journalisten wie auch von Vertretern anderer Organisationen zu Grundsatzdebatten genutzt werden. Ich sehe, dass es Freundschaft und Vertrauen zu einigen West-Journalisten gibt, aber nicht, weil sie gut berichtet haben, sondern weil sie sich trauten, Bücher und Materialien hin- und herzutransportieren. Ich merke, dass Bärbel Artikel über Podiumsdiskussionen, an denen sie teilnahm, nicht kennt, dass später Jens Reich oder Jochen Gauck mit Interesse zuhören, wenn ich ihnen erzähle, was in der *Zeit* über sie stand. «Ach ja, da ist mal einer da gewesen.» Aber keine Bitte, den Artikel mitzubringen. Menschen, die gewohnt sind, ohne öffentliches Echo zu leben. Menschen, die gewohnt sind, auf eigene Planung mehr oder weniger zu verzichten. Was man realisieren kann oder nicht, hängt ja sowieso nicht von einem selbst ab. Wir in Bonn leben in Handlungsketten, die fast automatisch ablaufen: Eine Veranstaltung wird beschlossen, Referenten einladen, Raum buchen, Einladungstext schreiben, drucken lassen, verteilen, Tickets buchen usw.

Im Wahlkampf im Haus der Demokratie sind viele bereit zu helfen. Aber es gibt keinerlei gemeinsame Erfahrung mit solchen funktionierenden Handlungsketten. Wenn man zufällig jemanden trifft, der den Kirchenvorstand einer Kirche kennt, wird der Kirchenraum festgemacht. Vielleicht trifft man ihn aber auch nicht. Telefon haben nur einige. Aber zufällig kommt Biermann vorbei und man kann ihn für die Veranstaltung gewinnen.

Später im Versuch, Bundestagsfraktion «Die Grünen» und Volkskammerfraktion «Bündnis 90/Grüne» zu verbinden, erlebe ich belustigt den Aufeinanderprall der verschiedenen Arbeitsweisen. Der West-MdB sagt einem Ostler, er möge einen Raum reservieren. Dieser hat es aber nicht gemacht, weil der Zuständige nicht zu Hause war und ist tief erstaunt, dass der Westler ungehalten wird. Ein Ost-MdV bittet in Bonn jeden West-Mitarbeiter, den er trifft, ihm ein Ticket für den nächsten Tag zu reservieren. Am nächsten Tag ruft zornbebend unsere Reisestelle an, warum denn jetzt fünf Tickets gebraucht werden, es wäre doch nur eins zugesagt. Unser Reichstagsbüro verblüfft durch immer hochgestochenere soziokulturell-philosophische Erklärungen.

Zunehmend merke ich, wie ich selber mich verändere, meine eigene Planungssouveränität über mein eigenes Leben sich entgrenzt. Während ich in Warschau meine polnische Freundin damit verblüffte, dass ich mir am ersten Tag eine ganze Woche voll Terminen zusammentelefonierte und diese dann auch mehr oder weniger exakt einhielt, lasse ich mich jetzt einfach in die andere Lebensweise fallen und schreibe nach Bonn, dass ich langsam veroste und sie das bei der Auftragsgestaltung bitte berücksichtigen möchten. In Bonn kämpfe ich darum, trotz des Politik-Stresses Herrin über meine eigene Zeit zu sein. Jetzt höre ich auf, Bücher zu lesen, zu schreiben, eine eigene Planung für mich zu machen, lebe nur noch im Zuhören, Erzählen, Nachdenken und wieder Erzählen. Selten habe ich mich so sehr außerhalb meiner selbst und sicher in mir selbst gefühlt.

Am 21.2. fahre ich mit Almuth Kottwitz, Bärbel, Klaus Wolfram und Ludwig nach Schwerin zur zentralen Wahlkampferöffnungsveranstaltung von Bündnis 90. Auf dem Podium sitzen mehr als zwanzig Kandidaten und Kandidatinnen, die sich nacheinander vorstellen. «Ich bin Physiker, habe 3 Kinder, habe in meiner Stadt im Oktober

die Demonstrationen mit organisiert und die Stasi mit aufgelöst.» Immer wieder dieselben Sätze. Keine Wahlreklame, keine Versprechungen, kein Beschimpfen des politischen Gegners. Diejenigen, die an ihren Orten im Herbst die Wende organisiert haben, stellen sich vor. Eine Diskussion wird gefordert. Immer wieder: «Warum sind so wenige hier?» Es sind einige Tausend. Ich finde es nicht wenig. Aber sie haben eine riesige Halle gemietet, die natürlich nicht voll ist. Was haben sie erwartet? Vielleicht die Hunderttausende der Montagsdemonstrationen. Ich verstehe ihren Schock. Und ich lächle zu dem Beitrag eines Pommern, der entrüstet protestiert: «Ich bin einverstanden, dass Pommern geteilt ist. Die Oder-Neiße-Grenze muss bleiben. Aber dass hier die Fahne von Mecklenburg höher hängt und größer ist als die von Vorpommern, das ist eine Schande.» Die Kommission zur Klärung des Hauptstadtstreits Rostock-Schwerin berichtet. Ich freue mich, wie ernsthaft und gerade sie über ihre Nachforschungen berichtet.

Eine Grußrede von Hildegard Hamm-Brücher, Grußadressen von Richard von Weizsäcker und Rita Süßmuth. Wütend flüstert Almuth mir zu: «Bin ich denn hier auf einer CDU-Veranstaltung? Uns Grünen wurde doch gesagt, dass keine Parteivertreter reden sollen.»

Später versuche ich ihr zu erklären, dass Menschen, die bei uns nach ihrer Parteizugehörigkeit beurteilt werden, hier nach anderen Kriterien eingeladen werden. Hildegard Hamm-Brücher hat während der Synode in Rostock abendelang mit der kirchlichen Opposition diskutiert. Weizsäcker und Süßmuth werden als authentische Vertreter einer demokratischen politischen Kultur eingeladen.

Welch Abgrund zwischen den politischen Erfahrungen. Oder bin ich schon zu sehr verostet? Später wird mir von Wessis immer wieder vorgeworfen, dass ich zu wenig grüne Interessen vertreten, und von Ossis, dass ich zu sehr grüne Parteipolitikerin sei.

Langsam lerne ich die drei Bürgerbewegungen, die sich zum Bündnis 90 für die Wahl zusammengetan haben, genauer kennen. Zuerst scheint es mir rein zufällig, welcher von den alten Freunden jetzt in welcher der drei Organisationen gelandet ist, und für mich sind die alten Freundschaften sowieso eine gute Chance, mich nicht in die Streitereien zwischen den drei Organisationen hineinziehen zu lassen. Doch allmählich erkenne ich, dass die drei Organisationen in der Tat eigene Konturen haben.

Die «Initiative Frieden und Menschenrechte», die einzige offen auftretende Oppositionsgruppe unabhängig von der Kirche, die es in der DDR gab, besteht in ihrem inneren Kern aus den alten Oppositionellen, in der Regel mit Knast-, Stasiverfolgungs- und Berufsverbotserfahrung. Mit ihren Schwerpunkten Minderheitenrechte und Europapolitik sind sie mir inhaltlich sehr nahe. Sehr früh treten einzelne ihrer Mitglieder in bewusster Abgrenzung zu SPD und PDS für die Zusammenarbeit mit den Grünen der BRD ein. Aber es ist eine sehr kleine Gruppe, meist aus einzelnen intellektuellen Individuen aus städtischen Milieus bestehend. Eine Verbindung zwischen diesen alten Oppositionellen und den wenigen neu hinzugekommenen Leuten scheint kaum gelungen. Manchmal gehe ich sonntagabends zu ihrer Berliner Mitgliederversammlung. Die Stimmung erinnert mich zuweilen an die Beratungen an den Westberliner Universitäten während der Studentenbewegung. Ein ähnliches Auseinanderklaffen zwischen den intellektuellen Autoritäten des SDS und der Basis an den Instituten. Demokratie Jetzt vereint ein ganz anderes Milieu aus der DDR,

das ich so gar nicht mehr erwartet hatte. Mit Achtung und fast Rührung lerne ich Personen wie Hans-Jürgen Fischbeck, Michael Bartoszek, Konrad Weiß und Wolfgang Ullmann kennen, Menschen, die in ihren meist akademischen Berufen zwar kein Berufsverbot, aber keine ihren Fähigkeiten entsprechenden Stellungen hatten. Ihre Geradheit stützt sich auf bildungsbürgerlich-christliche Werte, die mich an die Veröffentlichungen der GVP in der BRD und immer wieder an Gustav Heinemann erinnern. Mein Vater hatte die GVP gewählt, und ich fühle mich an eine wichtige Oppositionstradition der BRD erinnert, die es aber bei uns seit dem Aufgehen der GVP in der SPD und seit der Studentenbewegung als eigenes gesellschaftliches Milieu nicht mehr gibt. In Demokratie Jetzt gibt es eine Kultur der Höflichkeit, des Siezens, des intellektuellen Gesprächs, der Achtung von gesellschaftlichen Umgangsformen, von der ich langsam verstehe, wie tief entgegengesetzt sie dem Stasi-System war, wie sehr sie auch Schutz gegen das Stasi-System bot.

Das Neue Forum lerne ich als Organisation erst langsam kennen. Am 22.2. fahre ich ins Büro des Neuen Forums, weil ich mit Bärbel verabredet bin. Ich treffe Michael Kukutz wieder, der jetzt Geschäftsführer des Neuen Forums ist, und er sagt mir: «Geh doch hoch, Bärbel ist oben. Mittwochs ist immer Republiksprecherrat.» So gehe ich hoch. Auf der Treppe treffe ich einen Mann mit Bart. Wir stutzen beide. Es ist Martin Böttger, den ich lange nicht gesehen habe. Wir umarmen uns voll Wiedersehensfreude. Oben sitzt der Republiksprecherrat. Fast nur Männer. Einige kenne ich von früher – Heiko Lietz und Reinhard Schult natürlich. Aber es sind nicht die alten Freunde und auch nicht die inhaltlichen Diskussionen, die mich viele Wochen jeden Mittwoch zum Republiksprecherrat führen. Es ist die Begegnung mit einer Fülle von Menschen aus der Provinz der DDR, deren Integrität und Aufrichtigkeit mich bezaubert. Für viele Wochen wird Mittwochmittag einer meiner Lieblingstermine. Essengehen mit Leuten vom Sprecherrat des Neuen Forums und mir erzählen lassen. Die einen bereiten eine Veranstaltung zum 17. Juni in Erfurt vor, sammeln Material, bringen Zeitzeugen zum Sprechen. Die anderen erzählen von der zunehmenden Feindlichkeit an ihrem Ort gegen die sowjetischen Streitkräfte, erzählen mir von den Offiziersfrauen, die putzen gehen, von den geheim gehaltenen Umweltschäden durch die Armee, erzählen mir, wie sie zum sowjetischen Stadtkommandanten gehen und verhandeln: «Wir sind besorgt über die zunehmende Feindlichkeit Ihnen gegenüber. Wir bieten Ihnen Hilfe und Freundschaft an. Aber bitte kommen auch Sie uns entgegen. Verringern Sie ihre Tiefflugübungen und legen Sie ihre Einflugschneise nicht mehr über das städtische Krankenhaus.» Wieder andere erzählen, dass der Direktor der einzigen Schule in einem Dorf, ehemals Stasi, die Schule abgeschlossen, in den Westen gegangen und den Schlüssel mitgenommen hat. Das Neue Forum lädt alle Lehrer ein zu einer Beratung, wie der Schulunterricht weitergehen kann. Fast alle Lehrer und Lehrerinnen kommen.

In den Gesprächen lerne ich ein Stück DDR kennen, das ich sonst nie hätte kennenlernen können. Und eine Phase in der Geschichte der DDR, die es vielleicht nur in der Provinz gab. Bärbel hat recht, wenn sie sagt: «Soviel Freiheit wird es nie wieder geben.» Manchmal fühle ich mich erinnert an Heyms *Schwarzenberg* und kann kaum aufhören, zu fragen und zuzuhören.

Es gibt viele Spannungen zwischen dem eher linken Berliner Arbeitsausschuss und den eigentlich unpolitischen Leuten aus der Provinz. Später werden diese Spannungen auch meine ruhige Position einer befreundeten Wessi-Frau angreifen.

Aber im März und April ist für mich das Neue Forum die unmittelbarste Verkörperung der Idee von Bürgerbewegung, von «Verantwortung, nicht Macht», von parteiunabhängigem Engagement für das Allgemeinwohl. Manchmal werde ich von Anderen in der DDR kritisiert: «Du überschätzt das Neue Forum.» Meine Antwort ist: «Ich überschätze es nicht. Ich liebe es.»

Manchmal kommen Vertreter der West-Grünen ins Haus der Demokratie, offizielle Delegationen oder Vertreter der einzelnen Flügel. Ich versuche ihnen zu erklären, dass die Bürgerbewegungen der DDR anders sind als wir. Zum einen sind Demokratie, Ökologie und Feminismus, die in den West-Grünen verbunden sind, in der DDR in verschiedene Organisationen getrennt. Demokratie, mit den jeweiligen Akzenten Menschenrechte bei IFM, Rechtsstaat und Bürgerbeteiligung bei DJ, Stasi-Auflösung und kommunales Bürgerengagement beim Neuen Forum, Ökologie bei der Grünen Partei und der Grünen Liga, Feminismus beim UFV. Die beiden letzten lerne ich erst später und viel oberflächlicher kennen. In der Wahlzeit sind andere dafür zuständig, später habe ich kaum Zeit dafür. Andere Themen, die für die West-Grünen wichtig sind wie Dritte Welt oder Sozialpolitik sind in allen fünf Organisationen nur am Rande wichtig.

Der Unterschied liegt aber nicht nur im Getrenntsein der Themen und ihrem additiven Zusammenfügen im Bündnis der verschiedenen Organisationen. Die Schemata und Verknüpfungen, die Erkennungsmerkmale der Flügel, die die Grünen entwickelt haben, passen nicht. Gegen die Parteiform und für Regierungsbeteiligung, gegen die ersatzlose Streichung des § 218 und für Beteiligung der Vereinigten Linken – solche Kombinationen gibt es bei den West-Grünen nicht. Die Erfahrungen sind andere. Die Orientierungen sind nach Zuverlässigkeit in der Illegalität entstanden. Viele Positionen sind noch abstrakt. Mit Schadenfreude oder Mitleid sehe ich die Mühen der Flügelvertreter bei ihren Erkundungsversuchen in der DDR. Leider lassen sich nur wenige dann auf den Prozess des Kennenlernens ein. Neue Freundschaften etwa zwischen einer feministischen Reala und einer SED-Soziologin sind selten.

Jeden Montag ist ein Großteil der Freunde im Wahlbüro nicht da. Der Runde Tisch tagt. Die Sitzungen werden im Fernsehen übertragen und in vielen Büros läuft der Fernseher von früh bis spät. Leider bin ich nur einmal mitgefahren, zur letzten Sitzung, über den Verfassungsentwurf und den Bericht der Kommission zur Stasi-Auflösung. Die Oktober-Demonstrationen, die Stasi-Auflösung, der Runde Tisch, später die Volkskammerfraktion – Schritte des Selbständigwerdens einer Gesellschaft. Ich sehe zugleich, dass Leute, die sich in diesen oder in einem dieser Schritte bewährt haben, legitimiert sind, für die Opposition zu sprechen. Vielleicht legitimierter als viele der Bundestagskandidaten, die wenig später auf grünen Landesparteitagen in entsetzlichem Strömungsgerangel nominiert werden.

Der große helle Raum mit dem riesigen viereckigen Tisch ist angefüllt mit Menschen. Die Mitte ist leer, aber rings um den Tisch sitzen dicht nebeneinander die Delegierten der verschiedenen Organisationen, dahinter Berater und von den Organisationen benannte Experten. Im hinteren Teil einige Stuhlreihen für die Presse. Reinhard und Ulrike, Poppe und Wolfgang, so viele, die ich aus Hinterzimmern und Küchen kenne, sitzen hier und diskutieren mit Leidenschaft und Ernst über die Zukunft ihres Landes. Ich sehe, dass sie hier eine Erfahrung machen, die weit über unsere Erfahrungen in Bonn hinausgeht. Für einen Augenblick habe ich das Gefühl, dass in diesem Raum wirklich die Vision einer besseren DDR anwesend ist. Warum

konnte die SED dies erst zulassen, als sie selbst am Ende und das Land ruiniert war. Die Rede von Jens Reich in Schwerin fällt mir ein: «Wir wollen Verantwortung, nicht Macht.» Hier in diesem Saal scheint dies verwirklicht. Ja, sie haben Verantwortung und keine Macht. Die neuen Machthaber sind schon am Horizont sichtbar.

Ich war in Warschau während des Runden Tisches, ebenfalls kurz vor seinem Ende. Ich besuchte damals täglich die langen Pressekonferenzen, in denen Solidarnosc die Ergebnisse der Verhandlungen vorstellte. Eine ähnliche Stimmung von Aufbruch und ernster Begeisterung. Eine ähnliche Vielfalt von Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen, in denen die Kompetenz der bisher verbotenen und unterdrückten 2. Kultur sich endlich öffentlich einmischen, verhandeln, die Gegenseite überzeugen, Konsense finden konnte.

Aber als die Runden Tische begannen, sich zu verselbständigen, zogen beide Seiten den Schlussstrich. Die Aufgabe des Runden Tisches, die Zulassung von Solidarnosc und die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes, war erfüllt. Der Wahlkampf begann und damit die letzte Phase der sich selbst beschränkenden Revolution. In der Situation, in der, wie Lenin sagt, «die Herrschenden nicht mehr können und die Beherrschten nicht mehr wollen» hatte Solidarnosc nicht zu den Gewehren gerufen, sondern den Runden Tisch als Methode des gewaltfreien Systemwechsels konzipiert.

Für die DDR kam der Runde Tisch zu spät. Anders als in Polen, wo die Bevölkerung damals bereit war, den schwierigen Weg der Reformen mitzutragen und auch keine andere Möglichkeit hatte, sind die Menschen in der DDR dazu nicht mehr bereit. Die außerordentliche Möglichkeit der Einheit scheint die Mühen der Reform aus eigener Kraft überflüssig zu machen. Über Geld, Schulden und Wirtschaft wird in Niederschönhausen nicht mehr gesprochen.

In der Stadt hängen die Wahlplakate der anderen Parteien. Deutlich sind die Schriftzüge der SPD-, CDU- und FDP-Zentralen aus Bonn zu erkennen. Wahlveranstaltungen sind angekündigt. Aber von Bündnis 90 scheint kaum jemand Interesse zu nehmen, zu einer der Veranstaltungen der anderen Parteien hinzugehen. Auch ich bin nur zu einer Veranstaltung gegangen, einem deutsch-deutschen Frauentreffen, veranstaltet von der Frauen-Union, der Frauenorganisation der CDU. Hochrangige Gäste aus dem Westen, weibliche MdBs der CDU, auf dem Podium auch Rita Süßmuth. Im Saal überwiegend Westlerinnen, Frauen der Ost-CDU und Frauen des UFV, des Neuen Forums und unabhängiger Frauengruppen. Renate Hellwig singt ein Loblied auf die Marktwirtschaft als wären wir im Staatsbürgerkundeunterricht kurz nach der Währungsreform. Bärbel Bohley und verschiedene Frauen aus dem UFV gehen ans Podium. Sie reden sektiererisch und ungeübt, greifen die CDU an, weil sie die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellt. Rita Süßmuth antwortet. Und zu meinem Erschrecken versucht sie nicht, die jungen DDR-Frauen zu verstehen, sondern weist sie hochfahrend und autoritär zurecht. Eine Rita Süßmuth, wie ich sie vorher noch nie erlebt habe. «Die Marktwirtschaft zerstört also die Umwelt. Aber was hat der Sozialismus gemacht?» Als ob Bärbel Bohley die SED wäre. Ein Schlagabtausch im Systemvergleich, der mich an die Zeit vor der Studentenbewegung erinnert, als die Herrschenden bei uns noch nicht gewöhnt waren, auf Veranstaltungen überzeugen zu müssen.

Anschließend heftige Diskussionen auf den Fluren zwischen den jungen DDR-Frauen und perlengeschmückten Unternehmerinnen aus dem Rheinland. Ein Abgrund von gegenseitigem Unverständnis. Ich habe das Gefühl, die CDU-Frauen

fahren kopfschüttelnd nach Hause mit der festen Überzeugung, dass es in der DDR nur missgeleitete SED-Anhänger gibt, die man so gründlich wie möglich umerziehen muss.

Der schönste Abend ist die zentrale Wahlveranstaltung von Bündnis 90 für Berlin. Der Raum ist die Gethsemanekirche, eine der wenigen Versammlungsmöglichkeiten der Opposition vor der Wende. Die Kirche ist überfüllt mit Menschen. Bärbel moderiert, Wolf Biermann singt, vorne stellen sich alle Berliner Kandidaten und Kandidatinnen auf: Jens Reich und Marianne Birthler, Gerd Poppe und Sebastian Pflugbeil, Eberhard Seidel und Hans-Jürgen Fischbeck. Es ist ein großes Familientreffen der Opposition. Viele haben Tränen in den Augen: Wird es je wieder so sein? Zum letzten Mal die stille leise Kultur der DDR-Opposition. Die einfache Sprache der Fürbittgebete: «Ich zünde eine Kerze an und denke an meine Freundin, die Angst hat, morgen verhaftet zu werden. Ich zünde eine Kerze an und denke an meinen Onkel, der bei der Stasi ist und nicht den Mut hat, auszusteigen. Ich denke an meine Freundin im Knast, die Angst um ihre Kinder hat. Wie wird es weitergehen?» Die Kandidaten stellen sich noch einmal in dieser Sprache vor: «Ich bin Physiker», sagt Sebastian Pflugbeil. «Ich zweifle an allem. Nur in einem bin ich sicher. Dass die Atomkraftwerke gefährlich sind.» Diese Sprache ist jetzt nicht mehr nötig. Aber wie schön ist sie.

Am 17. und 18. März tagt unsere Ost-West-Gruppe, erstmals im Reichstag, am 18. abends Wahlfete im Haus der Demokratie. Alles ist überfüllt. Nachdem klar ist, dass Bündnis 90 nicht einmal 5% bekommen hat, weniger als die PDS, dass die CDU hoch gewonnen hat, breitet sich Wut, Enttäuschung und Depression aus. Ich hatte kein wesentlich höheres Ergebnis erwartet. Warum soll eine solche Opposition in einer Gesellschaft, die viel autoritärer und undemokratischer ist als die unserige mehr Stimmen bekommen als wir? Aber meine Argumente und meine Gelassenheit greifen nicht. Zu nah ist die Erinnerung an die großen Demonstrationen, an die Rufe von Zehntausenden: «Wir sind das Volk», «Neues Forum, Neues Forum.»

Am nächsten Morgen Pressekonferenz. Erste Namen der durchgekommenen Kandidaten werden genannt: Jochen Gauck, Ilse Nierade, Günter Nooke, Jens, Marianne, Konrad, Ullmann. Poppe ist noch unklar.

Jürgen war an diesem Wochenende mitgekommen, und wir fahren gemeinsam mit dem Auto zurück. Am nächsten Tag wieder nach Bonn. Auftrag erledigt.

Unsere Gruppe, die den Wahlkampf von Bündnis 90/Grüne/UFV unterstützt hatte, schrieb einen gemeinsamen Abschlussbericht an den Fraktionsvorstand und schlug einstimmig vor, ein Verbindungsbüro der grünen Bundestagsfraktion zur Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne in unserem kleinen Reichstagsbüro einzurichten und so die Zusammenarbeit unter neuen Bedingungen fortzusetzen. Der Fraktionsvorstand stimmte am nächsten Tag zu. Unser Fraktionsgeschäftsführer Michael Vesper schrieb eine interne Stellenausschreibung. Bewerbungsfrist innerhalb von 5 Tagen. Ich überlegte vier Tage, dann ging ich zu Michael Vesper, bewarb mich, der Vorstand entschied und am Tag darauf flog ich erneut nach Berlin. Die Herausforderungen und Möglichkeiten waren zu deutlich, zu interessant, zu richtig, um einfach aufzuhören.

Namensliste zum Bericht von Elisabeth Weber

Almuth Kottwitz

Bärbel Bohley
Bernd Eisenfeld

Carlo Jordan
Christiane Ziller

David Warszawski
(Pseudonym für Konstanty Gebert)
Dietrich Wetzel
Dirk Schneider

Eberhard Seidel
Elsbeth Zylla
Eva Reich

Freya Klier

Gerd Poppe
Günter Nooke
György Dalos

Hans-Jürgen Fischbeck
Heiko Lietz
Helmut Lippelt
Helmuth Frauendorfer

Ilse Nierade-König
Irena Kukutz

Jens Reich
Jochen (Joachim) Gauck
Jürgen Fuchs
Jutta Seidel

Katja Havemann
Katrin Eigenfeld
Kazimierz Wóycicki
Klaus Freymuth
Klaus Wolfram
Konrad Weiß

Lew Kopelew
Lotte Templin
Ludwig Mehlhorn
Luise Schramm
Lukas Beckmann

Marianne Birthler
Marion Seelig
Martin Böttger
Michael Bartoszek
Michael Kukutz
Milan Horáček

Petra Kelly

Raja (Raissa) Orlowa-Kopelew
Ralf Hirsch
Reinhard Schult
Reinhard Weißhuhn
Roland Jahn
Rolf Henrich
Rudolf Schäfer

Sebastian Pflugbeil
Sibylle Plogstedt
Stefan Heym
Stephan Bickhardt

Thomas Klein

Uli Fischer
Ulrike Poppe

Wolf Biermann
Wolfgang Ullmann

ANNE ULRICH

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Der frauenpolitische Aufbruch im Winter 1989/90 und der Unabhängige Frauenverband

Jetzt ist es also schon fast ein halbes Leben her, dass ostdeutsche Frauen mit der Überzeugung auf die Straße gingen, dass nun «niemand mehr um die Frauenfrage herumkomme». Der Staub von Einheitserfahrungen, sozialpolitischen Umbrüchen und neuen bösen Konflikten in der Welt liegt darüber. 1989/90 gab es viele Ängste, aber vor allem gab es enorme Hoffnung, eine, wie wir längst wissen, überzogene, aber wirkmächtige Euphorie und leidenschaftliches Engagement, aus dem so manches in den politischen Biographien bis heute nachwirkt. Wie davon heute berichten? Erinnern an 1989 braucht bereits das Erzählen, und dieses kann auch dafür nützlich sein zu überlegen, wo Ambitionen, Ziele und Konflikte der Wende- und Nachwendezeit eben Geschichte sind und wo sie – in welcher Weise modifiziert – womöglich in Aspekten aktuell geblieben sind. Ein in vielen Varianten diskutiertes Thema der Zeit war die Frage, ob DDR-Frauen gegenüber den westdeutschen Schwestern aus 40 Jahren Realsozialismus einen Emanzipationsvorsprung mitbrachten oder ob vor allem feministisches Niemandsland zu erwarten sei. Wie sich herausstellte, stimmte irgendwie beides, und vice versa konnten die Ost- den Westdeutschen vorhalten, sich um Kopfgeburten zu zerstreiten, wo es um Ökonomie ging. Es dauerte etwas, bis der Reformbedarf sowohl der sozialistischen Arbeitsreligion als auch des europäisch hinterherhinkenden Ernährermodells verstanden war – bereits getrübt vom Sachverhalt, dass in der Politik zur deutschen Einheit Fraueninteressen eine sehr untergeordnete Rolle spielten.[1] Jedenfalls haben viele frauenbewegte Frauen im Westen den politischen Aufbruch der ostdeutschen Schwestern – und speziell das Experiment «Unabhängiger Frauenverband (UFV)» – teils skeptisch, aber doch auch mit einiger Hoffnung auf einen gesamtdeutschen Impuls verfolgt.

Ich werde hier in Spots einige Aspekte der Entwicklung von Frauenaufbrüchen und UFV-Geschichte beleuchten, um damit hoffentlich auch Gesprächsstoff darüber zu bieten, was zu lernen bliebe.

Frauenpolitik in der DDR: Staatlich kontrollierte Emanzipation

Tatsächlich war Gleichberechtigung der Frauen Verfassungsgrundsatz und Staatsauftrag seit der ersten Verfassung der DDR. «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben» (1949, Art. 7). «Die Förderung der Frau, besonders in der beruf-

1 Vgl. Anne Hampele Ulrich: Frauen- und Geschlechterpolitik im vereinten Deutschland, in: Rainer Hufnagel und Titus Simon (Hrsg.): Problemfall Deutsche Einheit, Wiesbaden 2004. S. 243-264.

Flugblatt zu einer Demonstration gegen den § 218 im Juni 1990, ursprünglich Flugblatt der Lila Offensive

lichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe» (1968, Art. 20). Infolgedessen waren Frauen in der DDR überwiegend erwerbstätige Mütter, flankiert durch umfangreiche arbeitsrechtliche und – seit den 70er Jahre unter Honecker forcierte – sozialpolitische Maßnahmen, entsprechend ökonomisch eigenständig und darin durchaus selbstbewusst. Die kritischen Fraueninitiativen zielten freilich auf die

spezifische Konstruktion dieses Emanzipationsmodells: Sozialistische Gleichberechtigung, Aushandlung ihrer Ziele und Methoden und Beteiligung von Frauen konnte nur im Rahmen des herrschenden Ordnungskonzepts des Demokratischen Sozialismus stattfinden, einem auf Lenin zurückgehenden Ordnungskonzept der hierarchischen Durchsetzung von Entscheidungen unter Anerkennung der «führenden Rolle» der Staatspartei, nach der Blockparteien, Massenorganisationen und Staat funktionieren sollten mit dem Ziel, die «einheitliche Leitung» der gesellschaftlichen Prozesse zu gewährleisten – und dabei politischen Pluralismus oder gar Opposition auszuschließen. Das Handeln der Frauen hatte den staatlichen Zielen zu dienen. Die politisch-weltanschaulich gewollte und zugleich volkswirtschaftlich notwendige Vollerwerbstätigkeit der Frauen wurde in der realsozialistischen Sicht der Dinge bereits als Teilhabe am staatlichen Prozess definiert: «Indem nämlich die Arbeiterinnen um ökonomische Erfolge in der Produktion ringen, würden sie zugleich ihren sozialistischen Staat stärken, der allein ihre wirkliche Gleichberechtigung garantieren könnte. Durch ihre Berufstätigkeit leisteten die Frauen also ihren spezifischen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus.»[2] Die Frauenzeitschrift *Für Dich* titelte 1982 ganz in diesem Sinne: «Wir machen Staat – und er macht uns.» Im Rahmen dieser staatlich kalkulierten Emanzipation wurde erwartet, dass der Anspruch auf Gleichberechtigung nur in einer Weise erhoben wurde, in der sich der paternalistische Staat, der die Gleichberechtigung gewährte, einem Streit um Ziele und Konzepte nicht zu öffnen brauchte. Ein klassisches Resultat war, dass Frauenpolitik «Mutti-Politik» bleiben konnte. Sie zielte auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit und richtete sich ziemlich ausschließlich an die mehrfach belasteten Mütter, nicht an die Väter und kinderlosen Frauen.

Tatsächlich konnte die Ära der «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik» unter SED-Chef Honecker – als Gegenzug zur Absage an Wachstumseuphorie und Kommunismusversprechen – erfolgreich als neuer Gesellschaftsvertrag gerade für jüngere Familien etabliert werden. Auf dem Weg gelang auch weitgehend, sich gegen die Versuchungen der neuen westlichen Frauenbewegungen zu immunisieren. In Reaktion auf die § 218-Proteste wurde 1971 das Abtreibungsrecht liberalisiert, und noch in den Achtzigern wurde verlautbart, Feminismus sei in der DDR nicht nötig, weil hier die Frauenfrage sozialpolitisch gelöst sei. Der Deal «sozialistisch-paternalistischer Wohlfahrtsstaat gegen Loyalität» nutzte sich allerdings im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklungen ab. Die jüngeren Leute waren gegenüber der Honecker-DDR weder idealisierend noch dankbar, sie war Normalität und wurde an ihren Selbstbeschreibungen und Versprechen gemessen. Gerade auch hinsichtlich der Situation von Frauen und den Tabus der Frauenpolitik brachte die DDR mit der Erosion ihrer wirtschaftspolitischen Kraft ihr Kritikpotenzial hervor.

Grassroots in den letzten Jahren der DDR

Was in der realsozialistischen Welt auf jeden Fall nicht vorgesehen war, war Selbstorganisation. Während die späten Siebziger im Westen den sozialen Bewegungen und ihrer Institutionalisierung gehörten, hatte sich im Osten, ohne liberal-mediale Öffentlichkeit, eher eine alternative Nischenkultur entwickelt. Als mit den Achtzi-

2 Gabriele Gast: Die politische Rolle der Frau in der DDR, Düsseldorf 1973, S. 32.

gern außerhalb staatlicher Regulierung und Auftragsvergabe informelle Gruppen entstanden, die sich mit liegengebliebenen Themen außerhalb des offiziellen Kanons der Politik befassten, wie Grenzen des Wachstums, Militarismus und Frieden, globale Gerechtigkeit, Geschlechterverhältnisse, da taten sie dies unter teils hohen persönlichen Risiken und in stark voneinander abgeschiedenen Szenen. Insbesondere Wissenschaft und parteireformerische Gruppen, staatliche Klubszene und die zweifelsohne wichtigste Teil-Öffentlichkeit, die evangelische Kirche, blieben stark voneinander abgeschottet, der Diskussionsprozess blieb notwendig fragmentarischer, die Akteurinnen wussten größtenteils sehr wenig oder nichts voneinander. Dass es jenseits der offiziellen Forschung zur «Frau in der sozialistischen Gesellschaft» feministisch versierte Wissenschaftlerinnen gab, fiel andernorts erst auf, als diese sich im November 1989 an die neu entstehende Öffentlichkeit wandten. Sie wiederum dürften wenig davon gewusst haben, dass unter dem Dach der Kirche – und nicht jederzeit zur reinen Freude der Kirchenleitungen – eine Frauen-Szene bestand, die die Traditionen und Institutionen der Kirche (offene Arbeit, Frauenarbeit, Gottesdienste, Kirchentage, Auslandskontakte der Gemeinden und Studentengemeinden etc.) nutzen konnten, um Debatten anzustoßen und zu sozialisieren. Die «Frauen für den Frieden» (Kontext Nachrüstungsdebatte und Wehrdienstgesetz) gingen schließlich überwiegend in die gemischtgeschlechtlichen allgemeinpolitischen Oppositionsgruppen, andere Gruppen bestanden fort oder entstanden zum Ende der Achtziger hin überhaupt erst.

Innere Öffnung im Herbst 1989: Aufbruch der Teil-Öffentlichkeiten

In der finalen Krise von Regierung, Gesellschaft und Staat meldeten sich frauenbewegte Frauen erst zu Wort, als sich andere Oppositionsgruppen schon formiert hatten. Bei den meisten wird eine Rolle gespielt haben, dass zuerst die «allgemeine» Politik und Befreiung zu stehen habe – Haupt- und Nebenwiderspruch in der Revolution der Kerzen. Noch im September 1989 wurden bei einem Vernetzungstreffen im thüringischen «frauenbewegten Ballungsgebiet»[3] (O-Ton Interview) eine verbindlichere Organisation der Frauen und ein Rundbrief verabredet, die Realisierung aber verschoben zugunsten des «allgemeinpolitischen» Engagements für die Zurückdrängung der «alten Macht». In Thüringen wie in Berlin gab dann aber den Ausschlag für frauenpolitische Einmischung, dass die Frauen-Anliegen in den Statements der Oppositionsgruppen schlicht keine Rolle spielten, so dass Frauen schließlich die Einmischung in eigener Sache beschlossen.

Nach dem Antrag des Neuen Forums auf staatliche Anerkennung schritten Thüringerinnen doch zur Tat. Als Bürgerinneninitiative Frauen für Veränderung veröffentlichten sie am 12. Oktober 1989 einen Offenen Brief, in dem sie ihre Betroffenheit über Massenausreise und staatliche Ignoranz aussprachen, und legten ein Diskussionspapier «Überlegungen zu gesellschaftlichen Veränderungen im Hinblick auf Gerechtigkeit, Frieden, Ökologie und Gleichberechtigung» vor. Gefordert wurden die demokratische Erneuerung der Gesellschaft, «um den Sozialismus

3 Alle O-Töne entstammen Interviews, die die Autorin für ihre Dissertation zum UFV geführt hat. Sie sind nachzulesen in: Anne Hampele Ulrich: Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutschen Vereinigungsprozess, Berlin 2000.

lebbarer zu machen», die gesetzliche Verankerung der Gleichberechtigung sowie Vorschläge zu unterschiedlichen Politikfeldern unter Maßgabe einer Beteiligung der Frauen. Schritte hin zu einer eigenen Infrastruktur wurden konkretisiert. «Die Zeit der Nur-Bestandsaufnahme ist für viele Frauen in der DDR vorüber. […] Die Veränderungen, die wir wollen, müssen wir auch selbst schaffen.»[4] Gedacht war an einen Selbsthilfefonds, eine Gleichstellungsvertretung und ein Frauenzentrum in Erfurt. Frauen-Initiativen gegen die Ignoranz der Oppositionellen entstanden, wo etwa, wie beim Neuen Forum Leipzig, wortführende Männer vertraten: «Wozu Quote? Da brauchen wir auch Quoten für Brillenträger». (O-Ton Interview)

In Berlin wandten sich Wissenschaftlerinnen, die teils seit geraumer Zeit an der Etablierung eines Netzwerks von Frauenforscherinnen arbeiteten, am 6.11.89 in einem Offenen Brief an die Parteiführung: «In dem jetzt in Gang gekommenen Dialog spielen die Interessen von Frauen bislang eine untergeordnete Rolle. In unserer Gesellschaft existiert kein Bewusstsein über die reale Lage der Frauen und ihren Ausschluss aus den wichtigsten Entscheidungsbereichen.»[5] Sie forderten Politikberatung durch öffentliche Diskussion ihrer Forschungserkenntnisse und die «Zulassung einer selbständigen Frauenbewegung».

Hier am Regierungssitz, wo die Beschleunigung der politischen Ereignisse vielleicht am dichtesten zu erleben war, traten jetzt diverse Frauengruppen auf, darunter auch die «Lila Offensive (Lilo)» mit Katrin Rohnstock, Christina Schenk, Ev Labsch u.a. Sie rief mit einem Flugblatt «Frauen in die Offensive!» zur Teilnahme an der bis dato größten nichtstaatlichen Berliner Demonstration am 4. November auf: «Wir wollen uns in den Prozess der sozialistischen Erneuerung einmischen [...] und dies bewusst aus der Sicht von Frauen tun. […] Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft ohne patriarchale Verhältnisse. – Gemeinsam mit Männern!» Lilo legte einige Papiere zu einer feministischen Kritik der DDR-Frauenpolitik und Positionen zur anlaufenden Reform der Gesellschaft vor, die später Eingang in die Programmatik des sich gründenden UFV finden sollten. Die Stellung der Geschlechter könne nicht nur als ökonomisches, sondern müsse als sozialpsychologisches Thema angegangen werden. Es bedürfe «außer sozialistischen Produktionsverhältnissen eines tiefgreifenden Wandels des gesellschaftlichen Bewusstseins, der geistigen Kultur […] und der Gesellschaft». Der Weg zu Gleichstellung und gleicher Wertigkeit verlange grundsätzlich eine Veränderung in der gesellschaftlichen Stellung der Männer. Lilo werde sich jedoch «auf die Belange der Frauen konzentrieren» und politischen Einfluss ausgehend vom Ort und den Interessen der Frauen suchen.

Als das nächste Erfurter Vernetzungstreffen am 2. Dezember 1989 stattfand, hatten sich in Berlin bereits die Ereignisse überschlagen. Regierung und Politbüro waren Anfang Dezember zurückgetreten. Die Staatsgrenze war seit dem 9. November offen, die Massendemonstrationen forderten die deutsche Einheit. Die *Kontaktgruppe* einiger Bürgerrechtler/innen bereitete seit Oktober konspirativ, seit November in diplomatischen Gesprächen mit der SED-Führung, die Einberufung eines Runden Tisches vor, «um Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns

4 Petra Streit 1989, zitiert in: Anne Hampele Ulrich: Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutschen Vereinigungsprozess, Berlin 2000, S. 65.

5 Irene Dölling u.a.: Geht die Erneuerung an uns Frauen vorbei?, in: Berliner Zeitung, 7.11.1989.

zu besprechen»[6]. In der neuen Luft öffentlicher Reformdebatten entstanden neue Dynamiken auch daraus, dass Frauen aus bisher nicht miteinander in Kontakt stehenden Bereichen zusammentrafen, um Strategien der Einmischung zu beraten. Spezielle Wirkungen entfaltete eine solche öffentliche Debatte, zu der Lilo zum 23. November in die Berliner Gethsemanekirche eingeladen hatte. Hier trafen sich neben Lilo diverse Einzelne und Gruppen, u.a. die «Lesben in der Kirche», Initiativen wie «Matilde» und «Erster Weiblicher Aufbruch (EWA)», aus denen später Frauenzentren hervorgingen, Frauen vom FDJ-unterstützten, homosexuellen Sonntagsclub, aus der stark staatlich kontrollierten Wissenschaft wie z.B. SOFI – Sozialistische (später Solidarische) Fraueninitiative, eine Frauengruppe aus der Hochschule für Ökonomie und Frauen aus Theater, Pädagogik, Verlagen u.a. Einführend forderte die Gemeindepädagogin Ev Labsch, «dass für die Frauenproblematik ein öffentliches Bewusstsein wächst» und «dass Frauenpolitik von Frauen selbst gestaltet wird». Am Ende entstand eine Initiativgruppe, die einen «Aufruf an alle Frauen» verfasste. Dieser wurde republikweit über die staatliche Nachrichtenagentur ADN und den Rundfunk verbreitet und rief dazu auf, «eine angemessene politische Interessenvertretung von Frauen» zu schaffen und sich zu dem Zweck am 3. Dezember in der Berliner Volksbühne zu versammeln, wo sich für den Tag Schauspielerinnen zu einem «Frauen-Spektakel» verabredet hatten. So kam es, dass bei dem lang verabredeten Erfurter Treffen dieses – kurzfristig für den Folgetag geplante – Berliner Treffen angekündigt und durchaus kontrovers diskutiert wurde. Einige der Thüringer Frauen fühlten sich überrumpelt (die Konkurrenz zwischen «Provinz» und «Hauptstadt» hatte in der DDR eine gut gepflegte Tradition), manche sprachen von einem Wunder. Einige nahmen dann an dem Volksbühne-Treffen teil, bei dem spontan die UFV-Gründung beschlossen wurde.

An diesem Frauen-Spektakel in der Volksbühne am 3. Dezember 1989 haben ca. 1.200 Frauen und einige Männer teilgenommen, die sich sowie rund 60 Initiativen vertraten. Die Frauen trugen eine breite Palette von Kritik und Forderungen vor. Auch ein Konzept für ein Gleichstellungs-Ministerium wurde präsentiert. Die als Gastgeberin fungierende Schauspielerin Walfriede Schmitt trug ein Thesenpapier der zur Initiativgruppe gehörenden Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel vor: «Einige Frauen-Fragen an ein alternatives Gesellschaftskonzept oder Manifest für eine autonome Frauenbewegung.» Darin wurde abschließend die Gründung einer Organisation gefordert, die die Frauen in den anlaufenden gesellschaftlichen Reformprozessen vertreten sollte. Dieses «Manifest» wurde per Akklamation zum provisorischen Gründungsprogramm des hier proklamierten Unabhängigen Frauenverbandes. Die Verfasserin und die Vortragende wurden spontan zu Sprecherinnen gewählt, die die Frauen bei dem vier Tage später erstmals zusammenkommenden Zentralen Runden Tisch vertreten sollten. Ganz offensichtlich hatten die dann am 7.12.89 vor der Tür dieses taufrischen Revolutionsgremiums protestierenden Frauen keine Vorstellung von den diffizilen diplomatischen Aushandlungsprozessen, die der Einberufung dieser außergewöhnlichen Mediationsinstanz zwischen Staat und Opposition

6 Wolfgang Ullmann: Ansprache in der Berliner Gethsemanekirche am 27.10.1989, in: Wolfram Bürger und Michael Weichenhan (Hrsg.): Demokratie – jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit, München 1990, S. 147f.

vorausgegangen waren.[7] Die Formulierung im «Manifest», durch eine Verbandsgründung «die Repräsentanz bei Modrow am Runden Tisch unmittelbar zu sichern», zeigt, dass die entsprechende Zeitungsmeldung gar ganz missverstanden worden war. Die Regierung Modrow war im parlamentarisch arbeitenden Gremium nicht vertreten, und der runde Tisch war ganz sicher keine Einrichtung «bei Modrow». Ihre schließliche Zulassung zur zweiten Sitzung verdankten die UFV-Frauen – ebenso wie die ebenfalls spät gegründete Grüne Liga – vor allem der engagierten Vermittlung von Wolfgang Ullmann, der die Symmetrie des Runden Tisches wesentlich mit ausgehandelt hatte und der die Meinung vertrat, dass «angesichts der politischen Bedeutung der Frauengleichstellungsfrage die Frauen auf jeden Fall am Runden Tisch» beteiligt sein sollten.[8]

Der UFV am Runden Tisch

Eine UFV-Mitgründerin aus einer kirchlichen Frauengruppe konstatierte rückblickend: «Die Gründung eines unabhängigen Frauenverbandes war die Möglichkeit, über den Suppenschüsselrand Kirche hinauszukommen, aus der Gruppenisolation herauszukommen, dem DFD etwas entgegenzusetzen.»(O-Ton Interview) Sie genoss die Innovation, sich als Zusammenschluss von Frauen mit gemeinsamen Erfahrungen und Interessen über weltanschauliche Grenzen hinweg politisch zu organisieren. Dieses Organisationskonzept war allerdings in einer Situation, in der sich «alte Macht» und Opposition revolutionär gegenüberstanden, nicht unbedingt eingängig, und diese Konfrontation fokussierte sich am Runden Tisch und führte zu teils anhaltenden Spannungen zwischen UFV-Vertreterinnen und den weltanschaulich «sortierteren» kirchlich-sozialethischen Oppositionsgruppen und zwar, weil die Kulturen dort unvermittelt aufeinander krachten.

Die aufgrund ihrer Manifest-Autorenschaft zur Sprecherin bestimmte Ina Merkel war SED-Mitglied – was als U-Boot der Staatsseite begriffen wurde und zu massiven atmosphärisch-kulturellen Störungen zwischen kirchlichen respektive sozialethischen Gruppen und UVF führte. Die Mischung der Fronten zwischen Staatsseite/SED und Bürgerrechtsseite erschien ihnen zu dem Zeitpunkt und in der Situation keinesfalls tolerierbar. Auch als die entschieden parteilose Soziologin Uta Röth als Sprecherin nachrückte, hatte sie hartnäckig unter dem Vorwurf zu leiden, «SED-Frau» zu sein, nachdem sie in der Akademie darunter zu leiden gehabt hatte, dass sie nicht Parteimitglied geworden war – eine skurrile Situation. Paradebeispiel dafür, wie das Aufbrechen der bisher getrennten Teilöffentlichkeiten nicht in der kurzen Zeit unter den gegebenen Befindlichkeiten und Handlungszwängen nutzbar gemacht werden konnte. Die Auswahl des politischen Personals war in der spontanen Kürze der Zeit ganz sicher von vielen – vermutlich die Akademikerinnen bevorzugenden – Zufällen geprägt. Die biografie-politische Auseinandersetzung zwischen in der DDR staatsfernen und staatsnahen Feministinnen begleitete zwangsläufig die Geschichte des auf die beschriebene Weise zustande gekommenen UFV und eben auch die Kooperation mit den homogen staatsfernen Gruppen auch innerhalb des UFV. Die im UFV aktive Feministin Samirah Kenawi wies darauf hin, es habe unter den bewegten

7 Vgl. Uwe Thaysen: Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990.

8 Ullmann, a. a. O.

Frauen durchaus teils ein «schizophrenes» Verhältnis zum DDR-Staat gegeben, wo die Kritik mehr dem Patriarchat als der Diktatur gegolten habe. Manche Beteiligten fanden wiederum, dass in den sozialethischen Gruppen das frauenbewegte Anliegen kein Verständnis gefunden habe (Modell «Quote für Brillenträger»), und der generalisierte Vorwurf gegen die Feministinnen, «staatsnah» zu sein, habe auch dazu gedient, hierüber hinwegzutäuschen. Belege finden sich für beide Lesarten, Mischformen eingeschlossen. Dieser Konflikt wirkte auch noch bis in die Parteibildungsprozesse der ostdeutschen Opposition mit den westdeutschen Grünen hinein und fand nicht zuletzt im gesamtdeutschen Bundestag ein skurriles Nachspiel, als Konrad Weiss versuchte, den Druck des § 218-Antrag der UFV-MdB Christina Schenk auf Bundestagspapier zu verhindern.

Das frauenpolitische Engagement am Zentralen Runden Tisch wurde u.a. sichtbar in dessen zentralem Dokument, dem Entwurf einer neuen Verfassung, der schließlich einen Passus gegen Diskriminierung und das Staatsziel der Förderung von Gleichstellung enthielt sowie das Recht der Frauen festschrieb, über einen Schwangerschaftsabbruch selbst zu entscheiden. In der auf Initiative des UFV ab Januar tagenden AG Gleichstellung, die auch als Gleichstellungsstelle des Runden Tisches selbst fungierte, waren Grüne Liga, IFM, SDP (Eva Kunz), VL und Organisationen der «alten DDR» (DFD, SED, PDS, FDGB u.a.) vertreten, nicht aber CDU und Demokratischer Aufbruch. Gleichstellungsfragen und Instrumentarien zu ihrer Realisierung bildeten die zentralen Forderungen des UFV am Runden Tisch. Nachdem er sich schon Mitte Dezember mit der Forderung nach einem Staatssekretariat für Gleichstellungsfragen an den Ministerpräsidenten Modrow gewandt hatte, wurde in einem Gespräch zwischen AG und Regierung Unterstützung für die Gleichstellungsfragen und Sekretariatsforderung zugesagt. Dafür, dass die Forderung nach Gleichstellungsstellen und -ressourcen unter der kommenden Volkskammerregierung bis in die Kommunen hohe Priorität genoss, war die prominente und streitbare Vertretung des Themas am zentralen Runden Tisch ohne Zweifel eine relevante Voraussetzung.

Die Sozialcharta ist ein zweites geschichtsträchtiges Dokument der Arbeit des UFV am Zentralen Runden Tisch. Sie wurde im Februar 1990 formuliert, unter bereits dramatisch veränderten Vorzeichen. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich bereits eine Vereinigungspolitik (Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion) ab, weshalb Rundtisch-Proklamationen sich bereits stark auch an die bundesdeutsche Regierung adressierten, und die DDR-Regierung unter De Maizière, nach dem «Sturm» auf die Stasi-Zentrale Normannenstraße massiv unter innerem sicherheitspolitischen Druck, hatte die Rundtischfraktionen der Opposition gebeten, einer «Regierung der nationalen Verantwortung» beizutreten. Für den UFV gehörte zu diesen «Ministern ohne Geschäftsbereich» Tatjana Böhm, die dann die Sozialcharta bei der UFV-Gründungsversammlung vorstellte und beim Bonn-Besuch der Regierungsdelegation gegenüber der bundesdeutschen Seite vertrat. Diese Charta bildete einen Katalog sozial- und arbeitsrechtlicher Standards unter geschlechter- und frauenpolitischen Gesichtspunkten, die die gesellschaftlichen Reformen flankieren sollten. Dazu gehörten das Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung nach DDR-Fristenregelung, Mieterschutz und Mietpreisbindung, bedarfsdeckende Kinderbetreuung als Bedingung der Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft, Sicherung der arbeitsrechtlichen Regelungen zum Elternschutz und Sicherung eines Grundeinkommens. Der Runde Tisch forderte im Februar die weitere Ausarbeitung durch einen gesamtdeutschen Runden Tisch zu

sozialpolitischen Fragen, um die «sozialpolitischen Errungenschaften beider Seiten» zu harmonisieren und in die Vereinigungspolitik zu retten. Obwohl im März von der Volkskammer beschlossen, gelang es nicht, Sozialcharta-Kriterien im Weiteren relevant für die anlaufenden Verhandlungen zur Wirtschaftsreform und Währungsunion zu machen.

Scheiternde Parlamentarisierung

Freie Wahlen zur DDR-Volkskammer vorzubereiten war eine zentrale, vielleicht die historisch wesentliche Aufgabe des Runden Tisches gewesen. Im Januar 1990 hatte man sich auf ein Wahlgesetz geeinigt, das neben Parteien auch die Kandidatur von Bewegungen und Listenverbindungen zuließ, die sich hierfür freilich formell konstituieren mussten. Die offizielle Gründung des UFV, bei dem er sich Programm und Statut gab, fand daher erst am 17. Februar 1990 statt. Westdeutsche Mitgliedschaft wurde ausgeschlossen und erst 1993 erlaubt. Doppelmitgliedschaften sollten erlaubt sein, um Frauen «über alle sozialen und weltanschaulichen Schranken hinweg» aufnehmen und vertreten zu können. Die Organisation sollte dezentral und rätedemokratisch beschaffen sein. Zentrales Ziel: reale Gleichstellung im Rahmen einer «Lösung der deutschen Frage, vor der sich die Europäer nicht fürchten müssen», deutsche «Einigung» in einem «wechselseitigen Reformprozess».

Unter den Frauen bei den Grünen aus Westdeutschland und Westberlin gab es viele, die sich eine Kooperation wünschten, zumal die feministische Programmstrecke ansonsten unter den ostdeutschen Oppositionsgruppen so gut wie gar nicht besetzt war. Tatsächlich gingen schließlich die ostdeutsche Grüne Partei und der UFV ein Wahlbündnis ein – mit einem für den UFV fatalen Konstruktionsfehler: Weil zuerst unklar war, ob Wahllisten nach DDR-Bezirken oder eine republikweite Liste aufzustellen seien, und weil die UFV-Frauen sich von warnenden Westberliner AL-Frauen nicht einreden lassen wollten, sie müssten das Reißverschlussprinzip mit einer Frau auf jedem ersten Platz übernehmen, zog am Ende gar keine UFV-Vertreterin in das DDR-Parlament ein. Ausgehandelt wurde eine Landesliste, auf der der erste Platz der Grünen Partei zustand. Gewählt wurde schließlich aber nach Bezirkslisten, für die dieser Aufstellungsschlüssel übernommen wurde. Auf allen 13 Bezirkslisten war der 1. Platz grün besetzt, von den durch Grün-Lila erreichten 8 Mandaten fiel keiner an den UFV. Die Grüne Partei konnte sich zu keiner Revision entschließen. Die Berliner Grünen unterstützten die UFV-Forderung nach Mandaten, aber gerade hier stand mit Vera Wollenberger eine prominente Frau auf dem ersten Platz und behielt ihr Mandat. Die UFV-Unterhändlerinnen kündigten daraufhin das Wahlbündnis auf, wenn auch verbunden mit der Absicht auf weitere «sachbezogene Zusammenarbeit». Rückblickend erscheint diese Szene als ein Beispiel von vielen, an dem sichtbar wird, dass unter rasch umbrechenden Rahmenbedingungen Entscheidungen zu treffen waren, für die Erfahrungen zu sammeln gar keine Zeit war.

Faktisch war damit der die organisatorische Entwicklung der meisten anderen Oppositionsgruppen prägende Einstieg in die Parlamentarisierung gescheitert. Im Weiteren blieb der UFV als Organisation verhängnisvoll ambivalent gegenüber der Frage, ob er auf Wahlbeteiligung zielen oder als außerparlamentarisches Netzwerk und Lobby arbeiten wollte. Anfangs gelang noch, via Listenbündnissen einzelne Kandidatinnen zu platzieren. So zog im Dezember 1990 die UFV-Kandidatin Christina

Schenk mit dem Wahlbündnis «Bündnis 90/Die Grünen» in den gesamtdeutschen Bundestag ein und spielte dort für die wenigen gesamtdeutsch noch verhandelten frauenpolitischen Themen Schwangerschaftsabbruch und Gleichstellungspassus im Grundgesetz eine Rolle.[9] Sibyll Klotz zog als UFV-Vertreterin über die Liste der AL in das Berliner Abgeordnetenhaus ein. In einigen Landtagen kandidierten UFV-Frauen in bunt wechselnden Oppositionskoalitionen, um schließlich mit drei Mandaten in den Landesparlamenten der ersten Legislaturperiode vertreten zu sein. Aber die Rationalität von Wahlpolitik wurde nicht Teil des organisatorischen Selbstverständnisses, und die Chancen offener Listen reduzierten sich rasch, während es generell keine klare Mehrheit für die eine oder andere Organisationsform gab. Unter einem «politischen Verein» konnten sich viele UFV-Frauen nichts Einflussreiches vorstellen, und doch fassten sie den Beschluss, sich kein Parteistatut zu geben, nur mit einer sehr knappen Mehrheit unter dem zeitlichen Zwang der ablaufenden Rechtsangleichung für die ostdeutschen «Sonstigen politischen Vereinigungen» (Sept. 1991), während die «Basis» bereits überwiegend in der neu entfalteten Projekteszene aktiv war und wenig Luft für Wahlkampfpolitik entfaltete. Diese organisationspolitische Nicht-Entschiedenheit trug viel zur Erosion bei, die der UFV erfuhr.

Befristetes Überleben als frauenpolitische Bewegungsorganisation

Nach dem für die Bürgerbewegten so frustrierenden wie eindeutigen Resultat der Volkskammerwahl – die Wählerinnen und Wähler wünschten Einheit statt Reform – setzte ein Prozess der Demobilisierung und der weltanschaulichen, aber auch der funktionalen Differenzierung ein. Die Revolutionärinnen des Winters 89/90 sahen sich binnen weniger Monate einer völlig veränderten Organisationsumwelt gegenüber. Der Aufbau kommunaler Gleichstellungsverwaltungen und der als «mushroom-effect» beschriebene Aufwuchs einer Projekteszene konnte als Verwirklichung von UFV-Forderungen verstanden werden, allerdings verlor der UFV als Organisation rasch an Einfluss. Die Projekteszene entwickelte sich stark in Abhängigkeit von Akteurinnen vor Ort und der Politik des Zweiten Arbeitsmarktes (ABM). Das Politikfeld Gleichstellung wurde bald durch die Parteien dominiert. Parallel betrieben die westdeutschen Parteien und Verbände ihre ostdeutsche Erweiterung: Die Parteien schufen im Osten ihre parteiinternen Frauenorganisationen (Frauenunion, AsF, Liberale Frauen etc.), die westdeutschen Frauenverbände gründeten sich aus (Landfrauenverband, kirchliche Verbände, zahlenmäßig am stärksten die berufsständischen Verbände). Als 1991/92 auf Initiative der Ostberliner Außenstelle des BMFJ ein Sonderprogramm aufgelegt wurde, das den Aufbau pluraler Frauenverbandsstrukturen aus Bundesmitteln förderte, gelang es dem UFV nicht, hierbei eine strategische Rolle einzunehmen. Als zudem begleitende Verbindungsbüros in den neuen Bundesländern aufgelegt wurden, wurde deren Koordination dem Deutschen Frauenrat übertragen und nicht etwa einem ostdeutschen Newcomer.

Trotzdem – und entgegen der rasch proklamierten These der neuen Transformationsforschung, ostdeutsche Organisationen ohne West-Entsprechung hätten in der Politik zur deutschen Einheit keine Überlebenschancen – überlebte der UFV einige Jahre, und zwar eben als politischer Verein innerhalb der frauenbewegten Szene. Als

9 Vgl. Anne Hampele Ulrich, in: Rainer Hufnagel und Titus Simon, a. a. O.

Organisator feministischer Debatten und Proteste bildete er ein politisches Angebot, das vom sich etablierenden System der Interessenvertretung nicht abgedeckt und doch von ausreichend vielen gewollt war. Gerade diese politische Form machte ihn auch für die westdeutsche frauenbewegte Szene attraktiv, die sich bewusst nicht organisiert hatte, aber eben dies doch auch als strategisches Defizit gerade in gering mobilisierten Zeiten erfuhr. Tatsächlich konnte der UFV als eine Bewegungsorganisation der ostdeutschen und zusehends auch westdeutschen feministischen Szene agieren. Der UFV organisierte 1990/91 diverse § 218-Proteste, 1990 u.a. die Konferenz «Frauen in Ost und West – es geht ums Ganze» und 1992 «Wohin zieht der frauenpolitische Zug?». Nicht zuletzt mit Unterstützung der Hamburger Frauenanstiftung, für die er der zentrale Kooperationspartner in die ostdeutsche Frauenprojektelandschaft war, organisierten die UFV-Frauen 1993 den Kongress «Wi(e)der die Vereinzelung», bei dem sich Projekte-Frauen, Gewerkschafterinnen und Parteifrauen (v.a. freilich Grüne), Kirche und Wissenschaft trafen. Sie einte das Bedürfnis nach frauenpolitischer Aktion jenseits parteienpolitischer Bindungen gegenüber der «Abwicklung der Frauenfrage» seit der Vereinigung (ostdeutsche Frauen-Arbeitslosigkeit; § 218-Re-Reform) und einem zunehmenden Rassismus beim Abbau des Asylrechts (Asylkompromiss). Jenseits der vorigen Abgrenzung der Ostdeutschen gegen westdeutsche «Landnahme» wurde hier verabredet, die Initiative zu einem nationalen Frauen-Streiktag zum nächsten Internationalen Frauentag zu unterstützen, mit der Absicht, zu einer dauerhaften gesamtdeutschen Organisationsweise zu kommen. «Wir haben auch den Traum von einer bundesweiten feministischen Organisation noch nicht ausgeträumt [...]. Wir wünschen uns, dass ein Ergebnis des Kongresses ist, wider die Vereinzelung zu konkreten Vereinbarungen zu kommen, wie wir künftig zusammenarbeiten werden [...], um uns als Frauenbewegung auf die politische Bühne zurückzumelden.» (Alles Flaute 1993) Es wurde beschlossen, gemeinsam zu einem bundesweiten Frauen-Streiktag 1994 zu mobilisieren, wie ihn auch schon die 4. Bundesfrauenkonferenz der Grünen und Gewerkschafterinnen erwogen hatten – und für dessen Realisierung dann der UFV und das Bundestagsbüro von MdB Christina Schenk wesentliches Engagement und auch finanzielle Ressourcen mobilisierte. Die danach (v.a. in Kassel) weitergeführten Bündnistreffen debattierten, wie die Vernetzung auf Dauer zu stellen sei. Hier formierte sich die Gründungsinitiative zur Neuauflage einer Frauenpartei alternativ zu einem Konzept einer Netzwerk- oder Lobby-Vereinigung. Deren Befürworterinnen sahen die Breite des Bündnisses durch die Parteiform gefährdet und plädierten für Aktionsfelder wie Wahlprüfsteine, Wahlkampagnen, Netzwerkarbeit und thematische Initiativen. In der Folge zerfiel das Aktionsbündnis in Parteigründerinnen und Netzwerkrest, und die Kräfte keiner Seite reichten mehr für öffentliche Hörbarkeit und Wirksamkeit. Der UFV, dessen gesamtdeutsche Expansion damit gescheitert war, löste sich als Bundesverband schließlich 1998 auf. Dies war am Ende stimmig, wenn auch das Bedauern bleibt, dass damit einer der wenigen eigensinnigen ostdeutschen Beiträge zur politischen Inneneinrichtung des vereinigten Deutschlands verschwand.

2
Das historische Dokument

Die Gründung der Grünen Partei in der DDR

Die Ausrufung der Grünen Partei beim Delegiertentreffen von DDR-Umweltgruppen in der Berliner Bekenntnisgemeinde am 5. November 1989 und die Gegenerklärung

Dokument 1[1]

Berlin, den 05. November 1989

GRÜNDUNGSINITIATIVE FÜR EINE GRÜNE PARTEI IN DER DDR[2]

Für eine Erneuerung unserer Gesellschaft hat die Umgestaltung unserer zerstörten Umwelt entscheidende Bedeutung. Aber nicht nur unsere Umwelt ist bereits verseucht, sondern in noch viel größerem Maße unser Bewußtsein, nämlich durch die Utopie, daß ständig wachsender Wohlstand und – als seine Bedingung – permanentes wirtschaftliches Wachstum zum Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung gemacht werden kann. Diese Art von Utopie suggeriert uns, der Mensch könne sich willkürlich im Lebenssystem Erde bewegen. Sie versteigt sich sogar zu der militanten Behauptung, er könne sich die Erde unterwerfen.

Damit verbunden ist die Vorstellung, daß Leistung und ihre Belohnung zentraler Maßstab der Bewertung menschlichen Seins wären. Diese Annahme, in ihrer Arroganz, verdrängt die Schwachen an den Rand ihrer möglichen Existenz. Ja, sie kippt sie zunehmend über diesen Rand ab.

Dabei ist es gleichgültig, ob sie auf der Pflegestation einsam und würdelos abtreten, ob sie in die Massengräber der Dritten Welt geschaufelt oder im Museum der ausgestorbenen Pflanzen- und Tierarten auch noch zur Schau gestellt werden.

Unser dergestalt verseuchtes Bewußtsein hat folgerichtig die zum ersten Mal in der Geschichte der Erde mögliche Vernichtung allen Lebens bereits eingeleitet.

Wir handeln also nur aus Selbsterhaltungstrieb, wenn wir als Mitverantwortliche diesem Prozess und Bewußtsein Einhalt gebieten. Daher werden wir mit der GRÜNEN PARTEI unserer ökologischen Weltsicht in der Gesellschaft der DDR politische Kraft verleihen, in dem wir sie kompromißlos zum Ausgangspunkt aller unserer Bestrebungen machen.

1 Vorlage: Zweiseitiges Typoskript, Archiv Grünes Gedächtnis, A – Gerhard Bächer, Vorl. Sign. 3.
2 Alle Großschreibungen wie im Original.

Wir, als Initiativgruppe, haben folgenden

GRÜNDUNGSAUFRUF ZUR GRÜNEN PARTEI IN DER DDR beschlossen:

Die GRÜNE PARTEI in der DDR stellt sich auf die Seite aller Kräfte, die sich für Demokratie und Freiheit durch tiefgreifende Reformen in unserem Land einsetzen.

Sie ist ökologisch, feministisch und gewaltfrei.

DIE BESONDEREN ZIELE DER GRÜNEN PARTEI SIND:

Der konsequente ökologische Umbau unseres Landes in radikaler Absage an umweltzerstörendes, rohstoffvergeudendes Wachstum und den[3] stalinistisch geprägten Umgang mit Menschen, Wirtschaft und Umwelt. Sofortiger Handlungsbedarf besteht für die ökologischen Katastrophengebiete im Raum Leipzig – Bitterfeld – Halle, Dresden – Karl-Marx-Stadt und Cottbus und zur Rettung vieler historischer Altstädte, Kulturlandschaften und Schlösser, z. B. in Mecklenburg.

Die endgültige[4] Sicherung des Friedens durch allgemeine und vollständige Abrüstung. Der Abbau der Militärbündnisse, die Reduzierung der NVA auf das geringste notwendige defensive Niveau und die Aufhebung der militärischen Sperrgebiete – ist eine zwingende Notwendigkeit zur Erhaltung von Frieden und Umwelt.

Wir lehnen Gewalt, nationalen[5] Chauvinismus und Rassismus ab und bekennen[6] uns zum konsequenten Antifaschismus.

Die uneingeschränkte Gleichberechtigung aller Frauen und Männer auf allen wirtschaftlichen und politischen Ebenen, von den örtlichen Volksvertretungen bis zur Zusammensetzung des Staatsrates, die immer noch den Charakter überwiegend patriarchalischer Institutionen haben. Der Frau als Mutter steht in dieser Beziehung eine bevorzugte Stellung zu.

Die Natur ist um ihrer selbst willen vor der ungehemmten Entfaltung des Menschen zu schützen. Nur so kann sie Grundlage menschlicher Gemeinschaft und Kultur sein. Bei jeder wirtschaftlichen Aktivität ist daher zu fragen: Wohin, für wen, weswegen?

Die GRÜNE PARTEI setzt sich prinzipiell für eine DAUERHAFTE ENTWICKLUNG ein.

Wir wollen vor allem verhindern, daß die gegenwärtige Erneuerungsbewegung in unserem Land unter dem Druck unvernünftigen, kurzsichtigen, materiellen Nachhol-

3 Im Original: dem.
4 Im Original: entgültige.
5 Im Original: Nationalen.
6 Im Original: bekannen.

bedarfs[7] eine Gesellschaft der Ellbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt.

Wir halten die ökologische Orientierung aller Bildungsebenen für dringend geboten, u. a. die Einführung von Umwelt- und Friedenskunde.

Auf der Grundlage der Verfassung der DDR handelnd, setzen wir uns für eine Verfassungsreform ein.

Wir setzen voraus, daß die Tätigkeit der GRÜNEN PARTEI in der DDR keiner staatlichen Behinderung unterliegen wird.

Wir werden projektgebunden – sowohl national wie auch international – mit allen Bürgern, Organisationen und Gruppierungen zusammenarbeiten, die unsere Vorstellungen, auch in Teilbereichen, unterstützen.

Als Teil der Bewegung der europäischen Grünen setzen wir uns für gerechte Verteilungsstrukturen ein, die auch den Völkern der Dritten Welt eine DAUERHAFTE ENTWICKLUNG garantieren und den Zusammenbruch des globalen Ökosystems verhindern helfen.

Wir fördern grenzübergreifende Partnerschaften zum gemeinsamen ökologischen Umbau von Umwelt-Krisengebieten.

Im Vertrauen auf die grundsätzliche Wende unseres Landes rufen wir alle interessierten Bewohnerinnen und Bewohner – gleich welcher Anschauung, Religion und Nationalität – auf:

Aus Sorge um die katastrophale Entwicklung unserer Umwelt, aus Verantwortung für unsere Kinder und die noch ungeborenen Generationen – schließt Euch im örtlichen und regionalen Bereich zu Basisgruppen der GRÜNEN PARTEI der DDR zusammen.

Wählt Sprecherinnen und Sprecher, erarbeitet Vorschläge für das Programm und die basisdemokratische Organisationsstruktur. Erarbeitet auf der Grundlage von Problem- und Förderungskatalogen für Eure Gemeinden, Städte, Regionen und die gesamte DDR ALTERNATIVE KONZEPTE, macht[8] kreative und praktikable Vorschläge zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Beginnt mit Aktionen!

Die erste Delegiertenvollversammlung, die u. a. Programm, Struktur und Personalfragen der GRÜNEN PARTEI in der DDR beschließt, wird Anfang 1990 in einem der von der Umweltzerstörung am schwersten betroffenen Orte der DDR stattfinden.

FÜR EINE GRÜNE WENDE – DIE GRÜNE PARTEI![9]

7 Im Original: Nachholgebedarf.

8 Im Original: Macht.

9 Die nachfolgenden Kontaktadressen von Mario Hamel und Henry Schramm sind weggelassen.

Dokument 2[10]

Gemeinsame Erklärung[11] Berlin, 5. November 89

Das Wissen um den Ernst und die Dringlichkeit der globalen und lokalen ökologischen Probleme führt uns zusammen. Die Mitverantwortung, die jeder von uns für die Lösung der vor uns stehenden, schier unbewältigbaren Aufgaben des Umweltschutzes in der DDR in sich spürt, drängt uns zum Handeln. Dieses Handeln kann nur ein gemeinsames sein. Ungeachtet unterschiedlicher Erfahrungen und Weltanschauungen wollen wir uns zusammenschließen.

Die breite ökologische Bewegung in den verschiedenen auf dem Boden der Kirche gewachsenen Vereinigungen, die DDR-weite Kraft der Kulturbund-Umweltgruppen und -Freundeskreise, die Schriftsteller, Künstler, alle Menschen, die sich für die Bewahrung der natürlichen Umwelt und den Aufbau einer menschlichen Gesellschaft, die mit der Natur in Einklang lebt und neue Wertmaßstäbe setzt, persönlich engagieren[12] – sie alle müssen zu einer koordinierten Zusammenarbeit finden.

Bei Bewahrung der Selbständigkeit aller teilnehmenden Gruppen sollte in einem gemeinsamen Arbeits- und Diskussionsprozeß ein b r e i t e s g r ü n e s B ü n d n i s[13] entstehen. Dieser Prozeß hat bereits begonnen.

Die nächsten Aufgaben wären die Einigung auf einen gemeinsamen Forderungskatalog für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und die Diskussion der Frage, wie wir zusammen zu realem politischen Einfluß gelangen können. Uns ist klar, daß die Lösung der ökologischen Probleme nur möglich sein wird, wenn eine grundsätzliche Umgestaltung der gesamten Gesellschaft gelingt. Deshalb wäre dringend die Frage zu klären, wie wir diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die dieses Ziel inhaltlich und organisatorisch am konsequentesten anstreben, am besten unterstützen können.

Auch die Frage der Gründung einer grünen Partei oder einer ähnlichen politischen Interessenvertretung kann und darf nur gemeinsam entschieden werden. Einer zu bildenden Initiativgruppe sollten Vertreter aller Bereiche der DDR-Umweltbewegung angehören. Eine übereilte Entscheidung dieser Frage, ohne daß alle diejenigen, die sich bereits intensiv mit dem Problem der Notwendigkeit, der möglichen Struktur und den wichtigsten Aufgaben einer solchen politischen Vereinigung auseinandergesetzt haben, die Möglichkeit hatten, ihre gedankliche Vorarbeit mit in die Entscheidung einfließen zu lassen – eine solche möglicherweise unausgereifte Entscheidung unter Zeitdruck sollten wir vermeiden.

---

10 Vorlage: zweiseitiges Typoskript (Kopie), Archiv Grünes Gedächtnis, A – Gerhard Bächer, Vorl. Sign. 3.

11 Im Original: «Gemeinsame Erklärung» unterstrichen.

12 Im Original: «persönlich engagieren» zusammen geschrieben.

13 Alle gesperrten Schreibweisen wie im Original.

Letzten Endes geht es um unsere g e m e i n s a m e Zukunft. Wir alle hier wissen genug, um sicher sagen zu können: Wir leben in einer Phase der Menschheitsentwicklung, in der koordiniertes politisches Handeln und politische Verantwortlichkeit im großen wie im kleinen Maßstab nötiger sind denn je. Wir brauchen das gemeinsame Verstehen und das gemeinsame Verantwortungsbewusstsein, wir brauchen eine neue Ethik.

Wenn wir in diesem Sinne handeln, haben wir Grund zur Hoffung.

Vertreter von Gruppen der Gesellschaft für Natur und Umwelt,
des Verbandes Bildender Künstler
und der Arche[14]

14 Das folgende Blatt ist weggelassen. Es enthält die Namen von 62 Unterzeichnern und Unterzeichnerinnen unter Angabe der Gruppenzugehörigkeit.

CHRISTOPH BECKER-SCHAUM

Kommentar

Der Ost-West-Vergleich ist so oft ebenso erhellend wie misslich. Das gilt auch für die Grünen. Dabei provoziert die Doppelexistenz von «Grünen» (West) und «Grüner Partei» (Ost) irreführende Assoziationen geradezu unwillkürlich. Dass sich das schwarz-rot-gelbe Farbenspiel des westdeutschen Parteiensystems am Ende der 1970er Jahre um einen grünen Tupfer erweitert hat, hatte Ursachen und Rahmenbedingungen, die sich von denen der Gründung der Grünen Partei in der DDR grundsätzlich unterschieden. Inmitten der Herausforderung der SED-Herrschaft durch die Bürgerbewegungen im Sommer und Herbst des Jahres 1989 traten immer neue Gruppen mit Erklärungen an die Öffentlichkeit. Es kam also zu einer Ausdifferenzierung des Oppositionsmilieus, zu der der Zusammenfindungsprozess, den die Grünen im Westen zehn Jahre vorher durchgemacht hatten, geradezu als Gegenteil erscheint. Die Gründung der Grünen Partei in der DDR im Oktober/November 1989 findet keinen entsprechenden Vorgang in der Bundesrepublik zehn Jahre vorher. Vor allem wäre es gänzlich verfehlt, wollte man die eine der politischen Organisationen, die im Ausdifferenzierungsprozess der Bürgerbewegungen die grüne Fahne gehisst hat, die Grüne Partei in der DDR, als das einzige und genaue Pendant der Grünen (West) begreifen. Die in den 1980er Jahren – leider nur von einer Minderheit innerhalb der West-Grünen – unterhaltene Solidarität mit der DDR-Opposition und die durch sie eingeleiteten persönlichen Beziehungen zwischen Ost und West machten solche Unterschiede ohnehin nicht. Wenn es also ein östliches Pendant zu den West-Grünen gab, konnten es nur die Bürgerbewegungen insgesamt sein. Symptomatisch dafür steht die Entscheidung der sächsischen Grünen im September des Jahres 1990, nicht den Zusammenschluss mit den West-Grünen zu suchen, sondern zuerst den mit den anderen Bürgerbewegungen in Sachsen. Vielleicht kann man also sagen, dass sich im Herbst 1989 etwas ausdifferenziert hat, was grundsätzlich zusammengehörte.

So gesehen müsste man in Bezug auf die beiden oben abgedruckten Dokumente fragen, was die Akteure der unabhängigen Ökologiebewegung der DDR bewogen hat, in Abgrenzung zum Neuen Forum eine Grüne Partei zu gründen. Der Text des Gründungsmanifests vom 5. November gibt diese Gründe nicht her. Die Ziele der Bürgerbewegungen sind grundsätzlich dieselben. Trotzdem prallt der Appell der in der Berliner Bekenntnis-Gemeinde versammelten Umweltschutzgruppen (siehe Dokument 2) bei den zur Parteigründung Entschlossenen ab. Sie wollen sich nicht aufhalten lassen und werden drei Wochen später, am 25. November 1989, die tatsächliche Gründung der Grünen Partei vollziehen. Die Gründe für ihre Handlungsweise, haben Wolfgang Kühnel und Carola Sallmon-Metzner gezeigt[1],

1 Wolfgang Kühnel/Carola Sallmon-Metzner: Grüne Partei und Grüne Liga. Der geordnete Aufbruch der ostdeutschen Ökologiebewegung, in: Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgohs (Hrsg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 166-220.

liegen in den Erfahrungen der unabhängigen Ökologiebewegung der DDR in den 1980er Jahren. In der DDR-Opposition waren, wie Ilko-Sascha Kowalczuk[2] betont hat, Friedens-, Menschenrechts- und Umweltarbeit integriert. Frauen-, Umwelt-, Friedens-, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Gruppen gab es seit den 1970er Jahren in Ost und West, aber die Bedingungen, unter denen sie tätig sein konnten, waren gänzlich verschieden. In der DDR waren sie in ihrem öffentlichen Auftreten durch die Parteidiktatur der SED und ihren Unterdrückungsapparat radikal beschränkt. Sie hatten prinzipiell keinen Zugang zur DDR-Öffentlichkeit, den allein die offiziellen staatlichen Organisationen besaßen. Allerdings gab es daneben kirchliche und unabhängige Gruppen, die im Schutzraum der evangelischen Kirche als der einzigen zugelassenen nicht-staatlichen Organisation tätig waren. Nischen gab es gleichwohl auch im staatlichen Bereich. Nehmen wir nur die Umweltbewegung: Um umweltpolitisches Interesse und Protest aufzufangen und zu kanalisieren, wurde 1980 im Rahmen der Massenorganisation Kulturbund der DDR die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) gegründet, die zeitweilig rund 60.000 Mitglieder hatte, die sich für den Umweltschutz in der DDR engagierten.[3] Innerhalb der GNU gab es Arbeitskreise, insbesondere die Stadtökologiegruppen, durch die eine überregionale Vernetzung in Form von Seminaren existierte.[4]

Die unabhängige Umweltbewegung der DDR dagegen umfasste einen wesentlich kleineren Personenkreis, aber immerhin schätzen Wolfgang Kühnel und Carola Sallmon-Metzner, dass es 1989/1990 ca. 80 bis 90 Gruppen mit regionalen Schwerpunkten in Halle, Leipzig, Dresden, Erfurt, Berlin und Schwerin gegeben habe.[5] Eine Vernetzung dieser Gruppen existierte durch die von Pfarrer Hans-Peter Gensichen im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg organisierten ökologischen Seminare. Die Geschichte der unabhängigen Umweltbewegung der DDR kann hier nicht ausführlich dargestellt werden.[6] Sie konzentrierte sich anfangs auf die Verwüstungen der Umwelt im Raum Bitterfeld, bekannt durch den Roman «Flugasche» von Monika Maron. Ihre weiteren Wendepunkte waren im April 1986 die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, die zur Auseinandersetzung mit den – teils geplanten – Atomkraftwerken bei Greifswald und Stendal und dem Uranabbau in der DDR führte. Eine weitere Folge von Tschernobyl war die Gründung der Umweltbibliothek im Keller der Berliner Zionsgemeinde im September desselben Jahres mit Bibliothek, Ausstellungsraum, Druckerei und den «Umweltblättern», deren führende Mitarbeiter ein Jahr später verhaftet wurden. Die folgenden internen Auseinandersetzungen um Selbstverständnis, Professionalität und Vernetzung führten im Januar 1988 zur Gründung des grün-ökologischen Netzwerks Arche mit der Zeitschrift Arche Nova und wenige Monate später zum Ausschluss der Netzwerk Arche-Mitglieder aus der Umweltbibliothek. Die Mitglieder der Gründungsinitiative der Grünen Partei entstammen überwiegend dem grün-ökologischen Netzwerk Arche. Sie machten seit dem Frühjahr 1989 weitere Erfahrungen, was ihr Selbstverständnis und Organisation betraf, als im Zusammen-

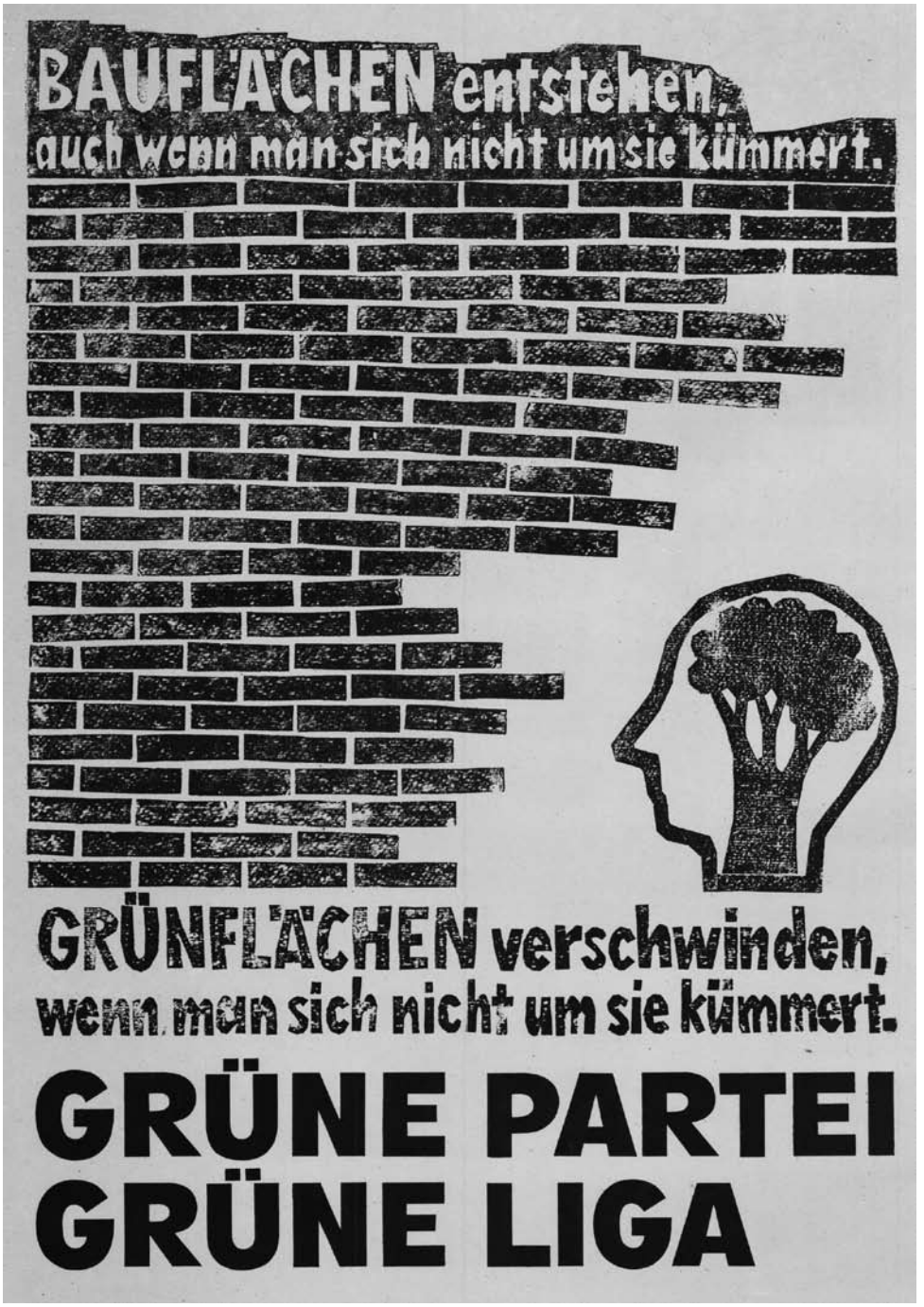
2 Ilko-Sascha Kowalczuk: Unabhängige Umweltbewegung. Einführung, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Tom Sello (Hrsg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006, S. 275.

3 Wolfgang Kühnel/Carola Sallmon-Metzner, a.a.O., S. 173.

4 Ebd., S. 174.

5 Ebd., S. 176.

6 Vgl. den oben genannten Aufsatz von Kühnel und Sallmon-Metzner.



Plakat der Grünen Partei in der DDR und der Grünen Liga, ca. 1990

hang mit der gefälschten Kommunalwahl vom 7. Mai die Idee Grüner Listen aufkam und im Zusammenhang des Neuen Forums diskutiert wurde. Diese Idee war von den Mitgliedern der Initiativgruppe schließlich verworfen worden. Soweit der Erfahrungshintergrund, der zur Gründung der Grünen Partei führte und der die Entschiedenheit der Gruppe erklärt, die Grüne Partei zu gründen. Bemerkenswert, aber auch bezeichnend ist, dass die Initiativgruppe das Delegiertentreffen in der Berliner Bekenntnis-Gemeinde am 5. November 1989 als Öffentlichkeit zur Verkündung ihrer Entscheidung wählte. Auf diesem Delegiertentreffen waren sowohl die Stadtökologiegruppen der GNU im Kulturbund wie die unabhängige Umweltbewegung vertreten. Indem die Initiativgruppe dieses Treffen aussuchte, um die Gründung der Grünen Partei zu erklären, hat sie sich an die gesamte Ökologiebewegung der DDR gewandt.

3

Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis

Plakat zur Landtagswahl in Brandenburg am 14.10.1990.

STEFFI RÖNNEFARTH

Der Bundesverband Demokratie Jetzt und die Landesverbände Demokratie Jetzt und Neues Forum Brandenburg

Ein Vergleich zweier Bürgerbewegungs-Überlieferungen

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die Überlieferungen zweier Bürgerbewegungsgruppen. Die eine – der Bestand *B.V.2 Demokratie Jetzt 1989 – 1991* – gibt einen Einblick in die Herkunft der Mitglieder, die politische Ausrichtung und das Engagement einer Gruppe der ostdeutschen Bürgerbewegung. Die Unterlagen stammen aus dem ehemaligen Haus der Demokratie in der Friedrichstraße 165[1] in Berlin-Mitte. Es handelt sich hierbei um die Aktenführung der Bundesgeschäftsstelle der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ), entstanden zwischen 1989 und 1991. Im September 2003 übergab Erhard O. Müller[2], Leiter des Forum Bürgerbewegung, die Papiere, die er seit dem Zusammenschluss zum Bündnis 90 verwahrt hatte, aus den Räumen des Hauses der Demokratie in der Greifswalder Straße 4 an das Archiv Grünes Gedächtnis. Allerdings fehlen bei der Überlieferung die Personal- und Finanzunterlagen. Letztere befinden sich im Bestand *B.I.5 i*m Archiv Grünes Gedächtnis, der Überlieferung des Berliner Büros von Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen aus der Dircksenstraße in Berlin. Vermutlich wurden sie in den Jahren nach 1990 als prüfungsrelevante Unterlagen von der Nachfolgeorganisation Bündnis 90 übernommen und aufbewahrt.

Die andere Überlieferung bildet genau genommen nur einen Teil eines Archivbestandes, nämlich des Landesverbandes Brandenburg von Bündnis 90/Die Grünen – *C Brandenburg I.1 LaVo/LGSt.* Es sind die Unterlagen aus den Landesverbänden Brandenburg von Demokratie Jetzt und Neuem Forum (NF). Übernommen wurden sie aus dem Grünen Haus in der Potsdamer Otto-Nuschke-Straße, später Lindenstraße 53, das erst die Bürgerbewegungen, später dann den Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg beherbergte.

Die Überlieferungen geben einen exemplarischen, im letzten Fall nur auf den ehemaligen Bezirk Potsdam[3] bezogenen Einblick in das Engagement der einzelnen Bürgerbewegungen bis zum Zusammenschluss zur Partei Bündnis 90. In der revolutionären Zeit versuchten Demokratie Jetzt und Neues Forum die hereinbrechenden

1 Heute hat das Haus der Demokratie seinen Sitz in der Greifswalder Straße 4.

2 Erhard O. Müller war von Beginn an ein Sympathisant und Wegbegleiter der Bürgerbewegungen und ein Verfechter von Bürgerbeteiligung und Demokratie.

3 Ab dem 03.10.1990 beziehen sich die Unterlagen auf das gesamte Land Brandenburg.

Probleme und Schwierigkeiten und deren Lösungen zu ihrem Anliegen zu machen. Dass dies in der kurzen Zeit und mit den unzulänglichen Mitteln unmöglich zu realisieren war, davon erhält man beim Lesen einen ersten Eindruck.

Zum Bestand *B.V.2 Demokratie Jetzt 1989 – 1991*

Überliefert sind hier Texte der unabhängigen kirchlichen Friedensbewegung aus den 80er-Jahren, die eine Verortung der Bürgerbewegung ermöglicht und einen Blick in das Milieu der Mitgliederschaft zulässt. Darunter befinden sich beispielsweise ein Bericht der Fastengruppe in der Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg «Fasten für das Leben» vom 6. bis 12. August 1983, Einladungen zu Friedensseminaren Anfang der 80er-Jahre, Texte und Thesenpapiere zu Abrüstungsbestrebungen der kirchlichen Friedensinitiativen. In einem Schreiben an den damaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, vom 08.04.1983 weist die Friedensgemeinschaft Jena auf die fragwürdige Friedenspolitik der DDR-Führung und ihre Behinderung von Friedenskundgebungen hin.[4]

Diese Texte aus der unabhängigen Friedensbewegung der ehemaligen DDR machen im Verhältnis eher einen geringen Teil der Unterlagen des Archivbestandes aus. Sie bilden aber den Grundstock eines von vier Schwerpunktbereichen, nämlich der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, die bis zum Zusammenschluss der Bürgerbewegungsgruppen im Herbst 1991 zur Partei Bündnis 90 reicht. Mit der Abbildung der Initiatorinnen und Initiatoren und späteren Mitbegründerinnen und Mitbegründern von Demokratie Jetzt und auch der relativ flächendeckend vorliegenden Adressenlisten, sowohl als Unterlagen zu Gremiensitzungen als auch in Form von Teilnehmendenlisten, Kandidatenlisten etc., gibt der Bestand einen personellen Einstieg in die Forschung über ostdeutsche Friedensgruppen der 80er-Jahre und einen Teil der ostdeutschen Bürgerbewegung, der sich für eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft einsetzte.

Von führenden Mitgliedern wie Hans-Jürgen Fischbeck, Benno Hasse, Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß gibt es personenbezogene Ablagen. Sie enthalten Sammlungen von Texten, Essays, Ideenpapiere, Offene Briefe und Presseausschnitte von und über ihre Person.

Ein besonders wichtiges Dokument ist der Antrag «Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung»[5], der 1986 für die Berlin-Brandenburger Synode von Stephan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn erarbeitet und schließlich ein Jahr darauf von Hans-Jürgen Fischbeck im April 1987 in die Synode der evangelischen Kirchen eingebracht wurde.[6] Es ist im Vorfeld der revolutionären Ereignisse der erste Vorstoß 1986/87 im kirchlichen Umfeld, die Missstände in der DDR-Gesellschaft öffentlich zu thematisieren. Mit ihm und dem «Aufruf zur Einmischung in eigener Sache» vom 12.09.1989, der eine beträchtliche Resonanz hervorgerufen hat, die hier in Form von zahlreichen Antwortbriefen[7] überliefert ist, zeichnet der Bestand die Geburtsstunde der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt auf.

---

4 AGG, B.V.2, Sign. 100 und 101.

5 AGG, B.V.2, Sign. 27.

6 Von der Illegalität ins Parlament, vgl. Helmut Müller-Enbergs, Marianne Schulz, Jan Wielgohs (Hrsg), Berlin 1992, S.105.

7 AGG, B.V.2, Sign. 24.

Einen quantitativ weitaus größeren Teil bilden die Gremienunterlagen, die mit den Sitzungsunterlagen der Bundesvertreterkonferenzen und Basisgruppentreffen den Bogen von der Bundesebene bis hin zu kleinen Ortsgruppen spannen. In den Unterlagen von Vertreterkonferenzen, Sprecherrat, Geschäftsausschuss, Länderausschuss und Basisgruppen werden die Arbeitsschwerpunkte und Zielsetzungen von Demokratie Jetzt sichtbar. Oftmals werden die Anliegen der Bürgerbewegungsgruppe, beispielsweise über Berichte von Vertreterinnen und Vertretern am Zentralen Runden Tisch oder aus der Volkskammerfraktion über ihre dortige Arbeit, sehr deutlich in den Zusammenhang mit der parlamentarischen bzw. parlamentsnahen Arbeit gebracht.

Die Unterlagen der Bundesvertreterkonferenzen liegen für den Zeitraum Januar 1990 bis Juli 1991, die des Sprecherrats von März 1990 bis September 1991 vor. Bedenkt man, dass die Gründungsinitiative von Demokratie Jetzt, nach Einrichtung des Initiativkreises «Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung» im Jahre 1986 offiziell am 12.09.1989 erfolgte und am 21./22.09.1991 in Potsdam bereits der Zusammenschluss zur Partei Bündnis 90 stattfand, kann man hier von einer zusammenhängenden Dokumentation der beschlussfassenden Gremien einer Gruppe der Bürgerbewegung ausgehen.

Ein umfangreicher Schriftwechsel der Bundesgeschäftsstelle von Demokratie Jetzt mit den einzelnen Basisgruppen lässt den Informationsaustausch und die Rückkopplung der eigenen Arbeit erkennen und zeigt eine sehr gute Vernetzung innerhalb der Bewegung.

Zu den großen Schwerpunktthemen von Demokratie Jetzt gehörte die Arbeit an einem neuen Verfassungsentwurf. Dieser wurde sowohl in der ursprünglichen Fassung für die DDR als auch nach dem 3. Oktober 1990 als gesamtdeutscher Verfassungsentwurf maßgeblich von Wolfgang Ullmann[8], einem der Sprecher von Demokratie Jetzt, erst am Zentralen Runden Tisch und später im «Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder»[9] vorangetrieben.

Weitere Bemühungen von Demokratie Jetzt galten der Mitwirkung am Einigungsvertrag, der Gründung der Treuhand und natürlich auch der Beobachtung der Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen. Die Offenheit für die Anliegen anderer Gruppen der Bürgerbewegung und das Ausloten der Möglichkeiten für eine zukünftige politische Einmischung ließen Demokratie Jetzt schon sehr früh auf andere Oppositionsgruppen zugehen. Schon im März 1990 gab es in den Protokollen des Sprecherrats erste Überlegungen zu Wahlbündnissen und Fraktionsbildungen zusammen mit der

8 Ullmann saß bis März 1990 für Demokratie Jetzt am Zentralen Runden Tisch der DDR, wurde danach für die Listenverbindung Bündnis 90 in die Volkskammer gewählt. Er war seit Dez. 1990 für die Bundestagsgruppe, später für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Mitglied des Deutschen Bundestags, zuletzt von 1994–1999 Mitglied des Europäischen Parlaments.

9 Das Kuratorium gründete sich am 16.06.1990 im ehemaligen Berliner Reichstag. Dazu aufgerufen hatten Wegbereiterinnen und Wegbereiter einer neuen Verfassung, nachdem der vom Zentralen Runden Tisch im April 1990 vorgelegte «Entwurf für eine neue Verfassung der DDR von der Volkskammer abgelehnt und zudem durch den Beschluss zur Vereinigung am 3. Oktober 1990 ad absurdum geführt worden war. Der Versuch des Kuratoriums, mit der Arbeit an einer neuen gesamtdeutschen Verfassung den historischen Zeitpunkt zu nutzen und einen Anschluss der ostdeutschen Länder an das Grundgesetz nach § 23 GG (nachdem in allen weiteren Bundesländern nach deren Beitritt zum Bundesgebiet das Grundgesetz in Kraft zu setzen war) zu verhindern, scheiterte ebenfalls.

Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), dem Neuen Forum (NF), der Grünen Partei (GP) und dem Unabhängigen Frauenverband (UFV). Vom 1. bis 3. Februar 1991 fand im Haus der Demokratie ein gemeinsames Treffen von Demokratie Jetzt und der Initiative Frieden und Menschenrechte statt, auf der sie eine Beschlussvorlage zum Bündnis 90 erarbeiteten.[10]

Neben den Dokumenten zur Gründungsgeschichte, der Gremiensitzungen, der Geschäftsstellenarbeit und Vernetzung wird auch die parlamentarische Arbeit von Demokratie Jetzt sichtbar. Das Spektrum reicht von Adresslisten der Vertreterinnen und Vertreter des Zentralen Runden Tisches, über Ergebnisse der Runden-Tisch-Gespräche von der 1. Sitzung am 07./08.12.1989 bis zur letzten Sitzung am 12.03.1990[11] bis hin zum Aufruf von Bündnis 90[12] zur letzten Volkskammerwahl am 18.03.1990. Zu diesem Aufruf liegen Kandidatenlisten aller 15 Bezirke der ehemaligen DDR[13] vor. Weiterhin finden sich Listen mit Angaben der Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Volkskammerabgeordneten aus den verschiedenen Gruppen der Bürgerbewegung.

Darüber hinaus lassen sich auch einige spannende Einzeldokumente finden. Es gab nach der Revolution von einigen westdeutschen Zeitungen die paradoxe Behauptung, die friedliche Revolution im Herbst 1989 sei quasi ein Meisterstück des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gewesen, das ihr eigenes Überleben sichern sollte. Dass dies völlig absurd ist, stellte eine Erklärung der Initiatoren der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, Hans-Jürgen Fischbeck, Michael Bartoszek, Gerhard Weigt, Stephan Bickhardt, Ulrike Poppe, Ludwig Mehlhorn, Martin König, Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß vehement richtig: «Wir sind uns dessen bewusst, dass die Stasi in erheblichem Umfang mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) in Oppositionsgruppen eingedrungen ist und dass es ihr gelungen ist, Aktionen dieser Gruppen zu behindern, zu verhindern oder zu zersetzen. Die Behauptung einiger westdeutscher Zeitungen (…) ist nicht nur falsch und absurd, sondern sie diffamiert überdies alle, die sich in den Bürgerbewegungen und Oppositionsparteien engagiert haben.»[14]

Und selbst die Zusammenarbeit innerhalb einer Oppositionsgruppe konnte sich mitunter schwierig gestalten. Diese Erfahrung machte ausgerechnet Demokratie Jetzt, die für Demokratie und Bürgerbeteiligung einstand und sich plötzlich im Zwiespalt zwischen Außendarstellung und der innerorganisatorischen Umsetzung wiederfand. So musste sie sich mit der offen bekundeten Privatmeinung des Geschäftsführers Thomas Voit zur Frage des Golfkrieges auseinandersetzen. Voit hisste während des Golfkrieges die USA-Flagge[15] auf dem Balkon der Geschäftsstelle am Haus der Demokratie und ließ kurzerhand den Schlüssel zur Balkontür verschwinden. Er versuchte dies mit der Behauptung zu legitimieren, er wolle eine Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb der Bewegung provozieren, da seiner Ansicht nach die Position von Demokratie Jetzt in der Öffentlichkeit nicht eindeutig sei. In letzter Konsequenz reichte er schließlich seine Kündigung als Geschäftsführer ein.

10 AGG, B.V.2, Sign. 7.

11 AGG, B.V.2, Sign. 62.

12 Bestehend aus Demokratie Jetzt, Neues Forum und Initiative Frieden und Menschenrechte.

13 AGG, B.V.2, Sign. 64.

14 AGG, B.V.2, Sign. 10.

15 Nach erstem Protest ersetzte Voit die Fahne durch die Israel- und UNO-Fahne; AGG, B.V.2, Sign. 7.

Für die Bündnisarbeit nicht minder kritisch war ein Schreiben des in den Medien stark präsenten Bundestagsabgeordneten Konrad Weiß an die Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, in dem er die Rücknahme des parlamentarischen Antrags von Christina Schenk zur Neuregelung des Abtreibungsrechts forderte: «Ich bin der Überzeugung, dass dieser Entwurf in elementarer Weise dem Naturrecht ebenso widerspricht wie dem Grundgesetz und dass daher seine Drucklegung als Drucksache des Deutschen Bundestages oder seine öffentliche Behandlung sitten- und verfassungswidrig und dem Hohen Hause unangemessen wäre.»[16] In den im Bestand befindlichen, 10 Tage vor dem Schreiben an Frau Süssmuth herausgegebenen Pressemitteilungen klingt die Argumentation etwas diplomatischer: «Deshalb werde ich für eine Gesetzesregelung stimmen, die das ungeborene Kind bestmöglich schützt, zugleich aber Müttern und Vätern eine Gewissensentscheidung in Freiheit und Würde ermöglicht.»[17]

Teilbestand *C Brandenburg I.1 – Demokratie Jetzt und Neues Forum Brandenburg*

Ganz anders stellt sich die Überlieferung von Teilen der Bürgerbewegung im Bestand *C Brandenburg I.1* dar. Hier ist es weniger die Dokumentation der gesamten Tätigkeit und der Arbeit einzelner Mitglieder dieser Bewegungsgruppen, als vielmehr das Einbringen von gesellschaftsverändernden, sozial gerechten und ökologisch geprägten Gedanken und Zielen in die politische Gremienarbeit vor Ort.[18] Engagement und Initiativen aus der Bewegung wurden hier in neu besetzte, stellenweise immer noch klassisch strukturierte und kommunal agierende Gremien eingebracht. So fanden sich plötzlich Bürgerbewegte neben Mitgliedern neuer Allianzparteien und neben alten Kadern aus DDR-Massenorganisationen in den Räten und der Stadtverordnetenversammlung wieder.

Die Aktenstruktur bildet die politische Arbeit einer Geschäftsstelle in Zeiten des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs sehr gut ab. Der Versuch, die gesellschaftlichen Veränderungen und die daraus entstehende Probleme aufzunehmen, die Arbeit anderer Bürgerbewegungsgruppen zu verfolgen und Antworten darauf in die politische Gremienarbeit vor Ort einfließen zu lassen, kennzeichnet ihre Struktur. Es finden sich Ordner mit Gremienunterlagen aus der eigenen Arbeit sowie Protokolle der Bundesvertreterkonferenzen, des Geschäftsausschusses und des Sprecherrats. Der Schriftwechsel zwischen der Geschäftsführung von Demokratie Jetzt in Brandenburg und einzelnen Basisgruppen im Bezirk Potsdam oder interessierten Bürgerinnen und Bürgern bietet ein Spiegelbild damaliger Problemlagen.

Offensichtlich werden die Probleme auch in den Anträgen an die Gremien der Stadt und des Bezirkes Potsdam bzw. später des Landes Brandenburg: Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Wohnraumvergabe, zur Weiternutzung von Objekten des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, der Staatssicherheit und vieler weiterer kommunaler Anliegen. Anträge des Runden Tisches Potsdam an den

16 AGG, B.II.2, Sign. 778.

17 AGG, B.V.2, Sign. 29.

18 Zu dem damaligen Zeitpunkt meinte das den Bezirk Potsdam, ab dem 03.10.1990 umfasste es dann das gesamte Land Brandenburg.

Rat der Stadt zur Verbesserung der baulichen Gestaltung Potsdams[19], der Antrag der Grünen Liga an den Runden Tisch des Bezirks Potsdam zum Erhalt eines der letzten Klarwasserseen in der norddeutschen Tiefebene als Naturschutzgebiet Stechlinsee[20] und die versuchte Einflussnahme auf die Gestaltung der Landesverfassung sind nur ein kleiner Auszug aus der Vielfalt der kommunalen und teilweise landesbezogenen Gremienarbeit, die hier im Bestand ihren Niederschlag findet.

In den «Brandenburgischen Bündnisquärälen» warf Grit Poppe, Geschäftsführerin von Demokratie Jetzt in Brandenburg, einen kritischen, zum Teil sehr ironisch angehauchten Blick auf die Bündnisgespräche und -verhandlungen der Bürgerbewegungsgruppen und zeichnete damit ein gelungenes Stimmungsbild aus der Bürgerbewegung. Da wurde nachgedacht über neu eingeübte Worte wie «Fünfprozentklausel», über die Gründung eines gemeinsamen Bürger-Forums als letzte Überlebenschance der Bürgerbewegung diskutiert, über eine nicht zu verkraftende Spaltung des Neuen Forums sinniert und mit Vorschlägen für einen passenden Bündnisnamen jongliert.[21] Hier wurde sowohl Kritik laut an der Kraftverschwendung und dem Aufhalten an Nebensächlichkeiten, anstelle des Aufgreifens naheliegender Probleme, als auch der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass aller Kontroversen zum Trotz die Einsicht gewinnt, dass nur gemeinsam ein Staat zu machen ist.

Bilanz

So wie der Bestand Demokratie Jetzt als Überlieferung der Bundesgeschäftsstelle und quasi Koordinationszentrum der gesamten Demokratie-Jetzt-Bewegung umfassender angelegt ist, ist auch die Dokumentation der Inhalte vielfältiger und gibt im Gegensatz zum Teilbestand des Landesverbands Brandenburg auch Aufschluss über Gründung und Bewegungsgeschichte. Er vermittelt ein umfassendes Bild über die Organisation Demokratie Jetzt von ihrer Gründung bis zum Zusammenschluss zum Bündnis 90.

Die Unterlagen des Landesverbands Brandenburg sind dagegen naturgemäß nicht so umfangreich. Zu den aussagefähigsten Unterlagen gehören die Protokolle der Landessprecherräte von Neuem Forum und Demokratie Jetzt. Während ein großer Teil der Unterlagen, so z.B. die Protokolle des Republiksprecherrats des Neuen Forums und des Bundessprecherrats von Demokratie Jetzt, eine Arbeitsgrundlage darstellen, aber nicht aus der Feder der Landesverbände herrühren. Diese Art Informations- und Arbeitsmaterial gibt es in verhältnismäßig großem Umfang ebenfalls zu den bundesweiten Initiativen von Demokratie Jetzt und Neuem Forum sowie zu anderen Bürgerbewegungsgruppen. Zur Entwicklung der Bewegungsgruppen findet sich nichts. Dafür wirken hier die landesspezifischen Initiativen bzw. das auf die Kommune Potsdam bezogene Engagement in den verschiedenen städtischen und landesweiten Gremien nach.

19 AGG, C Brandenburg I.1, Sign. 3.

20 AGG, C Brandenburg I.1, Sign. 1.

21 AGG, C Brandenburg I.1, Sign. 135, Niederschrift von Grit Poppe vom 30.07.1990.

ANNEGRET HÜNNINGHAUS

Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer der DDR

Eine Bestandsbeschreibung

22. März 1990, Haus der Demokratie, Berlin. Vier Tage nach der ersten freien Wahl der DDR-Volkskammer saßen sich zwanzig frisch gewählte Abgeordnete des Neuen Forum (NF), der Grünen Partei (GP), der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ) und der Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) an dem Ort gegenüber, der im Dezember 1989 vom Zentralen Runden Tisch der DDR aus SED Parteivermögen an die ostdeutsche Bürgerbewegung übergeben worden war.

Zwanzig Abgeordnete, die sich nach einem für alle Beteiligten enttäuschenden Wahlergebnis zur Fraktion Bündnis90/Grüne zusammengeschlossen hatten, beabsichtigten, gemeinsam Politik zu machen und am wohl letzten Kapitel DDR-Geschichte mitzuschreiben.

Eine harte Zeit lag vor ihnen. Ursprünglich für vier Jahre gewählt, sollten sie nun, innerhalb von sechs Monaten ein Land neu strukturieren und angliedern.

Auf die Abgeordneten warteten schwierige Arbeitsbedingungen. Während die eigentliche parlamentarische Arbeit schon in vollem Gang war, musste sich die Fraktion der Bündnisgrünen erst einmal organisieren. Zwar waren die Ausschüsse verteilt, ein Fraktionsgeschäftsführer ernannt und ein Parlamentarischer Geschäftsführer sowie der Fraktionssprecher gewählt, doch gab es außer Wolfgang Templin keinen regulären Mitarbeiter der Fraktion.

Erst Mitte Mai konnte eine Pressestelle eingerichtet werden, wurden Finanzexperten und Juristen eingestellt und persönliche Mitarbeiter gesucht. Auch Arbeitsmaterialien wie Schreibmaschinen und Kopiergeräte konnten erst zu diesem Zeitpunkt angeschafft werden. Hinzu kamen Probleme mit den Räumlichkeiten. Die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Grüne mussten öfter ihre Büros wechseln. Es gab Fälle, in denen sich drei Abgeordnete mit ihren Mitarbeitern ein Büro teilten.[1] Der Unfalltod der Abgeordneten Ilse Nierade und die damit verbundene Einarbeitung ihres Nachfolgers erschwerten die Arbeit ebenfalls.

Inzwischen mussten sich die Abgeordneten bei ihrer parlamentarischen Arbeit durch Berge von Papier kämpfen. Matthias Platzeck drückte das so aus: «Es war für viele das erste Mal im Leben, Druckerzeugnisse nach Gewicht zu verarbeiten. Die Faustregel lautete: werktags ein Kilogramm, sonntags ein halbes Kilogramm.»[2] Denn die meisten Anträge und Gesetzesentwürfe wurden schon am nächsten Tag in der Volkskammer debattiert und verabschiedet. Die Schwerpunkte der parlamenta-

1 Interview mit Priska von Klitzing, ehemalige Mitarbeiterin der Fraktion, geführt am 24.10.1998 mit Annegret Hünninghaus in Gosen bei Berlin.

2 «Die ersten 100 Tage…» von Matthias Platzeck, in: Regenbogen. Berlin 1.Jg. (1990) Nr. 1, S. 1.

rischen Arbeit der Fraktion Bündnis 90/Grüne, wie auch aller anderen Volkskammerfraktionen, bildeten die Themen «deutsche Verfassung» und «Einigungsvertrag» sowie der Zeitpunkt der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Dieser führte in den Tagen um den 17. Juni 1990 zu einer «innerfraktionellen Zerreißprobe», als einige Mitglieder um Konrad Weiß, Dr. Wolfgang Ullmann und Vera Wollenberger[3] sowie Abgeordnete aus den Fraktionen der SPD und CDU einen Antrag auf den sofortigen Anschluss nach Artikel 23 zum Geltungsbereich des Grundgesetzes in die Volkskammer einbringen wollten. Diese Aktion rief innerhalb der Fraktion Bündnis 90/Grüne eine «messerscharfe und schonungslose», aber dennoch sachliche Diskussion hervor, die als Reifeprüfung der Fraktion angesehen wurde.[4]

Die letzte DDR-Volkskammer befasste sich mit drei großen Gesetzgebungsverfahren.

Das erste fand am 21. Juni 1990, der 16. Tagung der Volkskammer, statt und entschied über das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990. Alle anwesenden bündnisgrünen Abgeordneten stimmten gegen dieses Gesetz.

In der Frage um den Termin der Selbstauflösung der DDR und des Beitritts zur BRD, die die zweite namentliche Hauptabstimmung betraf, zeigte sich die Fraktion gespalten.

Die letzte große Abstimmung betraf den Einigungsvertrag, der das eigentliche Dokument der staatlichen Vereinigung und der Selbstauflösung der DDR darstellt. Seine Ausarbeitung stand unter enormem Zeitdruck. Die Parlamente beider deutscher Staaten waren nur formal daran beteiligt und unzureichend informiert. Trotzdem gelang es, in wenigen Tagen vor der Verabschiedung noch einige Veränderungen zu beschließen.[5] Hier hatte die Fraktion Bündnis 90/Grüne einen maßgeblichen Anteil. So wurden die Akten der Staatssicherheit nicht wie geplant ins Bundesarchiv nach Koblenz verlegt, sondern einer neu gegründeten Behörde übergeben, deren Leitung der bündnisgrüne Abgeordnete Joachim Gauck übernahm.[6]

Die letzten Arbeitswochen vor der Wiedervereinigung und der Auflösung der Volkskammer waren bei der Fraktion bestimmt von Planungen für die Übergangszeit, also die Zeit vom 3. Oktober 1990 bis zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. In der Fraktionssitzung vom 18. August 1990 wurde in geheimer Wahl darüber abgestimmt, wer nach der Vereinigung in den Bundestag delegiert werden sollte. Die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die weitere Verwendung der finanziellen und organisatorischen Ressourcen waren zu klären.

Auf der Tagesordnung der Vorstandssitzung am 18. September 1990 stand die Frage: «Was wird aus den Schriftgutbeständen?»[7] Ein erstes Konzept sah vor, die

3 Ebd.

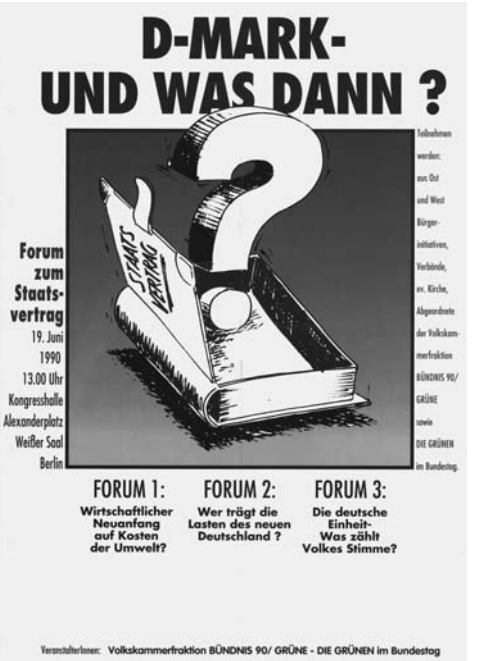
4 Ebd.

5 Vgl. Jens Reich: Fraktion Bündnis 90/Grüne Partei: Positionen und Bilanz, in: Mandat für deutsche Einheit, Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Opladen 2000 S. 174.

6 Seine Nachfolge als Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes trat die ebenfalls bündnisgrüne Abgeordnete Marianne Birthler im Jahr 2000 an.

7 Protokoll der Vorstandssitzung der Fraktion Bündnis 90/Grüne am 18.09.1990, in: AGG B.III, Sign. 6.

Plakat zur Volkskammerwahl am 18.3.1990



Einladung zum Kongress am 19.6.1990

Akten in einen Teil «öffentlicher Bestand» und in einen zweiten Teil «Fachbereiche» zu gliedern und in die Struktur des Berliner Büros der neuen Bundestagsfraktion einzubringen.[8] Ein zweites Konzept sah vor, unter anderem die Protokolle der Volkskammer, eine Zeitungs- und Presseschau, Gesetzblätter und die Protokolle der Fraktionssitzungen sowie eine doppelte Überlieferung der Drucksachen zu archivieren. Pressemitteilungen und Presseveröffentlichungen sollten bei den Abgeordneten angefordert und ebenfalls im Archiv aufbewahrt werden.

Mitte November 1990 begannen die Mitarbeiterinnen Priska von Klitzing, Dorothee Busching und Silvia Benjowski mit dem Aufbau des Archivs, das in Anlehnung an das zweite Konzept strukturiert wurde.

Als «Unterstellmöglichkeit» kam die Robert-Havemann-Gesellschaft, als Archiv der DDR-Opposition, die Heinrich-Böll-Stiftung[9], als grünnahe politische Stiftung, oder ein staatliches Archiv in Betracht. Auf jeden Fall aber sollten die Akten vorerst im Berliner Büro der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen, das sich im Reichstag befand, untergebracht werden, um dort als Sachakten für politische Verhandlungen mit der zukünftigen Fraktion bzw. als ein Wissenspool für die Abgeordneten der fünf neuen Länder zu dienen.

Nach etwa viermonatiger Arbeit an der Zusammenstellung der Akten übergab man diese dem Berliner Büro der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen. Nach

8 Ebd.

9 Die Heinrich-Böll-Stiftung in Köln sollte das Archiv für den Fall aufnehmen, dass keine neue Bundestagsfraktion zustande käme, in: Persönliche Aufzeichnungen Priska von Klitzing vom 15.11.1990.

Alle Abgeordneten und Mitarbeiter/innen der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne 1990.

deren Auszug aus dem Reichstagsgebäude Anfang des Jahres 1995 wurden die Akten in zehn Kisten verpackt und dem Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung übergeben.

Somit ist der Bestand *B.III Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne* eine Zusammenstellung verschiedener Ablagen der Fraktion sowie der einzelnen Fraktionsangehörigen. Er gliedert sich in Unterlagen der Fraktionsgeschäftsführung, darunter die Protokolle der Fraktionssitzungen, in allgemeine Korrespondenzakten der Fraktion, Sammlungen von Stellungnahmen und Anträgen sowie die Personalunterlagen der Fraktion. Den Hauptteil des Bestands machen die Dokumente der einzelnen Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Grüne aus. In ihnen finden sich vorrangig Unterlagen zur Fraktions- und Ausschusstätigkeit, daneben Korrespondenzen und Veröffentlichungen. Die Akten der Abgeordneten Joachim Gauck und Bernd Reichelt wurden nicht überliefert. Im Bestand enthalten sind schließlich noch Sammlungen der Protokolle der Volkskammertagungen von April bis Oktober 1990 sowie Drucksachen der Volkskammer und Gesetzesblätter der DDR.

Interessanterweise sind Unterlagen zur Bündnispolitik der Bürgerbewegungen untereinander sowie zu den Beziehungen zu den Grünen in der Bundesrepublik in allen Teilen des Bestandes enthalten. Sie dokumentieren die Entwicklung vom April bis zum Herbst des Jahres 1990. Vereinzelt finden sich in den Akten der Abgeordneten auch Dokumente aus der Zeit vor der Konstituierung der Volkskammerfraktion, zumeist aus ihrer Mitarbeit am Runden Tisch.

Der Bestand *B.III Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne* im Archiv Grünes Gedächtnis gibt Einblick in die politische Arbeit der Fraktion und einzelner Fraktionsmitglieder.

Er wurde nach der Arbeit als öffentlich zugängliche Dokumentation zusammengestellt und ist insofern auch ein Kunstprodukt.

CHRISTOPH BECKER-SCHAUM

Der Archivbestand Gerhard Bächer und die Grüne Partei in der DDR

Wer die Bestandsübersicht des Archivs Grünes Gedächtnis durchsieht, dem wird auffallen, dass sie oder er zwar den Bestand *Demokratie Jetzt*, aber keinen entsprechenden Bestand *Grüne Partei in der DDR* findet. Was auf den ersten Blick verwundern mag, findet seine Erklärung durch die Umstände, unter denen die Akten der beiden politischen Vereinigungen ins Archiv gelangt sind. Für interessierte Nutzer/innen sind die Umstände häufig nicht einfach zu durchschauen. In der Regel verhält es sich so, dass die Überlieferung der Organisationsakten der politischen und insbesondere der organisatorischen Entwicklung folgt. Die heutige Partei Bündnis 90/Die Grünen ist das Ergebnis eines komplizierten Vereinigungsprozesses, der durch eine Sonderentwicklung in Sachsen noch einen Tick komplizierter geworden ist. Wenn man aber den sächsischen Sonderfall – die Gründung der Landespartei «Bündnis 90/Grüne in Sachsen» am 27. bis 29. September 1991 – außen vor lässt, haben wir einen Vereinigungsprozess in drei Schritten: erstens am 3. Dezember 1990 der Zusammenschluss von «Die Grünen» und «Grüner Partei in der DDR»; zweitens am 21./22. September 1991 der Zusammenschluss der Bürgerbewegungen «Neues Forum, Demokratie Jetzt» und «Initiative Frieden und Menschenrechte» zur Partei «Bündnis 90»; drittens die Vereinigung von «Die Grünen» und «Bündnis 90», die am 14. bis 16. Mai 1993 nach Parteitagsbeschlüssen und Urabstimmungen der Mitglieder mit dem ersten Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen abgeschlossen ist. Auf die politisch beschlossene Fusion der Organisationen folgt – wiederum in der Regel – die Zusammenlegung der Geschäftsstellen und diese impliziert die Zusammenführung der Akten. So umfasst die Überlieferung des Landesverbandes Berlin die im Haus der Demokratie geführten Berliner Akten der «Grünen Partei in der DDR». Sie sind bei der Fusion der Alternativen Liste (Westberlin) und der Grünen Partei (Ostberlin) an die fortan gemeinsame Landesgeschäftsstelle der Alternativen Liste abgegeben worden – und, Jahre später, im Zuge der Archivierung des Landesverbands ins Grünen-Archiv gelangt. So gesehen scheint die eigentliche Anomalie zu sein, dass die Aktenführung der zentralen Geschäftsstelle von Demokratie Jetzt als eigenständiger Archivbestand erhalten geblieben ist. Die DJ-Akten sind nämlich trotz Fusion von Demokratie Jetzt mit der Initiative Frieden und Menschenrechte und Teilen des Neuen Forums nicht Teil der Aktenführung der 1991 gegründeten Partei Bündnis 90 geworden. Politisch ist das nicht leicht nachvollziehbar oder zumindest ambivalent, für die künftigen Historikerinnen und Historiker der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt ist es allerdings ein außerordentlicher Glücksfall. Die Historie des Stahlschranks mit den DJ-Akten ist die, dass dieser Schrank im Haus der Demokratie in der Berliner Friedrichstraße in der Obhut desjenigen Büros stehen blieb, das im Rahmen der Assoziation von Bündnis

90 und Die Grünen für die Betreuung der früheren Mitglieder von Bündnis 90 eingerichtet worden war, und auch noch in das spätere Berliner Haus der Menschenrechte umzog, ehe er schließlich vom Leiter des Büros, Erhard O. Müller, dem Archiv übergeben wurde.

Historikerinnen und Historiker der Grünen Partei haben so viel Glück nicht. Nach dem Sonderparteitag der Grünen Partei vom 7. bis 9. September 1990 in Berlin, der die Modalitäten des Zusammenschlusses mit den Grünen (West) und die personelle Vertretung im Vorstand der gesamtdeutschen Grünen ab dem 3. Dezember 1990, dem Datum der Vereinigung, beschlossen hat, wurde entschieden, die Geschäftsstelle in der Friedrichstraße aufzulösen. Den hauptamtlichen Mitarbeitenden der Geschäftsstelle wurde gekündigt. Dadurch bröckelte die Arbeit in der Geschäftsstelle langsam ab. Schließlich klärten Vorstand und Mitarbeitende untereinander, dass sie die Akten aufteilen und mit nach Hause nehmen würden. Die meisten Akten befinden sich nach wie vor im Privatbesitz. Teile dieser Akten sind aber inzwischen verschwunden. Nur ein kleiner Teil der Akten, der weder die Personalakten noch die Finanzakten umfasste, wurde damals an die Bundesgeschäftsstelle abgegeben. Friedrich Heilmann und Gerhard Bächer haben die Akten, die sie damals mitgenommen haben, inzwischen an das Archiv abgegeben. Ebenfalls sind die wenigen an die Bundesgeschäftsstelle der Grünen abgegebenen Akten inzwischen von dort ins Archiv gelangt. Nach der Auflösung des Berliner Büros des Bundesvorstands, das nach der Wahl von Marianne Birthler zur Parteivorsitzenden eingerichtet worden war, kamen im größeren Umfang Finanzakten der Bürgerbewegungen und eine Aktenserie zur Dokumentation von Bündnis 90 in das Archiv. Diese Akten betrafen wiederum nicht die Grüne Partei. Aus all diesen Gründen gibt es keinen historisch bedeutsamen Archivbestand Grüne Partei in der DDR im Archiv Grünes Gedächtnis. Historikerinnen und Historiker der Grünen Partei müssen sich also anders behelfen. Die naheliegende Frage lautet: Was ist denn überhaupt im Archiv?

Eine Archivrecherche nach Unterlagen, die die Grüne Partei betreffen, quer über alle Archivbestände, führt außer den bisher genannten Akten der Grünen Partei im Bestand des Landesverbands Berlin und der Bundesgeschäftsstelle zu den Depositarbeständen von Mitgliedern und Aktiven der Grünen Partei sowie zu den Beständen Dritter, in denen sich ihre politische Arbeit für die Grüne Partei bzw. ihre Zusammenarbeit mit der Grünen Partei niederschlägt. Dabei sind sechs Bestände von herausragender Bedeutung: die genannten Depositarbestände von Friedrich Heilmann und Gerhard Bächer und derjenige der Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld sowie die Aktenbestände der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne, der Fraktion Die Grünen im Bundestag und der Bundesgeschäftsstelle Die Grünen aus dem Jahr 1990. Die Politikfelder, zu denen diese Bestände insbesondere Aufschluss vermitteln, seien in aller Kürze genannt: im Fall des Depositarbestands von Friedrich Heilmann sind es die Vorstands- und Sprecher/innen-Ebene der Grünen Partei, zudem noch dadurch interessant, dass Friedrich Heilmann später Mitglied des Bundesvorstands von Die Grünen und Sprecher des brandenburgischen Landesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen wurde; Im Fall des Depositarbestands von Gerhard Bächer die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Grünen Partei; im Fall des Depositarbestands von Vera Lengsfeld ist es ihre parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik; im Fall der Volkskammerfraktion ihr Anteil an der parlamentarischen Verhandlung über die Vereinigung der beiden deutschen

Carlo Jordan, Vollrad Kuhn, Gerhard Bächer (v.l.n.r.)

Staaten und den Umgang mit dem DDR-Erbe; im Fall der Bundestagsfraktion die politische Zusammenarbeit zwischen der Bundestagsfraktion und der Volkskammerfraktion; schließlich im Fall der Bundesgeschäftsstelle die Verhandlungen zur Vorbereitung der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 und zur Vereinigung der beiden grünen Parteien. Die beiden zuletzt genannten Bestände sind hier nur in Hinsicht auf das Jahr 1990 und die Beziehung zur Grünen Partei genannt. Hinzukommen eine Aktenserie im Bestand der Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg und eine Reihe von Depositarbeständen grüner Politikerinnen und Politiker aus Ost und West, von denen stellvertretend der von Wilhelm Knabe genannt sei. Er war als Bundestagsabgeordneter (West) 1990 an einer umweltpolitischen Veranstaltung der Grünen (Ost) beteiligt, und das findet Niederschlag in seinem Depositum.

Im Folgenden wird es ausschließlich – und damit komme ich zum Ende der Vorrede – um den Depositarbestand von Gerhard Bächer gehen. Wer ist Gerhard Bächer? Gerhard Bächer stammt aus Saalfeld in Thüringen, wo er 1952 geboren ist. Nach der Schule verweigerte er den Waffendienst in der NVA, besuchte das kirchliche Proseminar in Naumburg an der Saale und studierte einige Semester Theologie. Schließlich zog er 1975 nach Berlin-Prenzlauer Berg und machte eine Ausbildung an der Spezialmusikschule für U-Musik in Berlin-Friedrichshain. Seinen Lebensunterhalt verdiente er als Kunstglaser und Gebäudereiniger. Seit 1979 war er freiberuflicher Musiker. Seit dem Sommer 1989 gehörte er zu den Initiatoren der Grünen Partei und wurde nach der Gründung der Partei Leiter der Pressestelle. Aus dem persönlichen Engagement für die Grüne Partei war ein Beruf geworden, der durch die Auflösung der Geschäftsstelle nach einem Jahr abrupt beendet wurde. Ein Jahr Aufbauarbeit war mit einem Schlag zu Ende. Die Auflösung der Geschäftsstelle und ihre Umstände haben ihn tief verletzt. Mit dieser Parteipolitik wollte er nichts mehr zu tun haben. Gerhard Bächer lebt nach wie vor in Berlin. Er ist Musiker, schreibt für die theaterpädagogische Zeitschrift «SpielArt» und engagiert sich im Verein «Berliner Regional – Verein für nachhaltiges Wirtschaften».

Sein Bestand besteht überwiegend aus den Unterlagen der Pressestelle der Grünen Partei in der Geschäftsstelle im Haus der Demokratie in der Berliner Friedrichstraße, daneben und nicht weniger wertvoll befinden sich Korrespondenzen und Dokumente aus seinem Engagement im grün-ökologischen Netzwerk Arche. Sie bilden den Hintergrund ab, vor dem sich Gerhard Bächer an der Gründung der Grünen Partei in der DDR beteiligte. Der besondere Glücksfall dieses Depositums besteht deshalb darin, dass es die Voraussetzungen der Grünen Partei mitüberliefert, so weit Gerhard Bächer an dem Geschehen teilgenommen hatte, was undenkbar wäre, wenn der Bestand ausschließlich die in der Geschäftsstelle der Grünen Partei angelegten Akten umfassen würde.

Gerhard Bächer hat seine Unterlagen dem Archiv vor zwei Jahren übergeben. Der erste Eindruck ist, dass sie noch in demselben Zustand sind, in dem sie Ende 1990 waren. Das Ganze füllt sechs Archivschachteln und besteht aus Schnellheftern, in Klarsichthüllen verpackten Dokumenten, Protokollserien und losen Materialien, ist insofern in sich unterschiedlich stark systematisiert, aber die vorhandene Ordnung erlaubte allemal, dass man jeden gesuchten Vorgang sofort finden konnte. Bei der Übernahme sind 12 vorläufige Signaturen gebildet worden, die in der Regel mehrere Schnellhefter und Klarsichthüllen umfassen, in einigen Fällen so viele, dass zu einer Signatur drei Faszikel gehören. Die Unterlagen sind bei der vorläufigen Signaturenbildung nicht vorsortiert worden – das wird im Rahmen der Bearbeitung und Findbucherstellung geschehen –, so dass eine Beschreibung nach Signaturen nicht ganz einfach ist.

So enthält Sign. 1 das Eingeständnis des Gründungsmitglieds Henry G. Schramm, dass er Informant der Stasi war, mit der Presseerklärung des Parteivorstands und anderem vom September 1990. Als nächstes folgen Mappen vom März 1990 für die geplante Broschüre der Volkskammer, in der die neuen Abgeordneten mit personenbezogenen Angaben und Fotos erscheinen sollen. Ihr Inhalt ist etwas pikant, denn im Wahlkreis 03 (Dresden) hat der Diplom-Chemiker Peter Hildebrand ein Mandat gewonnen und im Wahlkreis 12 (Potsdam) der Diplom-Ingenieur Matthias Platzeck. Platzecks Parteizugehörigkeit lautet Grüne Partei, während für Hildebrand «parteilos» angegeben ist. Genauso verhält es sich bei einer Liste der Spitzenkandidat/innen der Grünen Partei in den Bezirken: einer ist parteilos, nämlich Peter Hildebrand. Und genauso in den Wahlkampfzeitungen: Die Grüne Partei hat es angegeben, wenn einer ihrer Kandidaten parteilos war. Kurz: Matthias Platzeck ist im Rahmen der Wahlkampfführung der Grünen Partei als ihr Mitglied – und Minister – aufgetreten. Dabei hatte Matthias Platzeck im November 1989 entschieden gegen die Gründung der Grünen Partei Stellung bezogen und war stattdessen einer der wichtigsten Sprecher der Grünen Liga geworden, die er auch am Runden Tisch vertreten hatte. In der Wahlkampfstrategie vom Februar/März 1990 und in seinen Interviews erscheint er jedoch als Exponent der Grünen Partei, der die Einheit der ökologischen Bewegung jenseits des Unterschieds von Grüner Partei und Grüner Liga betont, auch wenn der heutige Ministerpräsident betont, damals als parteiloser Kandidat angetreten zu sein. Der Faszikel dokumentiert im Übrigen die Wahlkampforganisation der Grünen Partei mit Terminplanung, Wahlkampfmaterial, Anzeigen, Medieneinsatz, Meinungsumfragen und Auswertung.

Im zweiten Faszikel finden sich die entsprechenden Unterlagen zur Kommunalwahl im Mai 1990. Er enthält auch die Protokolle des DDR-Delegiertenrates

der Grünen Partei sowie das Protokoll der 1. gemeinsamen Sitzung von Vorstand, DDR-Delegiertenrat und Volkskammerfraktion. Die in meinen Augen wichtigsten Papiere der unter der Sign. 1 zusammengefassten Schnellhefter und Hüllen sind diejenigen zum Gründungsprozess der Grünen Partei vom Oktober und November 1989 mit Erklärungen, Protokollen, Kontaktadressen, die den Kontext der Entstehung der Grünen Partei im Gesamtzusammenhang von grün-ökologischem Netzwerk Arche, Stadtökologiegruppen im Kulturbund der DDR und Grüner Liste im Neuen Forum beleuchten. Hier befindet sich auch ein Schnellhefter mit Flugblättern, der ebenfalls einzelne Flugblätter der Gesellschaft für Natur und Umwelt enthält.

Die Papiere im Faszikel mit der Sign. 2 vertiefen den Eindruck. Sie sind teilweise älter, in der Regel aus den Jahren 1988/89. Die ältesten sind ein Brief von Pfr. Eppelmann an Honecker vom Sept. 1981 und der Berliner Appell vom 25.01.1982. Ein Teil dieser Papiere bezieht sich auf das grün-ökologische Netzwerk Arche. Unter anderem geht es um die Aufstellung eines Tschernobyl-Denkmals im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen im Januar/Februar 1989, um eine Protestresolution gegen das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, um die Durchführung von Treffen u.a.m. In diesem Faszikel befindet sich ferner ein Schnellhefter mit verschiedenen Aufrufen vom Herbst 1989, von Künstlern, von den Bürgerbewegungen Demokratie Jetzt, SDP, Neues Forum, Demokratischer Aufbruch und weniger bekannter Gruppen wie der Sozialistisch-Demokratischen Alternative (7.10.1989). Schließlich befinden sich in einem weiteren Schnellhefter Korrespondenzen und Protokolle aus dem Vorfeld der Einrichtung des Runden Tisches sowie vom Runden Tisch selbst.

Der Faszikel mit der Sign. 3 beginnt ganz persönlich. Einige Fotos und Porträtaufnahmen zeigen Gerhard Bächer im Gespräch mit Carlo Jordan und Vollrad Kuhn. Hier liegen auch zwei Delegiertenkarten und sein Mitgliedsausweis; Gerhard Bächer hatte den Mitgliedsausweis Nr. 2. Es folgen Unterlagen der Initiativgruppe zur Gründung der Grünen Partei. In einem Brief von Marianne Harich an Mario Hamel vom 21.10.1989 tritt sie entschieden für eine schnelle Parteigründung ein: für eine «Parteigründung, die schrittweise aus der Basis herauswächst», sei keine Zeit mehr. Sie spricht sich auch dagegen aus, allzuviel Rücksicht auf andere zu nehmen. «Die Grüne Partei der DDR sollte sich als völlig selbständige politische Organisation mit eigenem Programm und Statut formieren und dann erst Überlegungen darüber anstellen, in welchen konkreten Fragen, zu[r] Erreichung welcher gemeinsamer Ziele sie mit anderen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Gruppen und Initiativen Bündnisse schließen und auch praktisch zusammenwirken kann.» Zuletzt, auf Seite vier des maschinengeschriebenen Briefes, gibt sie zu denken, ob nicht die Mitglieder der Grünen Partei, «wenigstens aber ihre Funktionäre», auf ein Minimum alternativer Lebensweise verpflichtet werden sollten: «z.B. bescheidene Lebensführung unter Ausschluß von Autobesitz». Ein Brief von Wolfgang Harich kommentiert später den Programmentwurf. Dieser Faszikel ist dadurch besonders interessant, dass er in zahlreichen Briefen, Entwürfen und Erklärungen die Diskussion um die Gründung der Grünen Partei im Zusammenhang mit den Alternativentwürfen – Grüne-Alternative Partei (GAP), Grüne Liste – widerspiegelt. Die folgenden Papiere beziehen sich auf das Gründungsverfahren, die Gründungserklärung, die Programmdiskussion und schließlich den Gründungsparteitag in Halle. Mario Hamel ist bereits als Adressat von Briefen erwähnt. Generell verhält es sich so, dass der Archivbestand auch Briefe an

andere Akteure der Grünen Partei enthält, außer an Mario Hamel vor allem an Carlo Jordan.

Sign. 4 ist überwiegend eine Pressedokumentation aus dem Jahr 1990. Sie berührt als solche auch die Wahlen zu den Landtagen und zum Bundestag. Die Dokumente zur Wahlvorbereitung liegen überwiegend in Sign. 5. Hier befindet sich auch die vollständige Sammlung des Informationsblatts der Grünen Partei, das zwischen März und Dezember 1990 in insgesamt 12 Ausgaben erschienen ist. Sign. 6 enthält insbesondere Konzeptunterlagen zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Grünen Partei, Sign. 7 eine Sammlung von Pressemitteilungen aus dem Zeitraum März bis Dezember 1990. Die Belege, die den Großteil des Faszikels Sign. 8 ausmachen, beziehen sich auf Ausgaben des grün-ökologischen Netzwerks Arche in den Jahren 1988/1989. Es folgen zwei Mappen mit Protokollen und Sitzungsunterlagen zum Medienkontrollrat der DDR; an den entsprechenden Sitzungen hat Gerhard Bächer, so weit das vorläufig festzustellen war, nicht teilgenommen. Die beiden letzten Mappen enthalten «Verschiedenes». Sie machen zwar nicht weniger als ein Drittel des Ganzen aus, aber den Charakter des Bestands ändern sie deshalb noch nicht. Die Highlights des Bestands befinden sich in den ersten drei Signaturen, die deshalb ausführlicher beschrieben sind, die nachfolgenden enthalten die Brot-und-Butter-Arbeit einer Parteipressestelle. Vor allem auf die drei ersten stützt sich deshalb die Beurteilung des Quellenwertes: Das Depositum ist dadurch wertvoll, dass es erstens die Gründungsgeschichte der Grünen Partei im Kontext des persönlichen Engagements eines ihrer Gründungsmitglieder und zweitens die Wahlkampagnen und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Partei aus den Unterlagen des für die Pressearbeit Zuständigen anhand seiner originären Arbeitsunterlagen enthält.

4
Archivprojekte

ANNE VECHTEL

Christa Nickels zu den grünen Anfängen im Kreis Heinsberg, zur Rotation und zum Feminat[1]

Zeitzeuginnengespräch

Das Archiv Grünes Gedächtnis hat 2008 die Veranstaltungsreihe «ZeitzeugInnengespräche im Archiv» ins Leben gerufen. Mit diesen Gesprächen möchte das Archiv den Dialog zwischen jungen politisch Interessierten, Aktiven und den ersten grünen Politikerinnen und Politikern fördern, die bereits durch eine Generation getrennt sind. Es möchte subjektive Erinnerungen an die grünen Anfänge aufzeichnen und dokumentieren und damit politisch Interessierten und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit bieten, sowohl auf wissenschaftliche Analysen wie auf ZeitzeugInnengespräche zurückgreifen zu können.

Im Rahmen dieser Reihe war am 10. Juni 2008 Christa Nickels zu Besuch. Eindrucksvoll berichtete sie von ihren persönlichen politischen Anfängen und denen der Grünen im Kreis Heinsberg. Sie erinnerte an vergessene und nicht genügend gewürdigte Aspekte, Bedingungen und Wirkungen grüner Parteigeschichte und bewertete die viel und kontrovers diskutierten Markenzeichen der ersten Bundestagsfraktion – Rotation und Feminat – aus ihrer heutigen Perspektive. Dabei wurde deutlich, dass sich im Verlauf der fast 30-jährigen Parteigeschichte bestimmte Erinnerungen und Interpretationen verfestigt haben, die heute vervollständigt und neu bewertet werden sollten.

Die grünen Anfänge im ländlichen Kreis Heinsberg

Im Kreis Heinsberg, dem westlichsten Landkreis Nordrhein-Westfalens an der Grenze zu den Niederlanden, gibt es in den 60er- und 70er-Jahren keine größeren Städte und Industrieansiedlungen. Der nördliche Kreis hat einige größere Gewerbebetriebe und kleinere Städte, während der südliche Kreis eher bäuerlich geprägt ist.

Hier wächst Christa Nickels auf. Sie besucht ein katholisches Mädchengymnasium, macht 1971 Abitur und wird Krankenschwester. Sie heiratet und bekommt zwei Kinder.

1 Dieser Bericht basiert auf einem Tonmitschnitt des Gesprächs, das Anne Vechtel mit Christa Nickels am 10.06.2008 im AGG in Berlin führte. Die Autorin hat aus der Fülle des Materials ihr wichtig erscheinende Themen ausgewählt und diese zusammen mit ihren Erinnerungen an das Gespräch in diesem Bericht zusammengetragen. Die *kursiv* gekennzeichneten Zitate wurden in Abstimmung mit Christa Nickels aus Gründen der Lesbarkeit redaktionell bearbeitet. Das gesamte Gespräch steht als Tonkassette im Archiv Grünes Gedächtnis zur Nutzung zur Verfügung.

Soweit scheint die Welt im Kreis Heinsberg in Ordnung zu sein, wären da nicht im Fernsehen Bilder vom Vietnamkrieg und der Hungerkatastrophe in Biafra zu sehen, die Christa Nickels schockieren und empören. Und als Mitte der 70er-Jahre die SPD-Regierung unter Helmut Schmidt beginnt, Atomenergie massiv zu fördern, und immer deutlicher wird, dass dem Kreis Heinsberg in der westlichen Militärstrategie eine ganz besondere Stellung droht, nämlich die Auf- und Hochrüstung mit amerikanischen atomar bestückten Pershing-II-Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern, drängt es Christa Nickels zum Handeln.[2] Sie ist als engagierte Christin verunsichert und empört über eine Politik, die viel Geld zur Förderung einer Energie- und Militärpolitik ausgibt, die Menschen gefährdet, Geld, das dann beispielsweise bei der Förderung guter Kinderbetreuung eingespart wird. Ihr reichen Beten und Hoffen nicht mehr. Sie sucht nach Möglichkeiten, sich politisch einzubringen und schaut sich bei der örtlichen CDU und SPD um. Christa Nickels entscheidet sich aber gegen ein Engagement bei diesen beiden Parteien.

> *Christa Nickels: «Und da wurde mir von der SPD gesagt: Du willst doch politisch etwas machen. Dann musst du doch in eine Partei eintreten. […] Aber ich habe mich geweigert, mich an so etwas Verschwiemeltem zu beteiligen, was die Kraft von Menschen neutralisiert, weil die Parteispitze in wesentlichen Fragen ganz anders agierte als Parteiprogramm und -basis es wollten. Und dann kamen ja die verschiedenen Vorläuferparteien der Grünen auf.»*

In dieser für sie unbefriedigenden Situation begegnet ihr im Europawahlkampf 1979 Herbert Gruhl mit seiner Grünen Aktion Zukunft (GAZ). Die GAZ ist eine der Gründungsorganisationen der Grünen, die sich in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre in der politischen Öffentlichkeit der BRD melden. Neben der GAZ zählen die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) in Niedersachsen, die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) in Bayern, die Freie Internationale Universität (FIU) in Düsseldorf um den Künstler Joseph Beuys und der Achberger Kreis vom Bodensee zu den Vorläufern.[3]

Diese Organisationen eröffnen Christa Nickels die politische Alternative. In Heinsberg wird um die Jahreswende 1978/1979 von einer kleineren Gruppe von ungefähr zehn Engagierten ein Kreisverband der GAZ gegründet, der dann im Europawahlkampf im Juni 1979 vor Ort die charakteristischen grünen Plakate klebt und für die «Sonstige Politische Vereinigung Die Grünen» Öffentlichkeitsarbeit macht. Christa

2 Hier ist die Entwicklung hin zum Nato-Doppelbeschluss von 1979 gemeint. Er bestand aus zwei Teilen: aus dem Angebot zu Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt über die beiderseitige Begrenzung von sowjetischen und amerikanischen atomaren Mittelstreckenraketen und, für den Fall des Scheiterns dieser Verhandlungen, aus der Androhung mit der Aufstellung einer neuen Generation atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

3 GAZ (Herbert Gruhl tritt aus der CDU aus und gründet im Juli 1978 die Grüne Aktion Zukunft); GLU (seit 1977 in Niedersachsen aktiv); AUD (die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher wurde bereits 1965 gegründet, nach einer programmatischen Wendung in Richtung Ökologie erfolgte 1980 der Auflösungsbeschluss zugunsten der Grünen); FIU (Free International University 1973-1988, u.a. von den Künstlern Joseph Beuys, Klaus Staeck und Georg Meistermann gegründet); Achberger Kreis (Anthroposophenkreis vom Bodensee).

Nickels meldet ihren Wunsch nach Mitgliedschaft bei der GAZ Heinsberg an, die ihr dann aber nach dem Europawahlkampf rät, nicht mehr Mitglied der GAZ zu werden, weil sich im Winter eine nordrhein-westfälische Landespartei Die Grünen gründen, und die GAZ sich auflösen werde. Christa Nickels gründet daraufhin im Dezember 1979 in Hersel bei Bonn die Grünen NRW mit. Daran beteiligt sind auch die zehn Mitglieder der GAZ aus Heinsberg, die der neuen Partei geschlossen beitreten. Im Anschluss an die Gründung der grünen Landespartei wird im Januar 1980 dann bereits der Kreisverband Heinsberg der Grünen gegründet. Die Parteigründung ist politisch und strategisch nicht umstritten. Themen und Auftreten der neuen Partei lassen Christa Nickels aufatmen.

> *Christa Nickels: «Für mich war das ein richtiger Befreiungsschlag endlich nicht mehr nur diese ewig von grauen Wahlplakaten grinsenden Männerköpfe zu sehen, sondern dann auch endlich mal ein Plakat in lebendigen Farben mit einer Aussage, die einfach stimmte: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.»*

Und die Resonanz auf die neue Partei im Kreis Heinsberg gibt ihr Recht.

> *Christa Nickels: «Das war für mich der Beweis dafür, dass die Gründung der Grünen kein theoretisches Konstrukt war, sondern von vielen aus der Bevölkerung regelrecht als Befreiungsschlag empfunden wurde. Wir haben da eine Lücke gefüllt.»*

Unter den Gründer/innen der Heinsberger Grünen sind junge Abiturient/innen und ältere Menschen, und das unterscheidet sie von den stark studentisch geprägten großstädtischen grünen Milieus. Die älteren Grünen kommen z.T. aus etablierten großen Organisationen wie der Kirche. Es sind auch einige darunter, die sich bereits in den 50er-Jahren in der Anti-Atomtod-Bewegung engagiert haben. Diese, so Christa Nickels, wertkonservativen Menschen sind für den Aufbau und die Etablierung der politischen Arbeit der neuen Partei enorm wichtig. Sie haben Erfahrung in politischer Arbeit, sie haben Know-how und können ein Projekt organisieren und zusammenhalten. Und sie haben das in dieser besonderen politischen Situation notwendige soziale und wirtschaftliche Standing, das die Mitglieder der jungen Partei vor den massiven persönlichen Angriffen schützt, denen sie auf dem Land ausgesetzt sind. Das grüne Projekt ist auf dem Land kein linkes, sondern in erster Linie ein von Wertkonservativen getragenes.

> *Christa Nickels: «Das grüne Projekt ist keine linksradikale Gründung. Es war tatsächlich ein breites Gründerspektrum, und ich behaupte mal einfach, dass die Linken zwar den Drive gebracht haben, aber dass uns der Gründungsprozess mit seinen vielen Sprengkräften nicht um die Ohren geflogen ist, hat auch etwas damit zu tun, dass da Wertkonservative waren, die einen Laden zusammenhalten konnten, die bei Sitzungen so lange sitzen blieben, bis die wichtigen Beschlüsse gefasst wurden, und so mit dafür gesorgt haben, dass da was Vernünftiges dabei herauskam.»*

Im Kreis Heinsberg gibt es Anfang 1980 eine neue grüne Partei, die sich direkt zu einer wichtigen Anlaufstelle für die Bevölkerung entwickelt. Sie ist die Adressatin, wenn es um den Raketenstandort Geilenkirchen, AKWs und, zur Überraschung von Christa Nickels, um Umweltskandale geht. Erdreichverseuchungen, Wasserverschmutzungen und falsche Spritzmitteleinsätze werden den Grünen angezeigt, und die Partei organisiert dann die politische Gegenöffentlichkeit.

> *Christa Nickels: «Ich hatte mich zwar von Haus aus immer für die Umwelt interessiert, hatte aber vor der Tür keinen Anlass, mich zu engagieren. Das kam dann mit der Gründung. Als wir als KV Die Grünen namhaft waren, haben alle Leute uns als Petitions- und Beschwerdeausschuss für sämtliche Umweltangelegenheiten angesehen. Egal ob es sich um kleine Sachen wie falschen Spritzmitteleinsatz oder Hecken roden oder um große Skandale wie den um die Reaktivierung des Militärflughafens handelte, bei der massenhaft kontaminiertes Erdreich in Naturschutzgebiete geschüttet wurde.»*

Ein breites Bündnis organisiert 1982 den ersten Ostermarsch in der Region, demonstriert mit dem Aachener Friedenskreuz[4] gegen Raketenstandorte, steigt in Fabrikgelände ein und bringt Umweltverschmutzungen ans Licht. Die Medien, wie z.B. das Fernsehmagazin Monitor, sind interessiert, kommen, und das ZDF berichtet bundesweit.

> *Christa Nickels: «Die Grünen haben bei uns die erste Demo seit der Nachkriegszeit veranstaltet. Wir waren das Ferment, das die Leute zusammenbrachte. In dieser sozialen Gemengelage haben viele gesucht, und wir haben ihnen mit Studien und Infos das Rüstzeug an die Hand gegeben, das zeigte, dass es auch anders geht. Wir waren ansprechbar für Initiativen aus der Bevölkerung und haben dann Bürgerinitiativen erst ins Leben gerufen. Friedensbewegung, auch Frauenbewegung, das gab es bei uns alles nicht. Und die hätten sich nicht zusammengefunden, wenn die Grünen da nicht den Drive rein gebracht hätten.»*

Eine schwierige, aber fast unerlässliche Bündnispartnerin ist auch in Christa Nickels Umfeld die DKP. Die zermürbenden Auseinandersetzungen um jedes Flugblatt auszuhalten ist nicht leicht. Die Konzentration auf sachliche politische Arbeit macht auch diese schwierige Partnerin erträglich und führt letztlich dazu, dass das grüne Projekt sich stabilisieren und verbreitern kann.

> *Christa Nickels: «Wir waren Gegner der DKP, die wir als verlogen empfunden haben, weil sie einseitig gegen die Nato agitierte. […] Wir hatten kein Problem damit, die Informationen, die diese vermutlich vom DDR-Geheimdienst hatte, für unsere Publikationen zu benutzen. Wir haben das natürlich erst einmal nicht geglaubt und verifiziert, bevor wir es benutzt haben. Wir hatten große Probleme, an Infos zu den Waffensystemen, die bei uns stationiert wurden, zu kommen. Wenn man sich bei uns erkundigte, wurde man belogen. Unsere Informationen stammten deshalb aus den Jahresberichten der*

4 Ein christliches Symbol der Aussöhnung mit Frankreich aus den 50er-Jahren.

Kunigunde Birle, Petra Kelly, Christa Nickels, Gerda Degen (v.l.n.r.) bei einer Veranstaltung der Friedensbewegung in Geilenkirchen am 14.2.1981.

> *amerikanischen Rüstungsfirmen, die wir persönlich angeschrieben haben. Wir haben uns nicht in Abgrenzungskämpfen inhaltsleerer Art erschöpft, sondern in der Sache gearbeitet und bei uns gibt es kein Flugblatt, das nicht Abrüstung in Ost und West fordert.»*

Bestärkt in dieser Bündnispolitik und in ihrem Politikstil wird Christa Nickels durch die frühe Begegnung mit Petra Kelly, die ihr wegen ihres amerikanisch geprägten Stils auffällt. Petra Kelly kommt zu Aktionen der Heinsberger Grünen. Sie tritt persönlich auf. Und auf Parteitagen ist sie nicht nur auf dem Podium zu sehen, sondern diskutiert mit den Delegierten. Sie beeindruckt Christa Nickels, weil sie an einem internationalen, globalen grünen Netzwerk aus den unterschiedlichsten Persönlichkeiten und Gruppen arbeitet. Diese persönliche und basisorientierte Arbeit verbindet sich bei Petra Kelly mit einer in langjähriger Tätigkeit als EU-Verwaltungsrätin erworbenen politischen Sachkompetenz besonders in Wirtschafts- und Sozial-, Umwelt- und Frauenpolitik. Und, dies erinnert Christa Nickels als besonders eindrucksvoll, sie kann politisch begabte Menschen für das Politikmachen gewinnen. So bittet Petra Kelly 1982 Christa Nickels, nach Japan zu reisen und dort beim Hiroshima-Gedenktag der japanischen Friedensbewegung für die deutsche Friedensbewegung und die Grünen zu sprechen.

Diese Art Politik zu machen, nämlich bündnis- und basisorientiert, scheint Christa Nickels auch die einzig erfolgversprechende auf dem Land zu sein. Die

politischen Gegner/innen der Grünen sind ihr alle persönlich bekannt, und sie muss, will sie ein Anliegen vorantreiben, z.B. bei einem Schützenfest mit dem Bürgermeister einer Gemeinde sprechen, in dessen Gebiet die Grünen gerade eine Umweltverschmutzung skandalisieren.

> *Christa Nickels: «Petra Kelly habe ich schon sehr früh kennengelernt. Für mich ist sie eine historische Persönlichkeit, die in die gleiche Reihe gehört wie Willy Brandt. Sie hatte einen ganz anderen, modernen, amerikanisch geprägten und viel effizienteren Stil als hierzulande üblich. Sie war eine internationale Person mit Kontakten in die USA, Japan, Australien. Sie war eine Frau mit großer politischer und beruflicher Erfahrung, die sie in zehn Jahren Arbeit als EU-Verwaltungsrätin gesammelt hatte. Und sie arbeitete an einem internationalen, fachlichen, generationen- und schichtenübergreifenden globalen Netzwerk. Ich habe sie auf Parteitagen erlebt, da war sie immer unter den Delegierten unterwegs und führte persönliche Gespräche. Wir haben sie angeschrieben, und sie kam tatsächlich zum Ostermarsch 1982 zu uns raus. Und sie hat mich dann dazu motiviert, sie bei der Ansprache der japanischen Friedensbewegung zum Jahrestag des Atombombenabwurfs zu vertreten. Einen solchen Politikstil sollten Parteien heute, jenseits von Stipendienvergabe, wieder vermehrt praktizieren. Sie sollten sich in ihrem Umfeld nach politisch begabten Menschen umschauen und sie für das Politikmachen gewinnen.»*

Erfolg haben die Grünen in Heinsberg, so betont Christa Nickels, weil sie in einem breiten politischen Spektrum und im Bündnis mit unterschiedlichsten Menschen und Gruppen arbeiten, weil sie Menschen anderer Meinung ernst nehmen und sich mit ihnen persönlich und sachorientiert auseinandersetzen.

Die Rotation in der ersten Bundestagsfraktion

> *Christa Nickels: «Mich hat das, was hinter der Rotation stand, fasziniert […] Wir waren der Meinung, dass das Parlament durchlässiger gemacht werden muss und alle Menschen Gelegenheit bekommen müssen, Politik mitgestalten zu können. Wir waren der Meinung, dass Menschen mit ganz gewöhnlicher Alltags- und Berufserfahrung politische Gestaltungsmacht auf Zeit bekommen sollten, weil sie die authentischen Experten sind. Und die anschließend mit dem Wissen, das man in der Politik erworben hat, wieder in die normalen Lebens- und Berufssphären gehen sollten. Die Politiker/innen sollten sozusagen als Multiplikator/innen dienen, die die Menschen zur Selbstermächtigung bringen. Das ist Demokratie, Volksherrschaft. […] Dieser Ansatz scheint mir heute wichtiger denn je, denn das Berufsleben hat sich so beschleunigt und flexibilisiert, dass ein normaler Beruf fast zu einem Ausschlusskriterium fürs Politikmachen geworden ist, weil die Arbeitsweisen nicht zusammengehen. Unser grünes Rotationsmodell hat allerdings den Praxislangtest für einen solchen Anspruch in keiner Variante bestanden.»*

Die neue grüne Partei entsteht auch aus Verdruss an der politischen Klasse der 60er- und 70er-Jahre, deren Abgehobenheit, Spießigkeit und Filz die Grünen kritisieren. Sie wollen eine grundsätzliche demokratische Erneuerung. Sie wissen, dass sie sich alternativ organisieren müssen, um lebendig, durchlässig und damit demokratisch sein zu können. Frauen und Männer aus allen Bevölkerungsschichten mit Lebens- und Berufserfahrung sollen Politik auf Zeit machen können. So soll ein abgeschottetes Berufspolitikertum verhindert und dafür gesorgt werden, dass Menschen mit einer ganz normalen privaten und beruflichen Biographie in die Politik gehen können. Um dies gewährleisten zu können, müssen neue Verfahrensweisen eingesetzt werden. Die Instrumente heißen Rotation bei Ämtern und Mandaten, offene Listen und Mindestquotierung bei Listenaufstellungen zu Wahlen.[5]

Die Grünen knüpfen große Hoffnungen an das Rotationsprinzip, als sie sich 1983 für den Bundestag zur Wahl stellen. Allerdings sitzen sie, so Christa Nickels heute, unter den organisatorischen und politischen Bedingungen der frühen grünen Partei einer Lebenslüge auf. Denn die Rotation kann nur mit Bürogemeinschaften von Vor- und Nachrückern[6] funktionieren, die sowohl persönlich wie politisch harmonieren. In der ersten Fraktion gibt es solche Bürogemeinschaften nur in Ausnahmefällen. Im Normalfall bietet die Bürogemeinschaft dagegen viel persönlichen wie politischen Konfliktstoff. Oft finden sich nicht einmal Abgeordnete zusammen, die im gleichen Politikfeld geschweige denn mit vergleichbaren politischen Vorstellungen arbeiten. Und nur wenige Abgeordnete haben Berufe mit Rückkehransprüchen zur persönlichen Absicherung im Hintergrund. Für viele ist ein Bundestagsmandat oder die Querrotation in ein Parteiamt eine berufliche Option. Auch Christa Nickels riskiert beruflich recht viel, als sie sich auf dieses Rotationsmodell einlässt. Sie hat keinen Rückkehranspruch auf ihren alten Arbeitsplatz im Krankenhaus von Heinsberg.

> *Christa Nickels: «Die Rotation war extrem anstrengend und teuer, und die damit verbundenen basisdemokratischen Utopien konnte sie nicht einlösen. Aber dennoch haben sich in der schwierigen Gründungszeit die monetären Kosten dafür gelohnt. Das war richtig gut angelegtes Geld. Und zwar deshalb, weil sich ja die Nachrücker oder Wegrücker nicht auf die faule Haut gelegt haben, sondern tatsächlich mit der doppelten personellen Besetzung gearbeitet wurde. Die jeweiligen Abgeordneten waren im Parlament sehr eingespannt, so dass die Nachrücker oder Wegrücker mehr in die Gesellschaft hinein gearbeitet haben. Ich habe als Wegrückerin z.B. die erste große NRW-Frauenversammlung mit 1000 Frauen mit organisiert, die Quotierung, das Frauenstatut und die erste Frauenreferentin in unserer Partei mit durchgekämpft. Alles, was mit den Grünen verbunden wird, gewaltfreie Strategie, Abrüstung, Umweltpolitik, Gleichberechtigung der Geschlechter, ist*

5 Offene Listen setzen für eine Listenaufstellung nicht die Parteizugehörigkeit voraus. Die Mindestquotierung regelt, dass Frauen die ungeraden Listenplätze bekommen, d.h. der 1. Platz, der 3. Platz usw. sind Frauenplätze.

6 Bürogemeinschaften bestanden aus zwei Abgeordneten, die Vorrücker hatten das Mandat die ersten zwei Jahre inne, die Nachrücker die letzten zwei Jahre der Legislaturperiode. Beide konnten aber die vollen vier Jahre in der Fraktion arbeiten, einmal zwei Jahre mit offiziellem Mandat, dann zwei Jahre ohne Mandat, aber als stimmberechtigtes Fraktionsmitglied.

Christa Nickels bei der 1. Bundesfrauenkonferenz der Grünen vom 19.-20.10.1985 in Köln.

> *in dieser schwierigen Zeit dadurch, dass mit doppelter Besetzung gearbeitet werden konnte, die über aktuelles Know-how verfügte, in die Gesellschaft imprägniert worden und umgekehrt, haben wir den Bundestag damit imprägniert.»*

So arbeiten faktisch 58 stimmberechtigte Fraktionsangehörige vier Jahre in der 10. Wahlperiode.[7] Sie beauftragen mit ihren kleinen und großen Anfragen die Ministerialbürokratie damit, grüne politische Themen wissenschaftlich zu bearbeiten, und lösen einen regelrechten Modernisierungsschub in der Verwaltung des Bundestages aus. Sie beauftragen aber auch Gutachten bei Experten und Forschern ihres thematischen und politischen Umfeldes und legen damit den Grundstock für wissenschaftliche Karrieren und neue Institute, die ohne die Nachfrage nach Themen der Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung aus Partei und Bundestagsfraktion nicht entstanden wären. Die Verbraucherinitiative und die Öko-Institute sind hierfür Beispiele.

Trotz dieser Erfolgsbilanz, die Christa Nickels dem Rotationsprinzip in der Gründungsphase bescheinigt, konnte die ursprüngliche Hauptforderung damit nicht eingelöst werden, und diese ist aktueller denn je. Eine parlamentarische Demokratie, die ihren Auftrag ernst nimmt, muss sich Gedanken darüber machen, wie sie effektive Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger gestaltet, das Parteienmonopol durchlässig und Politikmachen attraktiv macht.

7 Der ersten grünen Bundestagsfraktion gehörten 28 Abgeordnete an, dazu kamen zwei Vertreter/innen aus dem Saarland und Bremen, wo die Grünen die 5% Hürde nicht genommen hatten. Insgesamt hatte die Fraktion 58 stimmberechtigte Mitglieder.

Der weibliche Vorstand in der ersten Bundestagsfraktion

> *Christa Nickels: «Die Fraktion hat den weiblichen Fraktionsvorstand geschluckt, nicht weil sie der Meinung war, jetzt ein großes feministisches Projekt starten zu wollen, sondern weil sie dieser Frauenkonstellation fachlich und menschlich zutraute, die schwierige Hürde Rotation zu nehmen.»*

Die Bundestagsfraktion ist 1984 in einer schwierigen Lage. Der Fraktionsvorstand muss neu gewählt werden, und die Umsetzung der Rotation steht an. Die sechs Abgeordneten, die dann den zweiten Vorstand bilden, finden sich nach langen Vorgesprächen zusammen und formulieren ihre Bedingung für die Übernahme dieser schwierigen Position. Sie wollen nicht getrennt und nur in der von ihnen vorgeschlagenen Konstellation gewählt werden. Christa Nickels, Annemarie Borgmann, Heidemarie Dann, Waltraud Schoppe, Antje Vollmer und Erika Hickel ist bewusst, dass sie die typische Lösung in einer fast typischen politischen Situation sind.[8]

> *Christa Nickels: «Unorthodoxe befähigte Kandidatinnen und auch Kandidaten kommen meistens nur dann zum Zuge, wenn die Karre so im Dreck steckt, dass die vielen Herren, die meinen, die großen Oberstrategen zu sein, sich nicht verbrennen wollen. […] Wenn Frauen dann zugreifen, ist das doch nur gut. Ich würde mir wünschen, dass das dann nicht immer Alleingänge sein müssen. Wir hatten damals die Möglichkeit, weil alle sechs Fraktionsvorstandsmitglieder neu gewählt wurden, und wir sechs Frauen vom «Feminat» haben uns davon eine große persönlich-familiäre Erleichterung bei der Ausübung dieser schwierigen Aufgabe erhofft. Die auch, bei allen Dissensen, eingetreten ist.»*

Die grünen Frauen ergreifen diese Chance und stellen ihre Bedingungen. Sie übernehmen die Aufgabe, aber nur in der von ihnen selbst bestimmten personellen Konstellation, von der sie wissen, das sie verlässlich ist, professionelles, konkurrenzfreies Arbeiten garantiert und Rücksichtnahmen auf familiäre Anforderungen aushält. Insofern ist das von den Medien so bezeichnete Feminat nicht als «feministischer Coup» in die eigene Fraktion oder ins Parlament hinein angelegt. Allerdings ist den Politikerinnen bewusst, dass sie in dieser besonderen Konstellation und mit der Virulenz der Neuen Frauenbewegung im Hintergrund erfolgreich sein müssen, wollen sie Frauen in der Politik und der Frauenbewegung insgesamt keinen Bärendienst erweisen. Frauen haben sich bei den Grünen relativ gute Startbedingungen für das Politikmachen erkämpft. Die Mindestquotierung bei Listenaufstellungen und die 50%-Quotierung bei Ämtern und Mandaten sorgen dafür, dass zahlenmäßig genug Frauen da sind, die Erfahrung und Qualifikation erwerben und entscheidende Positionen einnehmen können. Dies ist auch der Grund dafür, dass 1984 gleich sechs qualifizierte Frauen für den Fraktionsvorstand zur Verfügung stehen. Die zahlenmä-

8 Die sechs Politikerinnen, die den weiblichen Fraktionsvorstand 1984-1985 stellten: Die Sprecherinnen Waltraud Schoppe, Antje Vollmer, Annemarie Borgmann und die drei parlamentarischen Geschäftsführerinnen Christa Nickels, Erika Hickel, Heidemarie Dann.

ßige Stärke bewirkt darüber hinaus auch, dass politischer Streit und scharfe Auseinandersetzungen produktiv bleiben können. So bewertet Christa Nickels heute die heftige frauenpolitische Auseinandersetzung zwischen Müttern und Feministinnen bei den Grünen in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre als konstruktiv und politisch langfristig wirkend. Grüne Frauen verändern das Klima und setzen Themen. «Gewalt gegen Frauen», «§ 218», «Vereinbarkeit von Beruf und Familie», «Mehr Zeit und Geld für Kinder» und das «Antidiskriminierungsgesetz» sind Themen, die heute zum politischen Mainstream gehören und von den vielen qualifizierten Frauen der ersten Bundestagsfraktion durch kontroverse und scharfe Auseinandersetzungen angestoßen werden konnten. Langfristig betrachtet haben sowohl das Rotationsprinzip als auch die Quotierungsregelung dazu beigetragen, grüne Inhalte zu positionieren.

> *Christa Nickels: «Das Lob […] für die grünen frauenpolitischen Inhalte und Themen greift zu kurz, wenn es nicht gleichzeitig die Instrumente, Quotierung und Frauenvorstand, mit einschließt, die die professionelle Bearbeitung und damit Etablierung dieser Themen erst ermöglichten. Dabei hat sich das Instrument Quotierung bis heute bewährt. Die in das Rotationsprinzip gesetzten Erwartungen dagegen nicht. Um die damit verbundenen Erwartungen sicher in der politischen Praxis zu verankern, müssen wir uns etwas besseres einfallen lassen.»*

5
Neuerscheinungen

CHRISTOPH BECKER-SCHAUM

68er-Nachlese

Sechs Jahrzehnte alt ist die Bundesrepublik inzwischen, und vierzig Jahre sind seit «68» vergangen, aber über die Deutung von «68» im Rahmen der bundesrepublikanischen Geschichte besteht bis heute so wenig Übereinstimmung wie eh und je. Dabei war «68» kein spezifisch deutsches Ereignis. Überall in den entwickelten Industriegesellschaften des Westens, aber nicht nur dort, sondern auch in Mittel-Ost-Europa, Lateinamerika und Ostasien, kam es zu einer Kulmination von Protestbewegungen. Allerdings, je weiter man den Bogen spannt, desto heterogener wird der Inhalt, der mit der Chiffre «68» bezeichnet wird. Dabei deutet die Verwendung der Jahreszahl «68» – oder die des Monatsnamens Mai – auf eine einmalige kurze Revolte. Die meisten Histroriker/innen nehmen aber in ihrer Interpretation Bezug auf eine Überlagerung und Kulmination von unterschiedlichen mittel- und langfristigen Prozessen, die sich von Land zu Land durchaus unterscheiden können. Um nur einige zu nennen: die tiefgreifende Modernisierung der westlichen Industriegesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg und die Entladung der mit ihr verbundenen Spannungen; die Außerparlamentarische Opposition gegen die Große Koalition und speziell gegen die Notstandsgesetze; die amerikanische und internationale Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg; der jugendkulturelle Protest gegen die Konkurrenz-Leistungs-Konsum-Gesellschaft; der Generationenkonflikt der ersten Nachkriegsgeneration, d.h. der ersten Generation, die nach dem Nationalsozialismus sozialisiert worden ist, mit ihren Vätern, Großvätern und Müttern. Da die 68er-Bewegungen, zumindest in den entwickelten Industriegesellschaften des Westens, zur radikalen politischen Linken gehörten, mussten sie sich gegenüber dem sozialdemokratischen Reformismus wie gegenüber dem stalinistischen Kommunismus definieren. Das führte zum Durchbruch neomarxistischer Theorien. Daneben blieb ein Rest von Einvernehmen mit der stalinistischen Herrschaftspraxis trotz der bekannten Verbrechen unausrottbar, namentlich der Schauprozesse der 30er-Jahre, des Putsches in der Tschechoslowakei 1948, der Niederschlagung des 17. Juni 1953 und des Ungarnaufstandes 1956. Entsprechend groß waren die Hoffnungen, die mit dem Prager Frühling verbunden waren.

Für die Deutung von «68» ist die Frage, welchen Beitrag die 68er-Generation zur Überwindung autoritärer und deutsch-nationaler Restbestände und damit zur Liberalisierung der Bundesrepublik geleistet hat, immer eine maßgebliche gewesen. Dagegen nimmt die schärfste Verneinung der Liberalisierungsthese als Begründung in Anspruch, dass die 68er-Bewegung den Terrorismus der RAF hervorgebracht habe. Dabei gibt es starke Parallelen zwischen Deutschland und Italien. Dass das postfaschistische Italien und das post-nationalsozialistische Deutschland die beiden Länder sind, die am meisten unter dem Terrorismus zu leiden hatten, gehört auch zum Deutungshorizont von «68». In Italien, schien mir aufgrund der Auslagen der

Buchhandlungen, hat der dreißigste Jahrestag der Ermordung von Aldo Moro mehr Resonanz gefunden als der vierzigste von Sessantotto. In Deutschland sieht es kaum anders aus.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat in diesem Jahr die Verbreitung eines Buchs befördert, das wie kaum ein anderes gegen die Liberalismus-These polemisiert. Den polemischen Charakter des Buches von Götz Aly zeigen schon der Titel «Unser Kampf» und nicht weniger die Kapitelüberschriften «Kraft durch Freude, Lust durch Aktion», «Machtergreifung in Westberlin», «Hemmungslos deutsch: USA-SA-SS» etc. Hemmungslos ist jedenfalls die Schreibart. Pöbeleien wie die folgende empfinde ich unverzeihlich: «[...] Bild linker Demonstrationen: Nach dem Block der Lehrergewerkschaft kommt der Schwulenblock, dann folgen, die Reihen fest geschlossen, die Ärzte gegen den Atomtod [...]» (S. 46). Die These des Autors ist jedenfalls unmissverständlich: die Achtundsechziger sind die Kinder der Dreiunddreißiger. Götz Aly muss deshalb die herrschende Meinung revidieren, dass die 68er-Generation als Nachkriegs- und Nach-NS-Generation die politische Auseinandersetzung mit der «Väter-Täter-Generation» geführt habe. Die 68er, so die Behauptung des Autors, hätten die damalige juristische Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die nicht nur mit dem Auschwitzprozess die ganze Breite der nationalsozialistischen Verbrechen ins Visier genommen hatte, nicht einmal wahrgenommen (S. 151/152). Sie hätten den Nationalsozialismus vielmehr verdrängt, und schon gar nicht könnten sie für sich in Anspruch nehmen, die Aufarbeitung durch beharrliches Nachfragen und Bohren in Gang gesetzt zu haben.

Als Bilanz gibt sich das «Achtundsechzig»-Buch von Wolfgang Kraushaar und zumindest in den zentralen Kapiteln, in denen er von den Konstitutionsfaktoren, der Kulturrevolution, den Dynamiken und den Kampagnen handelt, kann es als eine solche gelten. Nicht begründet scheinen mir dagegen seine Retuschen am Bild von Rudi Dutschke zu sein. Um aus dem entschiedenen Internationalisten einen überzeugten Nationalen zu machen, reicht es nicht aus, auf einen mehr als 10 Jahre nach seinem Tod bekannt gewordenen Text zu verweisen (S. 44 und öfter). Wolfgang Kraushaar laboriert mit den Schwierigkeiten, die sich aus den Widersprüchen zwischen einer massenkulturellen und einer elitenzentrierten Argumentation ergeben. Wo Norbert Frei gleich auf dem Klappentext vom Lebensgefühl Hunderttausender spricht, die 1968 für eine antiautoritäre, d.h. auf Vernunft und Konsens beruhende, Gesellschaft auf die Straße gegangen seien, schätzt Wolfgang Kraushaar, «die Anzahl der einstigen Aktivisten dürfte [...] kaum über 10000 gelegen haben» (S. 58). Seine Darstellung fokussiert auf eine kleine Minderheit um den SDS als Kern der Bewegung, die einem Bonmot zufolge auf den Stehplätzen des Stadions von Wacker Burghausen Platz findet, und nicht auf ein Generationenphänomen. Dass er die Entscheidung, mit welchem Ansatz – kleine Minderheit oder Generationenkohorte – das Phänomen der 68er-Bewegung zutreffender angegangen wird, mit einem Hinweis auf theoretische Probleme des Generationenbegriffs bei Karl Mannheim fällt, hat mich nicht überzeugt. Wolfgang Kraushaar jedenfalls verwirft die Generationenkohorte, aber damit ruiniert er sein Eingangskapitel über die Hippiebewegung, das an der Stelle nur richtig wäre, wenn er den anderen Ansatz gewählt hätte. Um als eine «Bilanz» gelten zu können, benutzt Wolfgang Kraushaar teils problematische Kategorien. Einer dieser Grundbegriffe ist der des Ursprungsmythos. Als solche gelten ihm Gewalt, Sexualität und Dritte Welt. «Die Gewalt», schreibt er (S. 82), «war

das insgeheime Magnetfeld der Achtundsechzigerbewegung.» Das ist starker Tobak und kann so, wie Kraushaar argumentiert, nicht als gerechtfertigt gelten. Wenn es darum geht, «insgeheime» oder Substrukturen bloßzulegen, bleibt seine dualistische Betrachtungsweise – u.a. Martin Luther King und das Prinzip der gewaltfreien Aktion vs. Stokely Carmichael und die gewalttätige Militanz der Black-Power-Bewegung – an Oberflächenphänomenen kleben. Sein Elitismus treibt ganz zuletzt noch eine sonderbare Blüte hervor, wenn er auf das protestantische Pfarrhaus als Ursprung der 68er verweist (S. 270). Für was alles hat dieses Pfarrhaus nicht schon als Begründung herhalten müssen: für die Aufklärung, den Idealismus, die Romantik bis hin zu Nietzsche u.a.m. Ich bin dafür, es aus der Verantwortung für die 68er zu entlassen, sonst hat es am Ende noch die RAF am Hals.

Der Generationenkonflikt über den Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und über das Verhalten der Vätergeneration während des Nationalsozialismus machen den Ansatz aus, den Norbert Frei gewählt hat. Sein Kapitel «Kinder der Verdrängung. Die Geburt einer Generation aus dem Geist der NS-Kritik» liest sich als Gegentext primär zu Götz Aly, aber aus den genannten Gründen auch zu Wolfgang Kraushaar. Ein solcher Generationenkonflikt muss über Jahre wachsen und sich aufladen. Erst dann lässt sich die Eruption des Protestes in den Jahren 1967/68 verstehen. Auf dieser Basis kann Norbert Frei ein Panorama der weltweiten Protestbewegungen zeichnen, das außer der alten Bundesrepublik Frankreich, die USA, Japan, Italien, die Niederlande, Großbritannien, die Tschechoslowakei, Polen und die DDR, aber keines der lateinamerikanischen Länder, in eigenen Abschnitten behandelt.

Die drei hier angeführten Bücher zu «68» sind also denkbar verschieden. Sie sind inkompatibel. Allein wenn man mit Götz Aly die 68er als neue 33er behandelt, ist jeder Versuch, mit Norbert Frei zu einer international vergleichenden Betrachtung zu kommen, von vornherein verbaut. Bei Götz Aly wird man, nicht zuletzt wegen der Vielzahl persönlicher Schmähungen, vor allem gegen Antje Vollmer, den Eindruck nicht los, dass er von einem schlecht verborgenen Anliegen getrieben ist. Sein Buch liest sich wie ein Stein, den er auf die Regierungs-68er der rot-grünen Koalition von 1998 schmeißt. Die drei Bücher transportieren eine jeweils andere Zeitvorstellung. Bei Götz Aly erleidet die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1968, bzw. bereits seit dem Eintritt von Rudi Dutschke in den SDS, einen Knacks, der die weitere Entwicklung der Protestbewegungen in Richtung der sektiererischen K-Gruppen, aber auch in Richtung auf die RAF öffnet. Seine Zeitvorstellung entspricht insofern eher der des Roten Jahrzehnts von Gerd Koenen. Anders dagegen die Zeitvorstellung bei Norbert Frei, er schildert die Entwicklung einer kritischen Masse im Gefüge der bundesrepublikanischen Gesellschaft der 60er-Jahre und ihre Entladung in den Jahren 1967/68. Durch sie wird der Weg für die neuen sozialen Bewegungen, insbesondere die neue Frauenbewegung, geöffnet (Frei, S. 225). Er hat also einen anderen Gegenstand als Götz Aly, denn er behandelt die 68er-Bewegung als Zentralereignis der Geschichte der Liberalisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft in den 60er- und 70er-Jahren.

Ich möchte hier ergänzend auf drei weitere, durchweg biographische Bücher hinweisen. Rossana Rossanda, die in Deutschland bekannteste intellektuelle Kommunistin Italiens, hat ihre Autobiographie geschrieben. Sie enthält ihre persönliche Geschichte seit ihrer Kindheit und zugleich die Geschichte ihrer politischen Erfahrungen von ihrem Eintritt in den Widerstand gegen die deutsche Besatzung bis

zu ihrem Ausschluss aus der kommunistischen Partei 1969. Das Buchcover, das der Suhrkamp-Verlag gewählt hat und das Rossana Rossanda mit einem Manifesto-Plakat aus dem Jahr 1976 zeigt, ist missverständlich, denn diese Zeit ist nicht Gegenstand der Biographie, sondern hoffentlich einem zweiten Band vorbehalten. In diesem Band schildert Rossana Rossanda neben ihrer persönlichen Geschichte den wachsenden Konflikt um die Halbheiten der PCI-Führung gegenüber dem Kurs der sowjetischen kommunistischen Partei bis hin zum Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei 1968, ihre Rolle als leitende Kulturpolitikerin der Partei und ihr Empfinden über die wachsende Kluft zwischen der Parteistrategie der italienischen Kommunisten und der gesellschaftlichen Entwicklung in Italien, die zu ihrem Bruch mit der Parteiführung und damit zu ihrem Parteiausschluss führt. Das macht ihre Biographie unter der Perspektive des italienischen «68» und des heißen Herbstes in den Fabriken Norditaliens zu einer spannenden Lektüre, obwohl letztere selbst nicht mehr Themen sind. Dazu nur ein Aspekt: Rossana Rossanda bezieht sich in ihrem Selbstverständnis auf die Militanz der Mailänder Betriebsorganisationen der kommunistischen Partei und auf die wachsende Kluft zwischen diesen Genossinnen und Genossen und den Führungsgruppen in der Partei. Darin liegt einer der wesentlichen Gründe, warum sie zu einer explizit linken Kritik am Stalinismus kommt. Hier liegen auch deutliche Parallelen zu Jean-Paul Sartres Haltung, jedenfalls erschließt sich meines Erachtens am ehesten von hierher, wieso es zu einem westlichen Maoismus kommen konnte, dem Rossana Rossanda auch nicht unverdächtig war. Bei Götz Aly hat man immer den Eindruck, dass Maoismus eine Form von Geisteskrankheit war.

Peter Schneider hat eine «autobiographische Erzählung» über sein «68» geschrieben, die ich hier erwähnen möchte, weil nirgendwo sonst ein führendes Mitglied des Kreises um Rudi Dutschkes, ohne übrigens SDS-Mitglied gewesen zu sein, in dieser Ausführlichkeit seinen persönlichen Konflikt mit seinem Vater dargestellt hat. Er schildert aber auch die Anti-Springer-Kampagne, die er mitentworfen hat. Ein dritter Grund, seine Autobiografie besonders hervor zu heben, ist, dass er damals Tagebuch geschrieben und dieses für die autobiografische Erzählung wieder ausgegraben hat.

Paul Hockenos ist ein amerikanischer Journalist und Politologe, der in Berlin lebt und für ein amerikanisches Publikum den Prozess der Liberalisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik und den Wandel der «alten» Bundesrepublik über die Wiedervereinigung zur Berliner Republik beschreibt. Er hat gewissermaßen ein Doppelbuch geschrieben, indem er zum einen die Bedeutung der 68er- und der neuen sozialen Bewegungen für die Liberalisierung der Bundesrepublik beschreibt. Neben der Frankfurter Spontiscene kommt insbesondere der Friedensbewegung in seiner Darstellung ein großes Gewicht zu. Dieses alles macht Paul Hockenos zu einem klassischen Vertreter der Liberalisierungsthese. Zum anderen hat er in die Geschichte der Bundesrepublik eine umfassende Biografie von Joschka Fischer eingewoben. Sie zeigt Joschka Fischer vor dem Hintergrund des Wandels, den Deutschland seit dem Krieg bis zur Gegenwart erfahren hat und geradezu als Prototypen der Berliner Republik. Hockenos Variante der Liberalisierungsthese ist also so etwas wie eine Konvergenzthese. Dieser Fischer ist damit das Gegenbild von dem, was man sich jenseits des Atlantiks klischeemäßig von einem deutschen «kraut» macht. Paul Hockenos Fischer-Biographie ist auch für ein bundesdeutsches Publikum interessant, zum einen, im Zusammenhang mit den bisher genannten Buchtiteln, weil sie

eine Geschichte der Bundesrepublik aus der Perspektive der Generation der «68er» ist. Zum anderen gewinnt sein Fischer, indem er sowohl in Auseinandersetzung mit der bundesrepublikanischen Realität als auch im Kontext der Oppositionsbewegungen steht, an Façettenreichtum, was Hockenos Wahl seiner Perspektive bestätigt, denn dieser Fischer geht keineswegs in der Realität der sozialen Bewegungen auf, obwohl er hier Protagonist der 68er-Generation ist.

Götz Aly: *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*, Frankfurt am Main: S. Fischer 2008.

Norbert Frei: *1968: Jugendrevolte und globaler Protest*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2008.

Paul Hockenos: *Joschka Fischer and the Making of the Berlin Republic: an Alternative History of Postwar Germany*, Oxford/New York: Oxford University Press 2008.

Wolfgang Kraushaar: *Achtundsechzig: eine Bilanz*, Berlin: Propyläen 2008.

Rossana Rossanda: *Die Tochter des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007.

Peter Schneider: *Rebellion und Wahn: mein 68*, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2008.

Petra Kelly. *Eine Erinnerung*

Petra Karin Kelly (1947-1992) war eine der bekanntesten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den achtziger Jahren, eine Ikone der globalen Antiatom- und Friedensbewegung und eine Vorkämpferin für Ökologie und Menschenrechte. Im November 2007 wäre sie 60 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass hat die Heinrich-Böll-Stiftung einen großformatigen Bildband über Petra Kelly herausgegeben. Das Buch zeigt anhand von vielen, zum Teil unveröffentlichten Photos die wichtigsten Stationen aus dem Leben Petra Kellys, macht verständlich, was sie geprägt hat, und bietet einen Blick auf die Gründerzeit der Grünen. Daneben werden in Auszügen aus Originaltexten Kellys nicht nur die persönlichen Motive für ihr politisches Engagement, sondern auch die Hoffnungen, Ängste und Kämpfe ihrer Zeit deutlich. Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter sowie Nachgeborene äußern sich in kurzen Stellungnahmen zu Petra Kelly. Sechs Essays beleuchten ihr Leben und Werk. Ein Anhang mit Informationen u. a. zur Petra-Kelly-Stiftung und dem Petra-Kelly-Archiv runden den Band ab.

Petra Kelly. Eine Erinnerung Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin, November 2007, 192 Seiten, über 140 Photographien, Preis: 20 Euro
ISBN 978-3-927760-68-4

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Tel. 030-285340, Fax: 030-28534109, E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Christoph Becker-Schaum ist Leiter des Archivs Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Jüngste Veröffentlichung: «Überlieferungsbildung der Anti-Atom-Bewegung im Grünen-Archiv», in: R. Kretzschmar; C. Rehm; A. Pilger (Hrsg.): *«1968» und die «Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre»: Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog*, Stuttgart 2008.

Annegret Hünninghaus war bis 2001 Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie ist zurzeit in Elternzeit und arbeitet als Betreuerin in der Offenen Ganztagsschule.

Irena Kukutz arbeitet seit 1992 in Archivierungs- und Dokumentationsprojekten der Robert-Havemann-Gesellschaft. Sie forscht und publiziert zur Geschichte der DDR-Opposition und zu frauenpolitischen Themen. Sie ist Gründungsmitglied der Bürgerbewegung Neues Forum und wurde 1990 auf der Liste Bündnis 90 in das erste Gesamtberliner Abgeordnetenhaus gewählt, dem sie als Mitglied der Parlamentarischen Gruppe von Neues Forum/Bürgerbewegung bis 1995 angehörte. Eine Veröffentlichung zur Gründungsgeschichte des Neuen Forums ist für 2009 geplant.

Steffi Rönnefarth ist Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Archivfachliche Veröffentlichungen.

Anne Ulrich (geb. Hampele) ist Koordinatorin der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. In den 80ern vielfach in der DDR (und Ungarn) unterwegs, war sie 1989-1995 wissenschaftliche Assistentin am Arbeitsbereich DDR-Forschung und -Archiv der FU Berlin (ZI 6), dann Lehrbeauftragte und Lektorin. Jüngste Veröffentlichung: *Frauen- und Geschlechterpolitik im vereinten Deutschland*, 2004.

Anne Vechtel ist Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Bevor sie zum Archiv Grünes Gedächtnis kam, arbeitete sie in Projekten zur Frauengeschichte und Frauenförderung. Archivfachliche Veröffentlichungen.

Elisabeth Weber war aktiv an der Studentenbewegung mit allen Höhen und Tiefen beteiligt. Von Dezember 1983 bis Dezember 2002 war sie Osteuropa-Referentin bei Bundestagsabgeordneten der Grünen und Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen. Ehrenamtlich ist sie im Lew Kopelew Forum Köln, im Fachbeirat Europa der Heinrich-Böll-Stiftung und im Beraterkreis der Marion Dönhoff Stiftung tätig. Jüngste Veröffentlichung: «Lew Kopelew als Politikberater», in: *Von Moskau an den Rhein*, Dezember 2008.

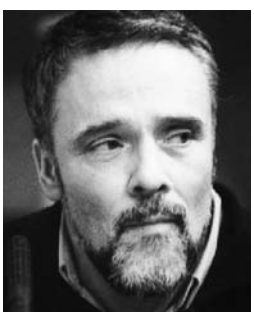
HEINRICH BÖLL STIFTUNG
FREUNDINNEN + FREUNDE

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Sie fühlen sich der politischen und moralischen Haltung Heinrich Bölls verbunden. Menschenrechte, Kunst und Kultur liegen den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung am Herzen. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen fördern sie unbürokratisch und schnell Menschenrechtsaktivisten, Künstler und Kunstprojekte.

Angebote an die Freundinnen und Freunde:

- exklusive Informationen über die Stiftungsarbeit
- spezielles Veranstaltungsangebot
- politische Begegnungsreisen zu den Auslandsbüros
- Vernetzung im grünen Umfeld
- persönliche Einladungen zu besonderen Veranstaltungen wie der Petra-Kelly-Preisverleihung oder dem Sommerfest des Heinrich-Böll-Hauses in Langenbroich
- Verlinkung unserer Homepage mit ihrer Website

Wir laden Sie ein, Mitglied zu werden und damit Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbstständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern.



«Die Heinrich-Böll-Stiftung ist ein Stück autonomer und engagierter politischer Kultur in Deutschland – sie verdient Ihre Unterstützung.»
György Dalos, ungarischer Autor in Berlin

Machen Sie mit!

Ansprechpartnerin:
Dr. Janina Bach
Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 28534-112 **F** -119 **E** bach@boell.de

Informieren Sie sich über unser Programm unter: www.boell.de/freundeskreis

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung
Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin 030-28534260 030-28534-5260 archiv@boell.de www.boell.de

1. Beiträge zur Zeitgeschichte **Irena Kukutz** Die Gründung des Neuen Forums **Elisabeth Weber** Bericht über meine ersten Erfahrungen der Zusammenarbeit von Grünen und Bündnis 90 **Anne Ulrich** Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – der frauenpolitische Aufbruch im Winter 1989/1990 und der Unabhängige Frauenverband **2. Das historische Dokument** Die Gründung der Grünen Partei in der DDR. Kommentiert von **Christoph Becker-Schaum** **3. Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis** **Steffi Rönnefarth** Der Bundesverband Demokratie Jetzt und die Landesverbände Demokratie Jetzt und Neues Forum Brandenburg – ein Vergleich zweier Bürgerbewegungs-Überlieferungen **Annegret Hünninghaus** Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer der DDR – eine Bestandsbeschreibung **Christoph Becker-Schaum** Der Archivbestand Gerhard Bächer und die Grüne Partei in der DDR **4. Archivprojekte** **Anne Vechtel** Christa Nickels zu den grünen Anfängen im Kreis Heinsberg, zur Rotation und zum Feminat **5. Neuerscheinungen** 68er-Nachlese. Annotiert von **Christoph Becker-Schaum**

Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstr. 8, 10117 Berlin
Die grüne politische Stiftung 030-285 340 030-285 341 09 info@boell.de www.boell.de ISBN 978-3-927760-98-1